

**Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und  
Entwicklung**

**Wortprotokoll**

**78. Sitzung**

**Berlin, den 21.01.2009, 09:00 bis 11:40 Uhr**  
**Sitzungsort: Berlin**  
**Sitzungssaal: Paul-Löbe-Haus**

**Vorsitz: Thilo Hoppe, MdB**

**TAGESORDNUNG:**

**Einzigster Punkt der Tagesordnung:**

**"Instrumente zur Förderung der Ländlichen Entwicklung**

**Bessere Erfolgsaussichten bei der Hunger- und Armutsbekämpfung  
durch Optimierung spezifischer Themenfelder  
der Landwirtschaftlichen Entwicklung"**

**Sachverständige**

**Michael Brüntrup**

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

**Prof. Dr. Theo Rauch**

Institut für Geographische Wissenschaften,  
Fachrichtung Anthropogeographie, Berlin

**Prof. Dr. Suman Sahai**

IAASTD

**Wilhelm Thees**

Bischöfliches Hilfswerk,  
MISEREOR e.V., Aachen

**Dr. Bernhard Walter**

Brot für die Welt, Stuttgart

**Ides de Willebois**

Director for Eastern and Southern Africa in the  
Programme Department, IFAD

**Anwesenheitsliste\***

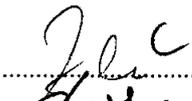
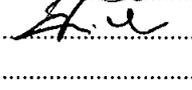
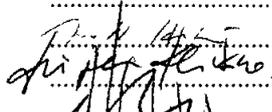
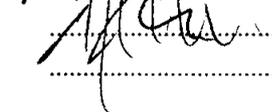
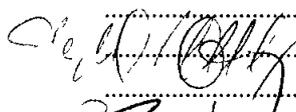
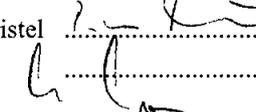
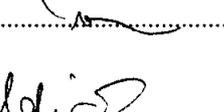
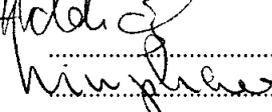
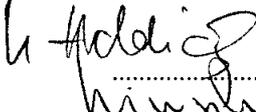
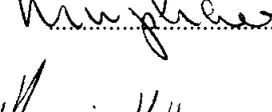
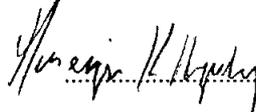
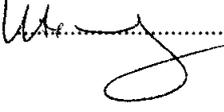
Mittwoch, 21. Januar 2009, 09:00 Uhr -öffentlich-

DEUTSCHER BUNDESTAG

**Anwesenheitsliste**

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Sitzung des Ausschusses Nr. 19 ( Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung )

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<b><u>CDU/CSU</u></b>		<b><u>CDU/CSU</u></b>	
Bauer Dr., Wolf		Borchert, Jochen	.....
Fischer (Göttingen), Hartwig		Brauksiepe Dr., Ralf	.....
Geis, Norbert	.....	Flosbach, Klaus-Peter	.....
Grund, Manfred	.....	Frankenhauser, Herbert	.....
Hübinger, Anette		Fuchtel, Hans-Joachim	.....
Klimke, Jürgen		Götz, Peter	.....
Pfeiffer, Sibylle	.....	Nüßlein Dr., Georg	.....
Ruck Dr., Christian	.....	Vaatz, Arnold	.....
<b><u>SPD</u></b>		<b><u>SPD</u></b>	
Amann, Gregor		Drobinski-Weiß, Elvira	.....
Groneberg, Gabriele		Dzembritzki, Detlef	.....
Hilsberg, Stephan	.....	Hoffmann (Wismar), Iris	.....
Kofler Dr., Bärbel		Kolbow, Walter	.....
Raabe Dr., Sascha	.....	Kumpf, Ute	.....
Riemann-Hanewinkel, Christel		Schwabe, Frank	.....
Riester, Walter	.....	Wegener, Hedi	.....
Wodarg Dr., Wolfgang		.....	.....
<b><u>FDP</u></b>		<b><u>FDP</u></b>	
Addicks Dr., Karl		Leibrecht, Harald	.....
Kömigshaus, Hellmut		Meinhardt, Patrick	.....
<b><u>DIE LINKE.</u></b>		<b><u>DIE LINKE.</u></b>	
Aydin, Hüseyin-Kenan		Jelpke, Ulla	.....
Hänsel, Heike	.....	Ulrich, Alexander	.....
<b><u>BÜ90/GR</u></b>		<b><u>BÜ90/GR</u></b>	
Hoppe, Thilo		Kurth (Quedlinburg), Undine	.....
Koczy, Ute		Strengmann-Kuhn Dr., Wolfgang	.....

**Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19)**

**Mittwoch, 21. Januar 2009, 09:00 Uhr -öffentlich-**

**Fraktionsvorsitzende:**

**Vertreter:**

CDU/ CSU	.....	.....
SPD	.....	.....
FDP	.....	.....
DIE LINKE.	.....	.....
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	.....	.....

**Fraktionsmitarbeiter:**

**Fraktion:**

**Unterschrift:**

(Name bitte in Druckschrift)

LACATUSH	SPD	Lacatush
Mohr	SPD	Mohr
Jelkenthner Gyll	FDP	Jelkenthner Gyll
Blaschke	CDU/CSU	Blaschke
V.B. 97	FDP	V.B. 97
RIEWENHERM	BÜ90/Grüne	Riewenherm
K. J. F. 100	FDP	K. J. F. 100

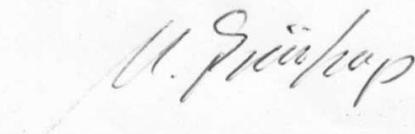
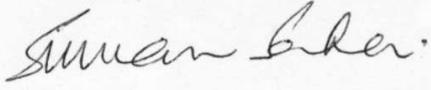
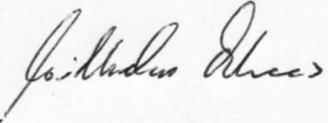
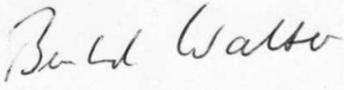


**Sachverständige zur öffentlichen Anhörung**

**"Instrumente zur Förderung der Ländlichen Entwicklung**

**Bessere Erfolgsaussichten bei der Hunger- und Armutsbekämpfung durch  
Optimierung spezifischer Themenfelder der  
Landwirtschaftlichen Entwicklung"**

**am 21. Januar 2009 im Paul-Löbe-Haus, Raum E 800**

<p><b>Michael Brüntrup</b> Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn</p>	
<p><b>Prof. Dr. Theo Rauch</b> Institut für Geographische Wissenschaften, Fachrichtung Anthropogeographie, Berlin</p>	
<p><b>Prof. Dr. Suman Sahai</b> für IAASTD</p>	
<p><b>Wilhelm Thees</b> Bischöfliches Hilfswerk, MISEREOR e.V., Aachen</p>	
<p><b>Dr. Bernhard Walter</b> Brot für die Welt, Stuttgart</p>	
<p><b>Ides de Willebois</b> Director for Eastern and Southern Africa in the Programme Department, IFAD</p>	

### **Konzept für die öffentliche Anhörung im AwZ**

#### **"Instrumente zur Förderung der Ländlichen Entwicklung Bessere Erfolgsaussichten bei der Hunger- und Armutsbekämpfung durch Optimierung spezifischer Themenfelder der Landwirtschaftlichen Entwicklung"**

Das Erreichen der Millenniumsziele hängt davon ab, ob es gelingt, substantielle Fortschritte bei der Ländlichen Entwicklung zu machen. Denn: Ländliche Entwicklung ist der Schlüssel zum Erfolg im Kampf gegen Armut, Hunger und Umweltzerstörung und kann einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Doch das bisher Erreichte ist alles andere als ermutigend: Aufgrund der sich zuspitzenden Welternährungskrise ist in diesem Jahr die Zahl der Hungernden sprunghaft auf 925 Millionen angestiegen, wovon bezeichnenderweise rund 50 Prozent Kleinbauern und 20 Prozent Landarbeiter ohne eigene Landtitel sind. Weltweit gehen jährlich Netto sieben Millionen Hektar Wald verloren. Dies stellt viele Länder vor große Probleme, denn Ernährungssicherheit und nachhaltiger Umgang mit den natürlichen Ressourcen sind Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung.

Daher haben sich – auch aufgrund der jüngsten Preisentwicklungen auf dem Agrarmarkt und dessen dramatische Auswirkungen - in jüngster Zeit zahlreiche Institutionen und Organisationen der Frage zugewandt, welche Bedeutung die Ländliche Entwicklung für die Armutsbekämpfung und Ernährungssicherheit hat und mit welchen Instrumenten sie erfolgreich gestaltet werden kann.

Die Ländliche Entwicklung als umfassender Ansatz schließt zahlreiche Teilbereiche ein. Dazu zählen Ressourcenmanagement, Fragen der Infrastruktur, Aspekte des Natur- und Umweltschutzes, die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft, der Zugang zu medizinischer und schulischer Grundversorgung und die ländliche Entwicklung.

Im Rahmen einer zweieinhalbstündigen Anhörung können all diese Fragen nicht erörtert werden, weswegen sich die Anhörung auf einige Teilaspekte der Landwirtschaftlichen Entwicklung beschränkt. Dass der Fokus in der Entwicklungszusammenarbeit allerdings weiter gefasst werden muss, liegt auf der Hand.

Vor allem die neusten Erkenntnisse aus dem Bereich der Wirksamkeit von Förderinstrumenten wie beispielsweise der Mikrofinanzierung, die möglichen Chancen und Risiken der grünen Gentechnik und anderer Agrarforschungsansätze, Fragen der Land- und Eigentumsrechte und Agrargenossenschaften sowie Umweltaspekte verdienen eine intensive Diskussion über eine Neujustierung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in diesem Bereich. Daher sollen im Rahmen der Anhörung folgende Themen- und Fragekomplexe erörtert werden:

## **Schwerpunktt Themen**

Die Ursachen für Hunger und Armut in ländlichen Gebieten sind vielfältig und können von Region zu Region divergieren. Doch oftmals gibt es Parallelen, die Ansatzpunkte für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit bieten.

### **Mikrokreditwesen**

In vielen ländlichen Gebieten verfügen Kleinbauern über Landtitel, die kaum ausreichen, um sie und ihren Familien ein Auskommen zu ermöglichen. Auch können Kleinbauern aufgrund fehlender Rücklagen nach Ernteaussfällen oftmals nicht die Mittel für neues Saatgut oder Düngemittel aufbringen, um ihre Existenz zu sichern. Die Folge ist ein Teufelskreislauf, an dessen Ende Armut und Hunger für die Betroffenen steht. Ein wirkungsvolles Instrument, um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, ist der Zugang zu Mikrokrediten, die auf die Belange der Kleinbauern und Landarbeiter abgestimmt sind. Mit vergleichsweise geringen Summen erhalten große Teile der Bevölkerung von ländlichen Gebieten die Perspektive, ihr eigenes Auskommen zu sichern und zur Entwicklung ihres Landes einen wichtigen Beitrag zu leisten. Im Rahmen der Anhörung sollen in diesem Zusammenhang folgende Fragen geklärt werden:

- In welchen ländlichen Regionen haben Kleinbauern und Landarbeiter noch nicht ausreichenden Zugang zu Mikrokrediten?
- Welche Auswirkungen hat das Mikrokreditwesen auf die Ländliche Entwicklung und welchen Beitrag hat es bislang zur Bekämpfung des Hungers und der Armut geleistet?
- In welchem Umfang bedarf das Mikrofinanzwesen noch der Unterstützung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit?

### **Land- und Eigentumsrechte**

In vielen Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ist der Zugang zu Land und die Möglichkeit zu dessen Erwerb für den ökonomischen und sozialen Erfolg von entscheidender Bedeutung.

Denn: Im Durchschnitt sind 56 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung in den Entwicklungsländern in der Landwirtschaft tätig – in manchen Ländern wie beispielsweise Burkina Faso oder Ruanda sind es sogar über 90 Prozent. Doch sind es oftmals gerade die Kleinbauern und Landarbeiter, die am Schlimmsten von Hunger und Armut betroffen

sind. Um dem entgegenzuwirken, müssen Landarbeiter und Kleinbauern die Möglichkeit haben, Land rechtsverbindlich zu pachten oder zu erwerben, um so verlässlich Nahrungsmittel für sich und die Gesellschaft zu produzieren und aus der oben beschriebenen Armutsfalle zu entfliehen. Es dominiert aber – trotz einiger Erfolge - vielfach immer noch die subsistenzorientierte Landwirtschaft. Eine ausreichende Nahrungsmittelproduktion für die gesamte Gesellschaft ist daher in vielen Ländern aus eigener Kraft nicht möglich. Um dem entgegenzuwirken, müssen daher die Kleinbauern in die Lage versetzt werden, größere Parzellen zu bewirtschaften als bislang. Doch oftmals stehen dem unklare Eigentumsverhältnisse, ein fehlendes Katasterwesen oder mangelhafter Eigentumsschutz entgegen. Wie dagegen angegangen werden kann, soll mittels folgender Fragen erörtert werden:

- Welche Programmansätze im Bereich der Landrechte haben aus Sicht der Sachverständigen Modellcharakter und sollten auf vergleichbare Partnerländer übertragen werden?
- Welche Rolle spielen die nationalen Regierungen bei der Entwicklung und Ausgestaltung eines Katasterwesens und mit welchen Instrumenten kann auf sie eingewirkt werden, um Reformbemühungen zu unterstützen, die Kleinbauern und Landarbeitern den Zugang zu Land ermöglicht?
- Wie beurteilen die Sachverständigen den Ansatz, Land aufzukaufen und dieses auf Kleinbauern und Landarbeiter zu übertragen?

### **Chancen und Risiken der grünen Gentechnik und anderer Agrartechniken und Agrarforschungsansätze**

Daran anschließend ergibt sich die Frage, wie die Erträge je Hektar gesteigert werden können. Dabei ist vor allem der Einsatz von grüner Gentechnik umstritten – es stellt sich die Frage der Abwägung von Chancen und Risiken. Daher soll mit den Sachverständigen geklärt werden, welche Rolle grüne Gentechnik und andere Agrarforschungsansätze spielen und welche Gefahren daraus erwachsen können.

- Welche internationalen Forschungsinstitute beschäftigen sich speziell mit Aspekten von grüner Gentechnik für den Einsatz in Entwicklungsländern?
- Welche anderen Forschungsansätze gibt es, die der Ertragssteigerung in der Landwirtschaft dienen?
- Welche Gefahren erwachsen aus dem Einsatz von grüner Gentechnik speziell in Entwicklungsländern?

- Wie groß wären die Ertragssteigerungen je Hektar bei Einsatz von grüner Gentechnik an ausgewählten Beispielen?
- Welche Chancen zur Ernährungssicherung in Entwicklungsländern könnten sich bei einem umfassenden Einsatz von grüner Gentechnik oder der Ergebnisse anderer Agrarforschungsansätze eröffnen?

### **Agrargenossenschaften**

Ebenfalls stellt sich die Frage, welchen Beitrag Agrargenossenschaften zur Landwirtschaftlichen Entwicklung vor allem im Bereich des Agrarhandels leisten können. Denn oftmals gelingt es Kleinbauern nicht, ihre Produkte am Markt zu fairen Preisen zu verkaufen. In wieweit Agrargenossenschaften dem Abhilfe leisten können und so einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Armut von Kleinbauern zu leisten vermögen, soll mittels folgender Fragen geklärt werden:

- Welche Erfahrungen sind bislang mit Agrargenossenschaften in Entwicklungsländern vor allem in Bezug auf Armutsminderung von Kleinbauern und Preisentwicklung für Agrarprodukte gemacht worden?
- Welche Förderinstrumente oder Hemmnisse seitens der nationalen Regierungen sind in den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu verzeichnen?
- Mit welchen Instrumenten der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit lassen sich Agrargenossenschaften in den Partnerländern am besten fördern?

**Beginn der Sitzung: 09.00 Uhr**

Der **Vorsitzende**: Einen wunderschönen guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Ich begrüße Sie zur 78. Sitzung des AWZ, zur ersten im neuen Jahr. Ich wünsche uns allen, dass wir weiterhin in einer kollegialen Atmosphäre auch im Wahljahr sachorientiert im Interesse der Erreichung der Millennium Development Goals (MDGs) zusammenarbeiten.

Wir steigen ein in unsere öffentliche Anhörung. Ich begrüße die Parlamentarische Staatssekretärin Frau Kortmann. Es geht um das Thema ländliche Entwicklung. Wir alle wissen, dass die ländliche Entwicklung zur Bekämpfung des Hungers eines unserer Kernthemen ist. Wir haben hierzu in der letzten Wahlperiode bereits eine Anhörung durchgeführt. Wir hatten vor zwei, drei Jahren Jean Ziegler, den Berichterstatter der Vereinten Nationen zum Recht auf Nahrung, hier.

Das Thema hat im letzten Jahr eine traurige Aktualität gewonnen. Durch explodierende Nahrungsmittelpreise ist die Problematik einer breiteren Öffentlichkeit bewusst geworden. Die Zahl der Hungernden ist sprunghaft angestiegen. Sie hat nach verschiedenen Meldungen die Milliarde-Marke überschritten. Dies verdeutlicht die Wichtigkeit, dieses Thema zu behandeln. Ich bedanke mich bei Herrn Dr. Bauer und seinem Team. Sie haben die Anhörung federführend zusammen mit den Berichterstattern der anderen Fraktionen vorbereitet.

Ich begrüße die Sachverständigen: Frau Prof. Dr. Suman Sahai aus Neu Delhi. Sie ist Direktorin der Gene Campaign (GC) und hat in Deutschland Humangenetik studiert. Sie gehört mit zum Netzwerk von IAASTD, ein Forum, welches manchmal als Weltagrarrat bezeichnet wird. Ferner begrüße ich Herrn de Willebois von IFAD. Er ist dort Direktor für die Afrika-Programme. Zudem begrüße ich Herrn Michael Brüntrup vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik, Herrn Prof. Dr. Theo Rauch, vom Institut für Geographische Wissenschaften aus Berlin und Herrn Wilhelm Thees vom Bischöflichen Hilfswerk MISEREOR sowie Herrn Dr. Bernhard Walter, von Brot für die Welt. Sie teilen sich die Redezeit für die kirchlichen Organisationen.

Die Redezeiten sind kontingentiert. In der ersten Runde hat jeder Sachverständige acht Minuten für sein Statement. Ich bitte die Sachverständigen hierbei auf den gesamten Kontext der ländlichen Entwicklung einzugehen und sich auf die drei Themenbereiche Mikrofinanzen, Eigentumsrechte und Möglichkeit von Agrarorganisationen wie Genossenschaften zu

fokussieren. Es schließt sich eine Fragerunde an. In der zweiten Runde geht es um die Grüne Gentechnik, um ihre Chancen und Risiken.

Hinsichtlich der Fragerunden haben die großen Fraktionen je acht Minuten, die kleinen Fraktionen jeweils vier Minuten Redezeit. Das Sekretariat wird die Zeit mitstoppen. Ich werde Ihnen ein Signal geben, wenn die Redezeit abgelaufen ist. Da keine Fragen hinsichtlich des Verfahrens bestehen, bitte ich nun Herrn de Willebois um sein Statement. Herzlichen Dank, dass Sie zu uns gekommen sind.

**Ides de Willebois (Director for Eastern and Southern Africa in the Programme Department, IFAD):** Vielen Dank. Ich komme aus den Niederlanden, aber mein Deutsch ist nicht gut genug, um auf Deutsch zu Ihnen zu sprechen. Daher fahre ich auf Englisch fort.

Zunächst möchte ich einiges zu IFAD (International Fund for Agricultural Development = Internationaler Fonds für agrarwirtschaftliche Entwicklung) sagen und seine Arbeit erklären. IFAD wurde vor 30 Jahren vor dem Hintergrund der weltweiten Armut gegründet. Durch den Fonds im Entwicklungsbereich sollen die ländlichen Gebiete gefördert werden. Wir haben einen exklusiven Auftrag, weltweit in ländlichen Regionen zu arbeiten. Das unterscheidet IFAD sehr von vielen anderen Entwicklungseinrichtungen. Zum Beispiel arbeitet die Weltbank in verschiedenen Bereichen, wie etwa Gesundheit und Bildung etc. Hingegen ist IFAD ausschließlich auf die ländlichen Regionen fokussiert.

Wir sind eine internationale Finanzinstitution. Dies bedeutet, dass wir den Regierungen in den Entwicklungsländern hauptsächlich Kredite, aber auch einige Darlehen gewähren. Zurzeit haben wir ein geschätztes Portfolio von vier Milliarden US-Dollar weltweit. Unser spezifischer Auftrag ist auf die Unterstützung der Entwicklung der Armen in den ländlichen Regionen gerichtet. In diesem Kontext ist Agrarwirtschaft extrem wichtig. Das „A“ in IFAD sollten Sie in einem weiten Sinne betrachten. Wir arbeiten aber auch in anderen Bereichen der ländlichen Entwicklung. Ich habe gesehen, dass Sie in Ihrem Konzept die integrierte Rolle der ländlichen Entwicklung, einschließlich zahlreicher Aspekte wie das Management der Ressourcen, infrastrukturelle Belange, Erhaltung der Natur, Schutz der Umwelt und Schaffung von Arbeitsplätzen abgebildet haben. Ich möchte gerne unterstreichen, dass es sehr wichtig ist, einen gut funktionierenden Landwirtschaftsbereich zu haben. Daraus gilt es, eine Existenzgrundlage für die Armen im ländlichen Raum zu schaffen. Wir benötigen einwandfrei funktionierende Märkte und Wissenstransfer. Wir brauchen fördernde Strategien, und wir haben die Aufgabe, funktionierende Institutionen und Systeme zu schaffen. All dies zusammen bestimmt den komplexen Rahmen der Entwicklungen, dem wir gegenüberstehen.

Zur Mikrofinanzierung würde ich gerne erklären, dass der ländliche Sektor in den letzten 20 Jahren fortschrittlicher geworden ist. Es hat sich durch die Bereitstellung von Finanzdienstleistungen für arme Menschen von „Mikrokrediten“ über „Mikrofinanzierung“ bis hin zu ländlichen Finanzdienstleistungen eine vielfältige Palette ergeben, die Sparguthaben, Überweisungen, Vermietung und Versicherungen umfasst. Der Zugang zu Finanzdienstleistungen erlaubt es armen Menschen im ländlichen Raum, Düngemittel und besseres Saatgut sowie Investitionsgüter wie Transportfahrzeuge, Bewässerungsanlagen und kleine landwirtschaftliche Maschinen zu kaufen. Ländliche Finanzierungsprojekte und -programme können armen Menschen im ländlichen Raum helfen, ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Sparguthaben, Investitionen und Versicherungen können ihnen helfen, plötzliche Risiken, wie Dürre, abzumildern. Die jüngsten Entwicklungen bei der ländlichen Finanzierung beinhalten Risikotransfermechanismen zur Unterstützung ländlicher Existenzen, eine indexbasierte Wetterversicherung sowie den Einsatz von Technologien, wie zum Beispiel Mobilfunk, bei verstreut lebenden Bevölkerungsgruppen in entlegenen Gebieten.

Die Finanzierung in ländlichen Gebieten hat weiterreichende soziale und wirtschaftliche Auswirkungen: Die Kunden von Mikrofinanzkrediten senden ihre Kinder mit größerer Wahrscheinlichkeit zur Schule als Nichtkunden. Die meisten Mikrofinanzierungsprogramme zielen insbesondere auf Frauen ab, die häufig die am stärksten benachteiligten Mitglieder ländlicher Gesellschaften sind. Hierdurch werden ihnen bessere Existenzmöglichkeiten eröffnet und mehr Beteiligung am Wirtschaftsleben ermöglicht.

Ein neues Element sind die Überweisungen. Einer kürzlich vorgenommenen IFAD-Studie zufolge erreichten die Überweisungen einen geschätzten Wert von 300 Milliarden US-Dollar im Jahre 2006, von denen 100 Milliarden US-Dollar in ländliche Gebiete flossen. Für uns ist es wichtig, dass solche Fonds die entsprechenden Familien erreichen und diese die Möglichkeit haben, die Gelder vernünftig zu investieren und zu verwenden.

Zu den Land- und Eigentumsrechten: Ich möchte sagen, dass diese eine sehr wichtige Grundlage für die benötigten Produktivitätssteigerungen darstellen. Wir sehen dies als eine notwendige Bedingung für Bauern an, um ihre Produktivität zu entwickeln und zu steigern. Das Wirtschaftswachstum kann bis zu zwei- bis dreimal höher sein und von weiteren Teilen der Bevölkerung geteilt werden, wenn die Menschen über einen gerechten und sicheren Zugang zu Land verfügen. Ein Fall, der dies belegt, ist China, wo die Landreform Ende der siebziger und frühen achtziger Jahre zu der größten und schnellsten Armutsverringerung im ländlichen Raum in neuerer Zeit beitrug.

Ein sicherer Zugang zu produktivem Land hat zahlreiche wirtschaftliche, soziale und politische Vorteile. Er verringert die Gefährdung durch Hunger und Armut und beeinflusst die Fähigkeit armer Menschen im ländlichen Raum, in produktive Aktivitäten und in nachhaltige Bewirtschaftung ihrer Ressourcen zu investieren. Er verbessert die Aussichten auf einen Erwerb des Lebensunterhalts, hilft, ausgewogenere Beziehungen zum Rest der Gesellschaft zu entwickeln und trägt somit zu mehr Gerechtigkeit, Frieden und einer nachhaltigen Entwicklung bei.

Das jüngste Interesse ausländischer Investoren an Agrarland in den Entwicklungsländern ist ein zweischneidiges Schwert. Ich bin sicher, dass Sie die Geschehnisse in Madagaskar diesbezüglich beobachtet haben. Dort hat sich Daewoo Logistics Ende vergangenen Jahres die Rechte auf 1,3 Millionen Hektar Farmland in Madagaskar gesichert. Dieser Kauf wird zurzeit stark diskutiert. Einerseits bieten verstärkte ausländische Direktinvestitionen Möglichkeiten der Kommerzialisierung der Landwirtschaft. Andererseits können Landrechte und Nahrungsmittelsicherheit in Gefahr sein, vor allem für Kleinbauern. Wir müssen „Win-Win-Situationen“ finden und fördern. Vertragsanbau oder externe Anbausysteme könnten die Antwort sein. Der IFAD hat die Förderung von Partnerschaften zwischen Gemeinschaften und Investoren in zahlreichen Ländern unterstützt. All dies unterstreicht, weshalb eine Sicherheit des Landbesitzes notwendig ist. Wichtig ist, auszuführen, welche Art von Landbesitzsystemen wir fördern und welche Art von Landrechten gesichert werden muss – vollständiger Privatbesitz oder Nutzungsrechte? Um wessen Rechte handelt es sich – des Einzelnen, der Familie, des Dorfes, der ethnischen Gruppe oder des Staates? Es gibt keine Lösung, die für alle passt. Es müssen die spezifischen Traditionen eines jeden Landes berücksichtigt werden.

Die Sicherheit des Landbesitzes allein reicht für eine nachhaltige Verringerung der Armut im ländlichen Raum und für den verbesserten Erwerb des Lebensunterhalts nicht aus. Maßnahmen zur Stärkung der Landbesitzsicherheit müssen durch Politiken, Dienstleistungen und Investitionen zugunsten armer Menschen ergänzt werden, die ihre Gefährdung verringern und es armen Menschen im ländlichen Raum ermöglichen, den größten Nutzen aus ihrem Landzugang zu ziehen. Der IFAD hat Landfragen in erster Linie durch seine Projekte und Programme angesprochen und durch seine Investitionen in Bewässerung, Wasser- und Bodenerhaltung, Forstwirtschaft sowie die Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen.

Zu den Bauernverbänden: Der IFAD arbeitet in vielen Fällen unmittelbar und konsequent mit den am stärksten benachteiligten Menschen im ländlichen Raum, ihren Gemeinschaftseinrichtungen und Bauernverbänden zusammen. Bauernverbände sind immens wertvolle Partner bei der ländlichen Entwicklung. Sie können wie auch ländliche

Erzeugerverbände dazu beitragen, die Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums zu fördern. Sie können über Armutsverringerungsstrategien und über staatliche Politiken informieren. Außerdem können sie dazu beitragen, gute Regierungsführung und Demokratie zu konsolidieren. Gleich, ob es sich um Genossenschaften und Erzeugerverbände, wirtschaftliche Interessengruppen, ländliche Interessengruppen, Gewerkschaften, Verbände oder Vereinigungen handelt. Um effektiv zu sein, müssen sie unabhängige, private Vereinigungen mit Mitgliedern sein.

Der IFAD verfügt über eine lange Tradition einer engen Zusammenarbeit mit Bauernverbänden. In den letzten zehn Jahren haben wir unsere Unterstützung für den Aufbau der Fähigkeiten derartiger Verbände verstärkt – auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene.

Abschließend ist zu erwähnen, dass es ca. 450 Millionen Kleinbauernbetriebe weltweit gibt, die zwei Hektar oder weniger umfassen und fast zwei Milliarden Menschen ernähren – oder ca. ein Drittel der Menschheit. Die meisten dieser Menschen leben von weniger als zwei Dollar pro Tag. Sie sind in Armut gefangen und bilden zu Recht den Schwerpunkt der Millenniums-Entwicklungsziele. Diese kleinen Familienbetriebe verfügen über ein enormes, nicht ausreichend genutztes Potential. Wenn ihnen in den von mir genannten Bereichen geholfen wird, können sie ihre Produktion und Produktivität erhöhen, ihre Einkommen steigern und gleichzeitig zu größerer Nahrungsmittelsicherheit beitragen.

Die ständige und großzügige Unterstützung der deutschen Regierung war von entscheidender Bedeutung für die Qualität, Bedeutung und Effektivität der IFAD-Projekte, die in den letzten 30 Jahren ca. 400 Millionen arme Menschen im ländlichen Raum erreicht haben. Dafür möchte ich Ihnen danken. Ich freue mich darauf, unsere einzigartige Partnerschaft zu stärken und fortzusetzen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr de Willebois. Wir kommen jetzt zu Frau Professor Sahai. Bitteschön!

**Frau Prof. Dr. Suman Sahai (für IAASTD)**: Guten Morgen, meine Damen und Herren. Ich werde bedauerlicherweise in Englisch weitersprechen.

Das Ziel, die ländliche Entwicklung auszubauen, sollte schnell verwirklicht werden. Fakt ist, dass wir die wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben müssen. Mehr noch als die wirtschaftliche Entwicklung müssen wir das Ansehen stärken – das Ansehen der ländlichen Berufe und der ländlichen Lebensweise. Vor zwei Jahren hat Indien eine nationale Befragung durchgeführt.

Die Ergebnisse waren schockierend. So war die Jugend in allen Gebieten des Landes sehr desillusioniert, was die Landwirtschaft und die ländlichen Berufe anbelangt. Ich denke, das ist ein großes Problem, das angesprochen werden sollte. Für wen soll die ländliche Entwicklung vorangetrieben werden, wenn die Jugend fortzieht?

Die Herausforderungen sind facettenreich und die Themen, die eine wichtige Rolle spielen – Mikrofinanzierung, Besitzverhältnisse und genossenschaftliche Organisationen – zweifellos relevante Probleme. Dennoch glaube ich, wir müssen einen größeren Ansatz betrachten. Dieser integrierte Lösungsansatz darf sich aber nicht nur auf eine steigende Produktivität kleiner oder großer landwirtschaftlicher Betriebe beziehen. Wir müssen auch die Ernährung, das Gesundheitswesen, die Bildung und die Infrastruktur betrachten.

Diejenigen, die in der Praxis arbeiten, sehen, dass Einkommensunterstützungsprogramme nutzlos werden können, wenn die Menschen krank und nicht in der Lage sind, einen Vorteil daraus zu ziehen. Der Familienvater verliert nicht nur Arbeitstage, wenn er selbst krank ist, sondern auch, wenn er Familienmitglieder zur medizinischen Versorgung in die Stadt bringen muss. Deshalb frage ich, wie können wir erreichen, dass das Angebot an Gesundheitseinrichtungen als Bestandteil eines ländlichen Entwicklungsprogramms erweitert wird? Das Abwassersystem und sauberes Trinkwasser sind für die Aufrechterhaltung des Gesundheitswesens wichtig. Wir sehen in Entwicklungsländern, dass minderschwere Erkrankungen, die aufgrund eines Mangels an sauberem Wasser hervorgerufen werden, die Menschen für eine Reihe von Arbeitstagen arbeitsunfähig machen. Am meisten erschreckt aber – und dies hat sich in letzter Zeit mehrmals in den Berichten von IFPRI und FAO wiederholt –, dass die Armut zunimmt und wir von den Millenniums-Entwicklungszielen weit entfernt sind. Der Stand der Unterernährung in den Entwicklungsländern hat Krisenausmaße angenommen. Wenn wir vorhaben, Programme für die ländliche Entwicklung auszuarbeiten, muss die Lösung der Unterernährung sofort erfolgen. Dies ist nicht Thema einer langfristigen Planung. Es ist etwas, was heute angepackt werden muss.

Als Teil unserer Anstrengung fördert GC in einigen der schlimmsten Hungergebiete Indiens Goldene Süßkartoffeln. Diese und viele andere Alternativen, wie Goldene Hirse, haben besondere Nährstoffe. Deshalb sollten gerade solche Produkte angebaut werden, um die ländliche Entwicklung voranzutreiben und die Unterernährungskrise zu bewältigen.

Der Mangel an Bildungseinrichtungen, dies muss ich nicht extra betonen, wirkt sich auf die Menschen aus, die studieren möchten. Familien, die sich dies kaum leisten können, verkaufen sehr oft Land oder verpfänden es, um vorzugsweise ihren Sohn ausbilden zu lassen. Leider

geschieht dies viel seltener, wenn eine Tochter ausgebildet werden soll. Den Bericht von IAASTD, der einen extrem ausgeglichenen, fortschrittlichen und integrierten Lösungsansatz in Bezug auf die Fragen der Unterernährung, der ländlichen Entwicklung, der Bildung, des Gesundheitswesens und des Zugangs zu Bodenschätzen hat, sollte man sehr ernst nehmen. Ich lobe den Bericht, weil er von Menschen mit extrem unterschiedlichen Interessen ausgearbeitet wurde. Die Empfehlungen sind deshalb solche, die eine sehr breite Akzeptanz genießen.

Ein Programm über die ländliche Entwicklung zu planen, macht nur Sinn, wenn es im Anschluss an Beratungen mit der Landgemeinde entwickelt wird. Zu oft haben wir vorbestimmte Herangehensweisen scheitern sehen. Im Bundesstaat Rajasthan beispielsweise wurde eine Verbindungsstraße gebaut, die Dörfer mit den Hauptstraßen verbinden soll, um Märkte zu erreichen. Wenn die Dorfgemeinde entscheiden kann, wie Straßen gebaut werden sollen, sind diese weit mehr nützlich. Die Dorfgemeinde weiß, dass in Gebieten, wo Gemüse angebaut wird, ein schnellerer Zugriff auf Märkte benötigt wird als in Gebieten, wo Getreide angebaut wird. Reis wird nicht in sieben Tagen verfaulen, Gemüse jedoch schon. Es sind die einfachen Dinge wie diese, die darüber entscheiden werden, ob eine Verbindungsstraße den Menschen tatsächlich dabei helfen kann, ihre Waren schneller auf die Märkte zu bringen.

Wenn man Entwicklungsprogramme zur Wassergewinnung durchführen will, sollte man die ländlichen Gemeinden und Stammesgemeinden befragen, denn sie kennen den Boden und die Topographie. Sie wissen, wo die Wasseranlage angebracht werden sollte. Sie wissen, wie das Wasser in der Region fließt und wo Staumöglichkeiten bestehen. Ein Außenstehender hat dieses Wissen nicht. In Indien gibt es einen sehr großen Staudamm im Bundestaat Kerala. Der Idukki-Damm hat zu Böden geführt, die sich bewiesen haben. Die Lage dieses Staudamms wurde von einer Stammesgemeinde bestimmt, die in diesem Gebiet lebt. Jemand hatte das gute Gefühl, die örtliche Gemeinde zu befragen. Und weil jemand das gute Gefühl hatte, dies zu tun, gibt es heute einen funktionellen, effektiven Staudamm mit geringen Beeinträchtigungen für die örtliche Ökologie. Ich möchte Sie gerne einladen, den Idukki-Staudamm in Kerala zu besuchen.

Wieder und wieder werden Sie sehen, dass es sehr weise ist, zu den ländlichen Gemeinden zurückzukehren und sie nach traditionellen Praktiken zu befragen, wenn Sie Programme für die Landwirtschaft entwickeln wollen. Sie werden viele Lösungen finden, auch zur Krankheitsbekämpfung. An einem Standort entdeckten wir zum Beispiel, dass Landwirte ihre Hände in Milch waschen, bevor sie Pflanzen verpflanzen. Tatsächlich hat eine Universität danach geforscht und dabei herausgefunden, dass dann die Krankheitsübertragung geringer

ist. Das bedeutet, dass Gemeinden ihre eigene Wissenschaft und Verfahrenstechniken entwickelt haben.

Ein Aspekt, auf den ich unsere Aufmerksamkeit lenken möchte, ist die Feminisierung der Landwirtschaft und die Tatsache, dass alle Entwicklungsprogramme in den ländlichen Gebieten hiermit in Zusammenhang stehen müssen. Als die Männer in die Städte gingen, um dort Geld zu verdienen, haben sie ihre Frauen zu Hause gelassen, damit diese auf dem Land Nahrungsmittel anbauen. Wir haben alle registriert, dass die Feminisierung der Landwirtschaft heute zu einer Angelegenheit geworden ist, mit der man sich befassen muss. Und dennoch gibt es immer noch landwirtschaftliche Maschinen und Werkzeuge, die für Männer konstruiert worden sind. Daher werden Sie oft eine Frau sehen, die sich sehr anstrengt, weil sie nicht groß oder alt genug ist, um die Futterschneidemaschine zu bedienen. Das heißt, sie wird auf einem Behälter stehen oder hochspringen müssen. Oftmals sind die Maschinen, die das Getreide zerhacken, so schwer zu bedienen, weil sie auf einfachen Benutzungsprinzipien der Handarbeit basieren. Dieses derzeitige Missverhältnis zu dem, was ein frauengeführter landwirtschaftlicher Haushalt benötigt, um effektiver zu sein, sollte berücksichtigt werden. Natürlich ist das Zugriffsrecht auf ein produktives Wirtschaftsgut wie Land und Wasser entscheidend. Wer wird das Wasser bekommen? Die Coca-Cola-Gesellschaft für ihre Abfüllanlage? Oder Bauern für die Bewässerung der Felder? Diese Wahlmöglichkeiten müssen getroffen werden. Sie müssen wesentlicher Bestandteil einer politischen Entscheidung sein, die mit der Landbevölkerung getroffen wird.

Abschließend werden alle Programme für die ländliche Entwicklung die Tatsache bedenken müssen, dass bestimmte Einwohner zu arm, zu alt oder zu behindert sind und nicht in der Lage sein werden, an irgendwelchen Programmen, die nützlich werden können, teilzunehmen. Daher sollte die Fürsorge Bestandteil eines jeden Programms zur landwirtschaftlichen Entwicklung sein. In Indien war es einmal Tradition, Getreidebanken zu besitzen. Sie waren zweckmäßig, damit Menschen, die weder Nahrung noch Land besaßen und die zu arm, zu alt oder zu krank waren, versorgt wurden. Wiederbelebte Traditionen wie diese oder selbst solche, die sie irgendwie organisieren, müssen Bestandteil dessen sein, was wir versuchen zu tun.

Nun noch schnell zur Frage der Mikrofinanzierung: Mikrofinanzierung existiert heutzutage überall. Ein Mikrokredit ist in der Regel ein sehr teurer Kredit. Ich sehe keinen Grund, weshalb Regierungen und Banken bereit sein sollten, gewaltig großen Industriezweigen mit millionenschweren Dollarpaketen Kredite zu gewähren, jedoch nicht bereit sind, einem kleinen Teil von Schuldnern ländliche Kredite zu vergeben. Gerade bei Frauen, die Mikrokredite erhalten, übersteigt die Ausfallquote niemals drei bis vier Prozent. Ein guter Kredit bedeutet,

dass er angemessen vergeben wird. Die Erfolgsgeschichte der angemessen vergebenen Kredite ist sehr hoch. Sie müsste ausgeweitet werden. Ich möchte hierzu gern ein Modell aufzeigen, und zwar eine Kreditkarte für Bauern, um den Kreditzugang zu Banken zu rationalisieren. Diese könnten zum Beispiel für Dünger oder für Saatgut sein. Der Landwirt bekommt eine Karte, geht zur Bank, erhält einen Kredit und kann damit zu einem Händler gehen.

Was die Frage des Grundbesitzes anbelangt, so muss das Land gemeinsamer Besitz von Männern und Frauen sein. Eine der größten Krisen, die landwirtschaftliche Gebiete heimgesucht hat, besteht darin, dass Frauen nicht in der Lage sind, Kredite zu beziehen, wenn ihre Männer fortgehen. Wenn sie Landwirtschaft betreiben wollen, müssen sie fähig sein, Kredite zu erhalten. Deshalb müssen sie Miteigentümerin des Landes sein. Und schließlich müssen Bauerngenossenschaften eine Rolle spielen. Die meisten Bauern gehören keiner solchen Organisation an. Ich danke Ihnen vielmals.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. – Herr Brüntrup, ich bitte Sie jetzt um Ihr Statement.

**Michael Brüntrup (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn)**: Vielen Dank, auch für die Einladung. Ich arbeite am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik. Ich hoffe, ich muss das nicht mehr weiter vorstellen: Wir sind ein Think Tank des BMZ.

Ich möchte ganz kurz den integrierten Ansatz der ländlichen Entwicklung unterstreichen. Sie haben sich bewusst für bestimmte Ausschnitte entschieden, deshalb gehe ich auch nur darauf ein. Ich will noch unterstreichen, bevor ich zu den Fragen komme, dass wir in der ländlichen Entwicklung mit einer sehr starken Diversität der ländlichen Situationen konfrontiert sind, so dass die meisten Blue Prints nicht funktionieren werden. Der neue Weltentwicklungsbericht hat versucht, das klarzumachen. Er unterscheidet zum Beispiel die ländliche Entwicklung in stagnierenden Ländern, die noch sehr stark agrarbasiert sind, von ländlichen Räumen, die in aufstrebenden Nationen, wie Thailand und mittlerweile auch China, liegen. Dort kann man Bauern ganz andere Möglichkeiten bieten, sich an diesen neuen Märkten und dem Wachstum zu beteiligen. Wegen der hohen Diversität ist es sehr schwierig, allgemeine Empfehlungen für die ländliche Entwicklung insgesamt zu geben. Auch was Kernbereiche betrifft. Etwa die Frage: Wie stark soll man die Bauern in die Kommerzialisierung treiben? In Ländern, die vibrieren, ist das fast ein Automatismus. Wenn man das dort nicht macht, hängt man die Leute ab. In stagnierenden Ländern ist es eine Notwendigkeit, mit Kleinbauern und Subsistenzfarmern zu arbeiten.

Ein Wort zu dem Leitbild, nach dem gefragt wurde. Um auch ein bisschen zu provozieren: Ich glaube, das Leitbild der Agrarentwicklung im ländlichen Raum kann nicht das der jetzigen Kleinbauern sein. Ich glaube, die haben keine große Zukunft. Das aus mehreren Gründen. Einen haben wir bereits gesehen: Das Prestige, über das Frau Sahai berichtet hat. Das ist im ländlichen Raum für die Landwirtschaft enorm niedrig. Es liegt daran, dass die jungen Menschen sehen, wie ihre Eltern arbeiten: Mit der Hacke auf kleinstem Raum. Oft reicht das gerade zum Überleben. Mit dem typischen Kleinst- oder Subsistenzbetrieb kann man die MDGs nicht erreichen. Man kann sich keine Bildung kaufen. Man ist auf die Gesundheitsunterstützung durch den Staat angewiesen. Das bietet aus Sicht der betroffenen Menschen keine Perspektive. Kleinbauern sind immer seltener in der Lage, mit den heutigen Märkten kompatibel zu sein. Die Anforderungen, die an die moderne Ernährungswirtschaft, auch in Entwicklungsländern gestellt werden, sind mittlerweile städtischer geprägt. Da kommen viele Kleinbauern nicht mehr mit. Dennoch, ein anderer Typ von Kleinbauern ist natürlich auch in meinem Leitbild vorhanden. Der Familienbetrieb hat auf jeden Fall eine große Zukunft. Selbst in Nationen wie den USA spielt der Familienbetrieb immer noch eine zentrale Rolle. Diese kleinen Familienbetriebe müssen aber kommerziell orientiert sein. Sie müssen mechanisiert sein und mehr moderne Inputs nutzen. Das alles deutet darauf hin, dass wir eine massive Konsolidierung brauchen. Da, wo das nicht der Fall ist, muss man anders vorgehen. Wir brauchen realistische Zwischenziele. Das Leitbild allein genügt nicht. Wir müssen Armut jetzt bekämpfen. Deswegen führt kein Weg an einer breiten Kleinbauernförderung vorbei. Das Leitbild, wie gesagt, muss für die längerfristige Perspektive ein anderes sein.

Drei Grundsätze möchte ich nennen, die für die ländliche Entwicklung allgemein, für alle Politikbereiche und nicht nur für den Agrarbereich wichtig sind: Erstens, ländliche Entwicklung muss in nationalen Programmen systematisch repräsentiert sein und berücksichtigt werden. Bildung, Gesundheit, all diese Dinge haben für den ländlichen Raum unter Umständen andere technische Ausprägungen, weil die Distanzen größer sind und die Menschen noch in lokalen Sprachen sprechen. Außerdem sollten möglichst viele Politiken dezentral implementiert werden. Nur so kann man dem ländlichen Raum gerecht werden. Schließlich brauchen wir das Empowerment, von dem Frau Sahai schon sprach. Das Empowerment der ländlichen Bevölkerung, sich genau in diese Politiken einzumischen.

Jetzt zu Ihren drei ausgewählten Bereichen. Agrarkredit: Man muss deutlich unterscheiden zwischen Mikrofinanzansätzen, die sehr breit sind und die eine weite Palette von Dienstleistungen umfassen, wie Sparen, Versicherungen, Transferleistungen und den Krediten selber.

Mikrofinanz und Mikrokredite haben sich als hochrelevant für die Armutsbekämpfung erwiesen. Sie sind vielleicht nicht besonders innovationsfördernd, weil sie oft sehr kleine Strukturen ansprechen, die nicht die Kapazität haben, neue Technologien einzuführen. Aber sie sind hoch armutsrelevant über den Einkommensmechanismus. Ländlichen Kleinstkreditnehmern wird oft ein höheres Einkommen ermöglicht. Für die Agrarproduktion hat der Mikrofinanzbereich bis jetzt nicht viel gebracht. Ich kenne zwar auch Ausnahmen: Gerade in Afrika sind viele genossenschaftlich orientierte Mikrofinanzsysteme deutlich stärker auf dem Land und für Landwirte zugänglich. Aber im Großen und Ganzen ist der Mikrofinanzansatz einer, der die wöchentlichen Rückzahlungen betont, der sehr stark Frauen unterstützt, der nur kurzfristige Kredite zu sehr hohen Zinsen anbietet. Das sind alles Eigenschaften, die nicht sehr oft den landwirtschaftlichen Betrieben entgegenkommen. Gerade im klassischen Mikrofinanzland Bangladesch werden fast alle Kredite an Frauen vergeben. Aber Frauen sind in Bangladesch in der Landwirtschaft nicht so aktiv. In Afrika ist das oft ganz umgekehrt. Also, auch da gilt es wieder, die Standortspezifität zu beachten.

Wir brauchen, um Mikrofinanz für den Agrarsektor stärker wirksam zu machen, eine stärkere Verknüpfung der Bereiche Agrar- und Finanzentwicklung. Dort gibt es eine ganze Menge Ansatzpunkte, in denen die deutsche EZ schon tätig ist. Man braucht diese verschränkte Unterstützung von Finanzaufgang, von Beratung, von Innovationsentwicklung, Risikomanagement und unter Umständen auch Garantien für den Ausfall. Ich bin persönlich kein Freund der Subvention von Zinssätzen. Ich glaube auch, dem Agrarsektor ist langfristig nicht damit gedient, wenn er verbilligte Zinsen bekommt. Das führt zu Marktverzerrungen. Denn man kann ländliche Finanzsysteme nicht so genau kontrollieren, dass man wirklich sagen kann, die verbilligten Agrarkredite kommen ausschließlich dem Agrarsektor zugute. Vielmehr werden sie sich im ländlichen Raum verteilen. Dann haben normale Mikrofinanzorganisationen auf einmal enorme Schwierigkeiten mit ihren teureren Produkten, noch Nachfrage zu bekommen. Hinsichtlich des Agrarkredits gilt: Deutlich mehr Förderung ist möglich und nötig durch die Verschränkung der Bereiche Finanzentwicklung und Agrarförderung.

Zu den Landrechten: Auch da ist eine klarere Unterscheidung, als in den Fragen angedeutet, vorzunehmen: Zu unterscheiden ist zwischen Landeigentumsrechten und einer Vielzahl von Verfügungsrechten. Ganz klassischer Fall sind die gesicherten Weiderechte. Frauen haben oft in den traditionellen Gesellschaften nicht unbedingt das Recht auf eigenen Landbesitz. Aber auch da kann man übergangsweise dafür sorgen, Frauen sichereren Zugang zu Land zu geben. In den Fragen wurde speziell formuliert, ob Kleinbauern oder Arbeiter Land bekommen sollen. Es ist ein großer Unterschied, ob ich existierenden Bauern bessere Landrechte beschaffe oder diese sicherstelle oder ob ich Menschen, die noch nicht in der Landwirtschaft

tätig waren, einen zusätzlichen Zugang geben soll. Gerade letzteres hat oft keine großen Erfolge hervorgebracht, weil man die Leute nicht richtig ausgesucht hat. Es waren nicht die Unternehmerpersönlichkeiten, die man für einen kleinen Betrieb braucht. Sie hatten keine Erfahrung, nicht genug Ausbildung und begleitende Beratung, so dass der Track Record für den Neuzugang zu Land relativ schlecht ist. Die Erfolgsgeschichte ist bei der Verbesserung bereits existierender Kleinbetriebe hingegen deutlich besser. Bei einer Landreform, bei der es wirklich um die Neuverteilung von Land geht, ist sehr oft zu beobachten, dass schwache Teilnehmer ausgeschlossen werden. Man muss sich darüber im Klaren sein, Landreformen bringen meistens Konflikte. Und zwar auch lang andauernde Konflikte, die nicht nur mit der Verteilung des Landes zu tun haben. Man muss einen langen Atem haben und wissen, dass man sich in einem hochpolitischen Bereich bewegt. Für die deutsche EZ bedeutet dies, dass man sehr vorsichtig, eher als Mittler und als Berater tätig sein sollte und sich einer Positionierung besser enthält – außer, dass man sich auf die allgemeinen Menschenrechte und die Prinzipien des Landes selber beruft.

Zu den Agrargenossenschaften: Ich kann nur unterstützen, was Herr de Willebois gesagt hat. Man hat mit Genossenschaften oft schlechte Erfahrungen gemacht. Das ist soweit gegangen, dass heutzutage nicht mehr viele Bauern Mitglieder von Agrargenossenschaften sein wollen. Das heißt nicht, dass sie sich nicht organisieren wollen. Aber es gibt mittlerweile eine hohe Zahl von Alternativen zu Genossenschaften, die Kleinstorganisationen. Wichtig ist, wenn man diese fördert und zumindest insoweit eine Formalisierung erreicht, dass diese Bauern als Gruppe an Agro-Finanzorganisationen herantreten können und von diesen Gruppenkredite erhalten. Das heißt, dass man wenigstens ein paar Schritte aus der Informalität heraus geht, ohne gleich eine Genossenschaft zu gründen, die sich noch in vielen Ländern in einem sehr starren Korsett der Genossenschaftsgesetzgebung befinden.

Wir können Agrargenossenschaften oder ländliche Bauern und Agrarorganisationen in vielen Bereichen stärken. Nicht nur im Bereich klassischer Agrarförderung, sondern auch im Bereich der Wirtschaftsförderung. Etwa, wenn man an integrierte Wirtschaftsketten denkt, innerhalb derer Bauern oft die Rohprodukte liefern. Wir können das im Rahmen von Dezentralisierungsprogrammen, wo Bauernorganisationen eigentlich ein zentraler Meinungsmacher und -gestalter sein sollten, sehr gut unterstützen. Es gibt eine ganze Menge von Ansatzpunkten, die deutsche EZ über den Agrarsektor hinaus zu fördern. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Brüntrup. – Wir kommen jetzt zu Herrn Professor Dr. Rauch.

**Prof. Dr. Theo Rauch (Institut für Geographische Wissenschaften, Fachrichtung Anthropogeographie, Berlin):** Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Vorsitzender. Erlauben Sie mir bitte, am Anfang einen Rahmen für ländliche Entwicklung zu setzen, bevor ich auf die drei Themenbereiche eingehe. Wir müssen die derzeitige ländliche Entwicklung in einem anderen Kontext sehen, als wir dies in den letzten Jahrzehnten taten. Wir haben eine dramatische Entwicklung auf den Weltagrarmärkten. Diese Entwicklung, zusammen mit dem Klimawandel und genereller Ressourcendegradierung schafft einen enormen Intensivierungsdruck für die kleinbäuerliche Landwirtschaft in den Entwicklungsländern des sogenannten Südens. Sie schafft aber zugleich – wenn wir von der Hypothese ausgehen, dass mittel- bis langfristig die Agrarpreise überproportional steigen werden – auch einen Intensivierungsanreiz, den es in den letzten Jahrzehnten niemals gab.

Es bestehen in sehr vielen Regionen, regional unterschiedlich, aber in Subsahara-Afrika, in großen Teilen Lateinamerikas, große Intensivierungsspielräume, auch für Kleinbauern, die immer unterschätzt werden. In den vergangenen Jahrzehnten sind sie nur deshalb nicht genutzt worden, weil es sich nicht gelohnt hat und weil es besser war, in die Stadt zu gehen. Wenn die Preise steigen, werden diese Intensivierungsspielräume durchaus wieder interessant. Auch bei der Kleinbauernschaft in afrikanischen Ländern. Diesem optimistisch klingenden Szenario steht allerdings als Kontrast entgegen, dass die Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, und nicht nur diese, sondern auch die meisten Agrarförderinstitutionen und auch wir in der EZ, von dieser Entwicklung auf dem falschen Fuß erwischt werden.

Wie Frau Sahai schon gesagt hat, die jungen Menschen sind nicht mehr auf dem Land. Sie suchen Jobs in den Städten. Viele Ehemänner sind nicht mehr auf dem Lande. Wir haben, wie wir es im Fachjargon nennen, multilokale Livelihood-Systeme. Konkret bedeutet dies, dass ein ganz großer Teil der armen kleinbäuerlichen Haushalte aus einer Frau mit zwei halbwüchsigen Töchtern besteht, die auf dem Land zurückbleiben, um mühsam die Ernährung zu sichern, während die Männer in den Städten verzweifelt versuchen, etwas Zusatzeinkommen zu erwirtschaften. Was ich damit sagen will: Die Beantwortung der speziellen Fragen müssen wir vor dem Hintergrund sehen, dass wir es nicht mit kleinbäuerlichen Betrieben zu tun haben, wo Mann und Frau und vielleicht ein paar Familienangehörige an der Scholle kleben, um mit dem Betrieb das Leben zu verbessern, sondern dass es sehr diversifizierte, verzweifelte Überlebenssysteme sind. Ich glaube, wir müssen dieses Bild immer im Kopf behalten.

Bevor ich vor diesem Hintergrund zu den einzelnen Instrumenten komme, will ich zunächst einen kleinen Seitenvermerk zu den Aussagen des Herrn Brüntrup machen: Bezogen auf die armen Kleinbauern, diejenigen, die wir bei den Millennium Development Goals (MDGs) im Blick

haben, scheint für mich nicht das Leitbild zu sein, eine Entwicklung von Agrarbetrieben hinein in die vollkommene Marktwirtschaft zu fördern. Dieses Leitbild wäre vielleicht schön, aber es ist einfach unrealistisch. Wir müssen uns, bis die MDGs erreicht sind, mit einem Leitbild begnügen, das sagt: Gesicherte Lebensunterhaltsthemen, Sustainable Secure Livelihoods. Das, glaube ich, kann für die Masse der eine Milliarde Menschen wahrscheinlich das einzige Leitbild bleiben.

Jetzt zu den einzelnen Instrumenten. Zunächst zu den Mikrokrediten: Da stimme ich meinen Vorrednern weitgehend zu. Das System von Mikrokrediten ist sehr wichtig. Vielleicht ist es nicht immer so sehr effizient, aber es ist zur Überlebenssicherung sehr wichtig. Es ermöglicht in Notfällen, etwa bei Beerdigungen, unabhängig von einem Geldverleiher, an Geld heranzukommen. Es erlaubt bei Tätigkeiten, wie der Viehhaltung, eine zusätzliche Ziege zu kaufen. Mikrokredite können aber nicht den Welthunger lösen. Die bestehenden Systeme sind nicht geeignet für saisonale Ackerbaukredite. Bei saisonalen Krediten brauchen alle zu einem bestimmten Zeitpunkt schnell Geld und zu einem bestimmten Zeitpunkt müssen sie es zurückzahlen. Das setzt ganz andere Voraussetzungen an die Finanzsysteme.

Was die Rolle der EZ anbetrifft, ist zu bedenken, dass die Entwicklung von Finanzsystemen in sehr vielen Ländern nicht sinnvoll vom Staat geleistet werden kann. Es erfordert die Zusammenarbeit mit Bankensystemen und mit Nichtregierungsorganisationen, die gemeinsam solche Systeme aufbauen können. Wir müssen uns überlegen, wie wir diesbezüglich mit der Paris-Deklaration umgehen und welche Wege es gibt, hier auch mit privaten Akteuren direkt zusammenzuarbeiten.

Ich komme zur Frage der Landreform. Hier sind drei verschiedene Aspekte sorgfältig zu unterscheiden. Ein Problem ist, Landnutzungsrechte für kleinbäuerliche Produzenten zu sichern. Diese gesicherten Landnutzungsrechte sollten möglichst nicht über ein vermarktbare Privateigentum an Grund und Boden durchgesetzt werden. Dies führt nämlich bei dem augenblicklichen Intensivierungsdruck und bei dem großen Interesse nach zusätzlichem Land sehr schnell dazu, dass verschuldete Kleinbauern und -bäuerinnen sich gezwungen sehen, das Land zu verkaufen, weil es eine handelbare Ware ist. Insofern bevorzuge ich tendenziell Nutzungsrechte lediglich langfristig zu sichern, ohne das Land dabei zu einer handelbaren Ware zu machen.

Der zweite Aspekt von Landreform ist meines Erachtens der im Augenblick dramatischste, wie wir am Beispiel Madagaskars gehört haben – die Tendenz zur Landwegnahme. Im Augenblick müssen wir uns nicht so sehr Sorgen machen, wie wir den Kleinbauern durch Landreform mehr

Land verschaffen können – das bleibt für mich immer noch ein langfristiges Ziel. Wir müssen uns darauf konzentrieren, wie Entwicklungszusammenarbeit dabei helfen kann, zu verhindern, dass die Kleinbauern sich unter diesem Intensivierungsdruck und dem Druck des Agrobusiness' auf das Land, in wenigen Jahren als landlose Saisonarbeiter wiederfinden. Es bedarf hierfür einer Zusammenarbeit mit den Regierungen. Alle Betroffenen müssen an der auszuhandelnden Praxis hinsichtlich der Landverkäufe beteiligt werden.

Der dritte Punkt der Landreform ist die Landumverteilung. Diese Frage steht in einigen Ländern an. Wir sollten das nicht sehr offensiv angehen. Es ist eine sehr schwierige Aufgabe. Aber in Ländern, in denen es im Augenblick auf der Tagesordnung steht, wie zum Beispiel in Nepal, erscheint es mir sinnvoll, mit vorhandener Erfahrung zu unterstützen. Es dort anzutreiben, wo es die politischen Kräfte im Augenblick nicht wollen, sehe ich eher kritisch.

Letzter Punkt: Organisation von Kleinbauern. Meine These ist, Kleinbauern müssen organisiert sein oder sie werden nicht überleben können. Die Marktmechanismen sind so, dass einzelne Kleinbauern, die ein bis drei Säcke Überschuss hin und wieder verkaufen können, auf den Agrarmärkten gnadenlos von Händlern ausgebeutet werden. Sie sind den ständigen Preisschwankungen, deren Extremität wir in den letzten Jahren erlebt haben, hilflos ausgesetzt. Hier hilft nur Organisation und Verhandlungsmacht auf dem Markt. Aber Genossenschaften sind für die ärmeren Kleinbauern nicht das geeignete Instrument – nirgendwo in der Welt. Genossenschaften waren immer ein Instrument für die relativ gesicherten Kleinbauern. Genossenschaften waren gut für Menschen, die 20 oder 30 Säcke zu vermarkten hatten. Deshalb: Eher informelle Vermarktungsorganisationen. Hier ist wiederum die große Frage, was kann die EZ dazu beitragen? Auch das ist ein Feld, das man nicht ohne weiteres den Regierungen und dem zukünftigen Mittelabflussprozess über Budgethilfe oder programmorientierter Gemeinschaftsfinanzierung überlassen kann. Hier spielen Nichtregierungsorganisationen, ich spreche hauptsächlich von lokalen Nichtregierungsorganisationen, eine maßgebliche Rolle. Wir müssen Mechanismen finden, diese Nichtregierungsorganisationen mit ODA-Mitteln für diese Zwecke auszustatten, um auf diesem Wege den Kleinbauern zu helfen und zwar sowohl aus Vermarktungsgründen als auch aus Gründen der Wahrnehmung ihrer eigenen Rechte im Rahmen einer dezentralisierten, lokalen Demokratie. Herzlichen Dank.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, Herr Prof. Rauch. Wir kommen jetzt zum „Kirchen-Block“. Ich weiß nicht, wer den Anfang macht. – Dr. Walter, bitteschön!

**Dr. Bernhard Walter (Brot für die Welt, Stuttgart):** Ich bedanke mich recht herzlich für die Einladung. Vor allem dafür, dass Sie es möglich gemacht haben, dass beide Kirchen hier sprechen können. Wir haben unsere Stellungnahmen auch noch mit einem dritten Werk abgestimmt, mit dem Evangelischen Entwicklungsdienst. Wir geben öfter gemeinsame Stellungnahmen ab. Wir wollen hier mit der Stellungnahme aus unserer Sicht darstellen, was entscheidend ist für eine bessere Hungerbekämpfung und für eine verbesserte ländliche Entwicklung.

Vorab möchte ich vier Punkte nennen, die aus unserer Sicht entscheidend sind. Zunächst einmal braucht es – für uns als kirchliche Hilfsorganisationen – in der Hungerbekämpfung eine deutliche Option für die Armen. Das heißt, die Hungernden, die vom Ackerbau und Viehhaltung, vom Fischfang und von der Nutzung der natürlichen Ressourcen leben, sollten Zugang zu diesen lebenswichtigen Ressourcen bekommen. Um den Hunger effektiv zu reduzieren, sind daher die politischen Maßnahmen an den Bedürfnissen der besonders armen, verwundbaren Bevölkerungsgruppen ohne Selbsthilfepotential auszurichten. Die Lösung des Zugangsproblem zu Nahrungsmitteln erfordert aus unserer Sicht einen menschenrechtsbasierten Ansatz auf nationaler und globaler Ebene, wie er zum Beispiel in den „Freiwilligen Leitlinien zum Recht auf Nahrung“ festgelegt wurde. Dazu haben sich mehr als 150 Staaten verpflichtet. Diese Staaten müssen sicherstellen, dass die eigene Politik den Zugang zu Nahrung garantiert und das Recht Dritter nicht verletzt wird. Das Menschenrecht auf Nahrung sollte der normative Handlungsrahmen für die politischen Maßnahmen zur Bekämpfung des Hungers sein. Dadurch werden sie auch zielgerichteter und problemorientierter. Dabei kann der menschenrechtsbasierte Ansatz sicherstellen, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Förderung der ländlichen Räume in den Entwicklungsländern tatsächlich auch diesen besonders betroffenen und verletzlichen Gruppen zugute kommen.

Bevor ich zu den Instrumenten komme, der zweite wichtige Punkt: Die kleinbäuerliche Familienlandwirtschaft sichert schon jetzt die Produktion des überwiegenden Teils der Nahrungsmittel. Sie muss in erster Linie in die Lage versetzt werden, den Hunger nachhaltig zu bekämpfen. Die Leitlinie für die Ausgestaltung der Produktionsbedingungen der Landwirtschaft im Süden sollte aus unserer Sicht die standortgerechte und nachhaltige Landwirtschaft sein, wie sie teilweise auch im IAASTD-Bericht vorgestellt wurde. Bei der notwendigen Produktionssteigerung müssen ökologische und soziale Belange berücksichtigt werden. Die industrielle Landwirtschaft mit hohem Energie- und Chemikalieneinsatz, mit kurzfristiger Produktivitätsmaximierung durch Anbau in Monokulturen kann aus unserer Sicht weder eine ökologisch nachhaltige Produktion noch eine flächendeckende Verteilung der Nahrungsmittel gewährleisten. Die Lösungsansätze für die Überwindung der Nahrungsmittelknappheit wurden

vorher schon teilweise dargestellt. Sie liegen in der Einbeziehung von indigenem und lokalem Wissen, der Stärkung von Frauen sowie in einer stärkeren Fokussierung auf kleinbäuerliche Anbaumethoden. Entsprechend den Erfahrungen unserer Projektpartner ist vorrangig mit den marginalisierten und verletzlichsten Armutsgruppen zusammenzuarbeiten, sowie Markt- und Handelsbedingungen aufzubauen, die Armutsgruppen nicht noch weiter an den Rand drängen und einen Schutz für den Anbau der wichtigsten Grundnahrungsmittel bieten. Das bedeutet auch, auf den Einsatz von Gen-Saat zu verzichten und Produktionssteigerungen allein mit den bewährten Methoden der konventionellen Pflanzenzüchtung durchzuführen. Dazu werden wir später noch mehr hören. Deshalb sollte auch die Agrarforschung entsprechend stärker auf das traditionelle bäuerliche Wesen ausgerichtet werden und die Forschung in Richtung regionaler Sorten diversifiziert werden. Gerade angesichts der zu erwartenden Folgen des Klimawandels für die Ärmsten der Armen sollten die knappen Mittel auf diese Bereiche konzentriert werden, um die Adaptionsmöglichkeiten dieser Bevölkerungsgruppen zu verbessern.

Als Drittes lehnen wir eine weitere Liberalisierung des Agrarhandels ab. Sie trägt nicht zur Lösung der Hungerproblematik und der ländlichen Entwicklung bei, wenn nicht gleichzeitig wirksame Mechanismen zum Schutz der Nahrungsproduktion und –verarbeitung in Entwicklungsländern in Handelsabkommen verankert werden. Wir tragen aber auch die Hoffnung, dass angesichts der Ernährungskrise die Einsicht für eine kohärentere Agrar-, Handels- und Entwicklungspolitik wächst. Dazu müssen aus unserer Sicht auch die EU-Exportsubvention für Agrarprodukte sofort beendet und alle anderen handelsverzerrenden Subventionen auf den Prüfstand gestellt werden. Wir haben jetzt gerade wieder die Exporterstattung für Milch gesehen. Daher markiert die neue Nahrungsmittelknappheit auch die Notwendigkeit einer Wende in der europäischen Agrarpolitik. Die hohen Subventionen für die EU-Landwirtschaft stehen nach wie vor im Widerspruch zu dem geringen finanziellen Engagement für die Sicherung der Welternährung.

Der vierte Punkt: Die ländliche Entwicklung wird immer wieder von Naturereignissen und -katastrophen getroffen, was die Bemühungen einer langfristigen Entwicklungszusammenarbeit erschwert. Deshalb sollte eine kurzfristige wirksame Aufstockung in der Not- und Übergangshilfe langfristig von einer strukturellen Neugestaltung im Sinne einer globalen Ernährungssicherungspolitik abgelöst werden. Dazu gehört aus unserer Sicht als Kernelement eine kohärente Politik der in Rom basierten Fachorganisationen wie FAO, IFAD oder auch dem Welternährungsprogramm. Die Bundesregierung sollte dafür Sorge tragen, dass diese Fachorganisationen der Vereinten Nationen hauptverantwortlich für die Politik und Maßnahmen der Ernährungssicherung werden. Dabei sollten sie ein klares Mandat bekommen, welche

Aufgaben ihnen im Einzelnen zufallen. Wir sehen auch hier die Vereinten Nationen als zentralen Akteur in der Koordinierung und Durchführung der Maßnahmen.

Zu den Punkten Mikrofinanzen und Agrargenossenschaften: Aus unserer Sicht sind Mikrofinanzen weder ein Allheilmittel noch sind sie, isoliert eingesetzt, allein ausreichend. Besonders erfolgreich sind sie dort, wo sie in Verbindung mit anderen Finanzdienstleistungen angeboten werden. Während das Konzept der Mikrokredite nur Kleinstdarlehen vergibt und vielfach noch nicht einmal mit einer Sparkomponente versehen ist, geht ein Mikrofinanzsystem darüber hinaus. Es umfasst auch Spar-, Versicherungs- und Geldtransferleistungen, die den wirklich Ärmsten sonst verschlossen blieben. Natürlich bedarf das Mikrofinanzwesen weiterer Förderung, auch der Unterstützung der deutschen EZ. Bislang haben drei Milliarden Menschen in den Entwicklungsländern keinen Zugang zu irgendeiner Form von finanzieller Dienstleistung. Es sind vor allem die Menschen im ländlichen Raum, die hier benachteiligt sind. Staatliche Regulierungen sind notwendig, damit das Mikrofinanzwesen, das durchaus auch zivilgesellschaftlich oder privat organisiert werden kann, ein faires, zuverlässiges und flächendeckendes Finanzsystem darstellt. Dabei entfalten Mikrofinanzsysteme die höchste Wirkung durch begleitende Beratung, Fort- und Bewusstseinsbildung. Hier sollte eine Kooperation mit den Akteuren der Zivilgesellschaft angestrebt werden. Die staatliche EZ kann in all diesen Bereichen wichtige Regierungsberatung leisten und sich an der Finanzierung von entsprechenden Programmen beteiligen. Darüber hinaus ist es aber auch wichtig, Mikrofinanzsysteme für besonders verwundbare Menschen zu etablieren, die der Risikosituation dieser Menschen gerecht werden. Die Konzepte der Mikrokreditfinanzierung könnten in diesem Zusammenhang mit Konzepten der sozialen Sicherung kombiniert werden. Hier könnten NGOs und die Bundesregierung enger zusammenarbeiten.

Agrargenossenschaften spielen für die kleinbäuerliche Landwirtschaft eine wesentliche Rolle. Sie haben das Potential, dass die sozioökonomischen Bedingungen im ländlichen Raum für die kleinbäuerlichen Familienbetriebe nachhaltig und positiv verändert werden. Die genossenschaftliche Idee gewinnt durch die Globalisierung weiter an Gewicht. In den vergangenen Jahren ist in vielen Ländern ein starkes Wachstum von Agrargenossenschaften zu verzeichnen. Allein in Indien geht die Mitgliederzahl in die Millionen. Jedoch sind die Erfahrungen der Agrargenossenschaften, das wurde bereits angesprochen, im Hinblick auf ihre armutsmindernde Wirkung, je nach Region und den jeweiligen politischen Rahmenbedingungen, sehr unterschiedlich. In Osteuropa, in Asien und Lateinamerika sind landwirtschaftliche Kooperativen seit jeher bedeutsam und erfolgreich. In Afrika hingegen brachen die meisten staatlichen oder halbstaatlichen Genossenschaften aufgrund schlechten Managements und Korruption zusammen. Hier haben sich die Bauern anders organisiert, als

Bauernorganisationen an der Basis. Agrargenossenschaften sind in vielen Entwicklungsländern die einzige Chance für Kleinbauernorganisationen zur Existenzgründung, zur Einkommensbildung und zum Marktzugang. Sie haben daher eine hohe Bedeutung für die kleinbäuerliche landwirtschaftliche Produktion und verhindern bei funktionierenden Infrastrukturen die weitere Verarmung von vielen kleinbäuerlichen Familien. Aus diesen bisher regional sehr unterschiedlichen Erfahrungen lässt sich aus unserer Sicht schließen, dass Agrargenossenschaften nur dann funktionieren, wenn sie auch im Sinne des Genossenschaftsgedankens, den Fokus auf die unabhängige und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung der Genossenschaften legen und nicht auf eine allgemeine Wohlfahrtswirkung innerhalb ihrer jeweiligen Umgebung abzielen. Eine Konsequenz sollte daher sein, dass Kooperativen als eine spezielle Form des Privatsektors akzeptiert werden. Darüber hinaus haben sie jedoch auch das Potential, soziale Dienstleistungen im ländlichen Raum für benachteiligte Zielgruppen dauerhaft zu gewährleisten.

**Wilhelm Thees (Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V., Aachen):** Von MISEREOR auch herzlichen Dank. Auch dafür, dass beide Kirchen hier ihre Meinung gemeinsam kundtun können.

Zur Landfrage: Als Hilfswerke sehen wir, dass der legale Rechtsrahmen in vielen Ländern des Südens oft nicht die notwendige Rechtssicherheit mit sich bringt, den sich die Nutzer des ländlichen Raums erwarten. Diese Rechtsnormen sind angepasst oder entwickelt worden an europäischen oder ausländischen Rechtsnormen. Die traditionelle Rechtskultur der ländlichen Nutzer ist nicht oder nur ungenügend in den neuen Rechtsrahmen eingearbeitet worden und wird auch nicht respektiert. Sie entspricht vielfach auch nicht den Vorstellungen von Eigentumskonzepten, die auf registrierten Landtiteln beruhen. Der gesicherte Zugang zu Land für alle Nutzergruppen des ländlichen Raumes muss daher Priorität der nationalen Politik sein. Dieses erfordert den menschenrechtsbasierten Ansatz auf nationaler und globaler Ebene, wie er in den „Freiwilligen Leitlinien für das Recht auf Nahrung“ verankert ist. Diese Freiwilligen Leitlinien sollten auch der deutschen Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit als Indikatoren für ihr Monitoring und zur Politikdefinierung dienen. Die aktive Beteiligung der Bevölkerung an der Entwicklung angepasster Landnutzungskonzepte mit einem von den zuständigen Stellen auf kommunaler und anderer staatlicher Ebene anerkannten Rechtsrahmen trägt langfristig dazu bei, Konflikte weitgehend zu vermeiden. Landreformprozesse unterstützen allerdings nur dann Konzepte zur Armutsbekämpfung, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Dazu gehört die Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit für Individuen. Dabei sollten keine teuren externen Betriebsmittel verwendet werden. Sie darf keine Verschuldung der Begünstigten verursachen. Der Prozess muss in eine kohärente Agrar-

und Handelspolitik eingebettet sein. Bei diesem Prozess ist der Fokus oft einseitig auf Ackerbauern ausgerichtet. Andere Ressourcennutzer, wie Pastoralisten, Fischer, Tierhalter, Holzsammler und Jäger, werden oft nur wenig oder gar nicht berücksichtigt. Die traditionellen Rechte, die diese Gruppen miteinander verbinden, verlieren bei der Formalisierung häufig ihre Rechtsgültigkeit. Dies führt dann in vielen Fällen zu Konflikten.

Kritisch zu sehen sind auch die starken Flächenexpansionen urbaner Zentren in den ländlichen Raum. Arme Landgemeinden stehen hier reichen urbanen Zentren gegenüber. Diese Flächenausdehnungen werden vielfach ohne Klärung von Rechten und Titeln auf Kosten der Landkommunen durchgeführt, forciert zum Teil von korrupten Politikern und einer interessengeleiteten Administration. Weiterhin ist eine überproportionale, starke Landnahme im Bereich der Landwirtschaft durch Staaten und private Investoren zu beobachten. Dies führt, wie auch die Zunahme des Anbaus für die Agrarkraftstoffproduktion, zu einer Verteuerung der Lebensmittel und zur Nahrungsmittelkrise. Hier muss mithilfe internationaler Richtlinien sichergestellt werden, dass insbesondere die Rechte der lokalen Bevölkerung geschützt und die Freiwilligen Leitlinien für das Recht auf Nahrung eingehalten werden. Verstärkt sind lokale unabhängige Organisationen und Netzwerke zu fördern, die durch ihre Arbeit die Benachteiligten unterstützen. Für die Lösung von Land- und Besitzkonflikten sollten Strukturen von Landgerichtsbarkeit, traditionelle Landrechtssysteme oder lokale Foren gestärkt werden. Als Alternative zur individuellen Titelvergabe ist auch die Sicherung gemeinschaftlichen Landbesitzes in Betracht zu ziehen. Diese Form entspricht oft den lokalen Strukturen und ermöglicht die Nutzung auf Familienebene. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Wir kommen jetzt zu den Fragen. Die großen Fraktionen haben je vier Minuten, die kleinen Fraktionen je zwei Minuten in der ersten Runde. – Herr Dr. Bauer bitte!

**Abg. Dr. Wolf Bauer (CDU/CSU)**: Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Unsere Idee, die hinter dieser Anhörung steckte, war, dass wir zu der Einsicht gekommen sind, dass wir den Schwerpunkt der ländlichen Entwicklung noch weiter ausbauen müssen. Daher auch weniger der Schwerpunkt auf Sofortmaßnahmen, sondern wirklich auf die echte ländliche Entwicklung.

Ich habe mich insofern etwas gewundert, dass sehr unterschiedliche Vorstellungen zu den einzelnen Themen kamen. Wenn ich zum Beispiel an die Mikrofinanzierung ganz allgemein denke: Da hat gerade Frau Sahai gefordert, dass mehr nationale Kreditgeber auf den Plan gerufen werden sollen. Wie können wir als deutsche Entwicklungshilfe da eingreifen? Wenn nationale Interessen oder Aktionen in den Vordergrund gezogen werden, wird es für uns

möglicherweise etwas schwerer. Vielleicht können Sie uns bei der Konfliktlösung helfen. Genau daran schließt sich die Frage an, wie man in diesem Bereich die Frauen spezieller fördern kann.

Der Vertreter des IFAD hat von Problemen in der Finanzierung gesprochen und dies in einem globalen Ansatz gebracht. Inwieweit kann man möglicherweise Versicherungen auch gegen Ernteauffälle stärker mit einbinden, als das bisher der Fall war? Es gibt Ansätze, in Indien zum Beispiel, Versicherungen mehr als bisher in diese Finanzierung mit einzubeziehen. Es gibt eine ganze Reihe von weiteren Punkten.

Was mich besonders interessiert, das sind die Bauernverbände und Agrargenossenschaften. Sie müssen autonom sein. Ich habe eine relativ große Fläche in Äthiopien gesehen, auf der viele kleine Bauern sich mit einem Ochsen abmühten. In welcher Form könnte man hier einen Traktor zur Verfügung stellen, den sie gemeinsam nutzen? Das wäre doch ein Ansatzpunkt. Es muss nicht gleich eine Genossenschaft sein.

Bei allen Punkten, die angesprochen werden, besteht immer die Frage: Wie können wir eingreifen? Wir möchten gerne ein Konzept, ein Arbeitsprogramm haben, das wir nach Möglichkeit so schnell wie möglich umsetzen wollen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. – Herr Dr. Addicks, danach Herr Dr. Raabe!

**Abg. Dr. Karl Addicks (FDP)**: Erst einmal vielen Dank an die Experten, die uns heute hier zur Verfügung stehen.

Ich muss auch sagen: Ich bin auch etwas überrascht über die Divergenz der verschiedenen Meinungen. Wir haben sehr gegensätzliche Meinungen zu Mikrofinanzen, zu Genossenschaften und zu Landrechten gehört. Es ist schwer, damit umzugehen. Für mich eine wichtige Frage, die ich gerne von Ihnen beantwortet hätte: Warum kommen wir so spät auf die Idee, uns der Entwicklung des ländlichen Raumes zu widmen? Vielleicht müssen wir uns in der Zukunft bemühen, die Dinge etwas vorausschauender zu betrachten, damit wir den Ereignissen – Nahrungsmittelkrise als zumindest teilweises Ergebnis der Vernachlässigung des ländlichen Raumes – auf lange Sicht nicht wieder hinterher rennen, sondern versuchen, uns frühzeitig auf das, was kommt, einzustellen.

Um auf die Frage der Landrechte einzugehen: Wir haben bei unseren Delegationsreisen verschiedentlich gesehen, wie damit umzugehen ist. Ich weiß nicht, wer das war, ich glaube,

Herr Prof. Rauch, der erwähnte, dass es nicht gut ist, wenn das Land handelbar ist. Das ist eine Frage bei der ich als Liberaler, da werden Sie sich wahrscheinlich nicht wundern, ganz gegensätzlicher Auffassung bin. Der Blick zurück in die Historie der Entwicklung Westeuropas zeigt, dass es tatsächlich am besten ist, wenn Land im Privatbesitz ist, weil gerade bäuerliche Gemeinschaften sich hierüber am besten um das Land kümmern können. Derjenige, dem das Land gehört, der hegt und pflegt es auch. Nur ist natürlich diese historische Entwicklung Westeuropas nicht eins zu eins auf die Entwicklungsländer übertragbar.

Der **Vorsitzende**: Herr Dr. Raabe, bitteschön!

**Abg. Dr. Sascha Raabe (SPD)**: Herzlichen Dank an alle Sachverständigen.

Natürlich gibt es auch ein paar unterschiedliche Einschätzungen. Im Großen und Ganzen habe ich es gar nicht so als große Divergenz wahrgenommen, sondern eher als differenzierte Antworten auf sehr komplexe Themen. Es ist eben so, dass man tatsächlich den ländlichen Raum nicht über einen Kamm scheren kann. Das unterstütze ich voll. Indien ist anders als Lateinamerika, auch die Strukturen der Bauern und der Landwirtschaft. Man muss das Gesamte sehen, und dann teile ich im Großen und Ganzen das Leitbild von Herrn Brüntrup. Das Fernziel kann sicher nicht der Subsistenz-Kleinbauer sein, gerade wenn man sich die Bevölkerungswachstumswahlen ansieht. Wenn wir irgendwann neun Milliarden Menschen haben und das bei einer Weltwirtschaft, in der die größeren Produktionsbetriebe im landwirtschaftlichen Bereich zunehmen werden, dann kann ich das nicht, um es überspitzt zu sagen, auf diese vielen Schollen verteilen. Es beantwortet auch zum Teil die Kritik, die von Herrn Dr. Addicks kam. Ich bestreite nicht, dass man sich in der Vergangenheit stärker um diesen Bereich hätte kümmern können. Es ist nicht so, dass nie etwas falsch gelaufen wäre. Nur, ich glaube, auch in Teilen Afrikas zum Beispiel, gab es Bereiche, da haben die Bauern alles gehabt, die Instrumente, das Wissen und 50 Hühnerzuchten. Aber die Preise waren so weit unten – zum Teil auch durch eine unfaire Handelspolitik, diesen Block haben wir jetzt in der öffentlichen Anhörung ausgeklammert, weil wir uns beschränken mussten –, dass es nichts genutzt hat, wenn man den Leuten zeigte, wie die Hühnerzucht funktioniert, wenn sie selbst nicht marktfähig waren und damit nicht überleben konnten. Deswegen ist jetzt, da die Agrarpreise steigen, und da haben sie recht, Herr Prof. Rauch, die Chance langfristig da, dass sich Landwirtschaft wieder lohnen kann. Deswegen macht es auch Sinn, wenn man zum Teil wieder in klassische Landwirtschaft investiert, weil wir auch angesichts aller Schwankungen wissen, dass der Trend in den nächsten 20 Jahren eher steigend sein wird.

Zum Thema Mikrokredite. Wie implementiert man das? Wir haben die normalen Banken, die oft nicht eingestellt sind auf die Landwirtschaft. Dann haben wir die NGO-orientierten, wie die

Grameen-Banken. Es fehlt daran, dass die Bauern keinen Kredit für einen Traktor bekommen. Ich weiß, dass das in eine Konkurrenz zu örtlichen Banken treten kann. Aber manchmal denke ich: Hätten die doch bloß die Möglichkeit! Oft denke ich mir, ob nicht ein GTZ- oder KfW-Konto bei fünf Prozent der Gesamtprojekt-Summe auch so etwas mitfinanzieren könnte. Dies ist sicherlich umstritten. Wir müssen es auch insgesamt sehen mit den sozialen Sicherungssystemen. Das ist uns auch als Arbeitsgruppe ganz wichtig, dass die Entwicklung des ländlichen Raumes nur dann funktionieren kann, wenn ich Gesundheit, Bildung und ein Rentensystem habe. Denn eines ist auch ganz klar: Der Grund, warum vor allem junge Leute auf dem Land keine Arbeit finden, liegt darin, dass es nicht so viel gibt. Die Geburtenraten auf dem Land sind einfach auch höher als in der Stadt. Wir können ganz gezielt MISEREOR zum Thema Geburtenkontrolle und Verhütung fragen. Ich halte die Auffassung des Papstes in dieser Frage für kontraproduktiv und schlimm. Leute, mit denen ich in Slums rede, sagen: „It's Gods will, it's Jesus will“. Ich weiß, Sie sind gar nicht der Adressat. Aber ich finde auch ein Hilfswerk wie MISEREOR könnte lauter aufschreien und der Kirche in Rom gegenüber ihre Auffassung mitteilen. Es kann nicht sein, dass Sie einerseits hervorragende Arbeit machen – übrigens, das Papier von den Hilfswerken kann ich glatt unterstreichen – und Sie sich in dem einen Punkt immer wieder etwas einreißen.

Beim Thema Landreform, auch die konkrete Frage: Landpacht oder Eigentum? Ich weiß nicht, was besser wäre. Da würde mich Ihre Einschätzung interessieren. Ich bin in dieser Frage offener als Herr Dr. Addicks. Ich bin durchaus der Meinung, dass man bei der Frage der Landverteilung und dem Großraumbesitz vorsichtig sein muss. Aber wir müssen von den Reichen im Land fordern, mehr Verantwortung zu übernehmen. Den Politikern, die meistens auch die Großgrundbesitzer sind, sollte man auch sagen: Ihr müsst das Vermögen besser verteilen. Die Frage ist nur, ob Entschädigungen angebracht sind. Hier habe ich meine Zweifel, denn es ist sehr teuer, das Land für viel Geld aufzukaufen – auch, um ein Beispiel zu nennen, für Lula in Brasilien. Dies kann nur über Steuergelder finanziert werden. Daher ist die Frage, wie groß der Nutzen hiervon ist. Könnte es vor diesem Hintergrund nicht besser sein, dass die Reichen mehr Steuern für ihre Ländereien und Produktionsbetriebe zahlen, um aus diesen Einnahmen den ländlichen Raum so entwickeln zu können, wie wir es uns vorstellen?

Ich lebe auch im ländlichen Raum. Aber bei mir leben die wenigsten von der Landwirtschaft. Viele haben zwar auch landwirtschaftliche Betriebe, aber sie leben von Dienstleistung und anderer Produktion. Das muss auch unser Fernziel für die hier in Frage stehenden Länder sein. Insofern kann es sinnvoller sein, die Steuergelder nicht für Entschädigungszahlungen, sondern für Bildung und Gesundheit zu verwenden. Dies würde die Entwicklung des ländlichen Raums in eine andere Entwicklung führen.

Der **Vorsitzende**: Danke. – Jetzt Herr Aydin! Danach ich selbst.

**Abg. Hüseyin-Kenan Aydin (DIE LINKE.)**: Eine Vorabbemerkung: Solange wir einen Wettbewerb zwischen Fahrrad und Porsche auf den Weltmärkten organisieren, werden wir die ländliche Ebene in den Entwicklungsländern weder entwickeln noch die Versorgung sicherstellen. Deshalb ist Kohärenz in der Debatte sehr wichtig. Das heißt, dass Themen wie die ländliche Entwicklung, die regionalen Märkte, aber auch die internationalen Handelsbeziehungen gemeinsam debattiert werden müssen. Insofern bezweifle ich, dass das Ergebnis dieser Anhörung zu einer kohärenteren deutschen Entwicklungspolitik führt.

Meine Frage: Wir haben über den Wassermangel diskutiert. Es gibt mittlerweile Modelle, wie Regenwasser aufgefangen werden kann, um auf diesem Wege zumindest die Viehbewässerung zu gewährleisten. Sonst müssen die Bauern ständig ihr Vieh von einer Region in die nächste treiben, wodurch wieder landwirtschaftliche Flächen zerstört werden. Gibt es im Wissenschaftsbereich Untersuchungen, welchen Beitrag entsprechende Modelle leisten können?

Meine zweite Frage bezieht sich auf Mikrofinanzen. Frau Sahai hat zu Recht die Wirkung von Mikrofinanzen in Frage gestellt. Ich bin allerdings nicht der Auffassung, dass Mikrofinanzen überhaupt keinen Wert haben. Bei Besuchen in vielen Ländern haben wir festgestellt, dass sie Existenzen zumindest gesichert haben. Die KfW beispielsweise unterstützt in der Türkei über die Nationalbanken die Vergabe von Kleinkrediten mit einem Volumen von etwa 200 Millionen Euro. Könnte dies eine Alternative sein?

Der **Vorsitzende**: Dankeschön. Ich will mich aus Zeitgründen auch auf den Aspekt der Landfragen beschränken. Ich bin Herrn Prof. Rauch sehr dankbar für seine Aussage, nach der es momentan gar nicht so sehr darum geht, den Kleinbauern offensiv mehr Zugang zu Land zu geben, sondern vielmehr darum, die Landwegnahme zu verhindern. Es gab in den letzten Wochen besorgniserregende Meldungen von riesigen Landkäufen. Ein US-Investor hat im Sudan zum Anbau auch von Agrokraftstoffen eine Fläche von der Größe in etwa der ehemaligen DDR gekauft. Es gibt Landleasing durch die Emirate, auch in Afrika. Das bedeutet, dass die zur Verfügung stehende Fläche immer kleiner wird. Oft gibt es auf diesen Landstrichen Nomaden oder Bauern, die über keine verbrieften Landtitel verfügen. Die Frage nach dem Landmanagement, die eigentlich durch die Regierungen beantwortet werden müsste, ist also von großer Bedeutung und sehr aktuell. Welchen Beitrag kann die EZ hierzu leisten? Inwieweit kann man über Regierungsverhandlungen und über EZ-Programme Länder

bei einem vernünftigen Landmanagement unterstützen? Wie kann verhindert werden, dass immer mehr Land an Großinvestoren weggeht und der Nahrungsmittelproduktion entzogen wird? Dazu interessiert mich ganz besonders die Haltung der UN-Organisationen. Inwieweit schließen sich diese in Rom zusammen? Welche Vorschläge erarbeiten sie für ein Flächen- und Landmanagement, das sich am Recht auf Nahrung orientiert?

Sie haben gesagt, es ist sehr schwierig, bei der Frage der Landrechte von außen einzugreifen, wenn eine Regierung nicht gewillt ist, dieses Thema in Angriff zu nehmen. Aber es gibt einige Regierungen, die sich genau das vorgenommen haben – in Bolivien, in Paraguay, in Nepal. Wie kann EZ diese Prozesse unterstützen, ohne dass es zu krassen Fehlentwicklungen kommt, wie es sie in Zimbabwe gegeben hat? Können solche Entwicklungen auch als Chance genutzt werden, extreme Ungleichheit in der Landverteilung aufzuweichen? Können darüber den Kleinbauern und ihren Familien mehr Flächen zur Verfügung gestellt werden?

Jetzt gehen wir in umgekehrter Reihenfolge vor. Maximal fünf Minuten pro Sachverständigen. Ich bitte Sie, die Fragen herauszugreifen, die an Sie gerichtet wurden, und Sie in Ihre Ausführungen mit einzubeziehen. Ich beginne bei „den Kirchen“. Sie müssen sich intern einigen, wer beginnt.

**Wilhelm Thees (Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V., Aachen):** Hinsichtlich der Landfrage stimme ich Ihnen voll zu. Dort muss etwas mit dem rechtsbasiertem Ansatz passieren. Gerade vor dem Hintergrund, dass auch im westafrikanischen Bereich, die Landfrage zur Diskussion steht, müssen die Rechte der anderen Nutzer im ländlichen Raum mit einbezogen werden.

Wir gehen immer von unserem Rechtssystem aus. Oft sind aber für die lokale Bevölkerung andere Rechtssysteme gültig, die noch auf keine Privatisierung, auf keine Individualisierung des Rechts eingegangen sind. Häufig spielt das Land eine eher mystische, eine religiöse Rolle. Vor dem Hintergrund ist die Fragestellung sehr komplex und meines Erachtens ohne Einbezug der Menschen vor Ort gar nicht zu beantworten.

Speziell zur Frage nach der Kirche und der Geburtenkontrolle: Das ist ein ebenso komplexes Thema. Das ist ein privates, individuelles Problem. Ich möchte ein Beispiel aus dem Niger nennen, der mit jährlich 3,5 Prozent eine der weltweit größten Bevölkerungswachstumsraten vorzuweisen hat. Über 90 Prozent sind muslimischen Glaubens. Viele Schwestern aus den Schwesternkongregationen arbeiten gerade an dieser Frage. Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang aber auch das Problem der Mädchenehen. Mädchen werden oft mit acht,

neun oder zehn Jahren zwangsverheiratet. Es findet weibliche Genitalverstümmelung statt. All diese Themen sind mit in die Diskussion zu nehmen. Es ist ein ganz sensibler Prozess, richtige Familienpolitik in den Ländern zu organisieren.

Der **Vorsitzende**: Herr Dr. Walter, ergänzen Sie bitte!

**Dr. Bernhard Walter (Brot für die Welt, Stuttgart)**: Ich möchte noch auf zwei, drei Fragen eingehen. Zunächst zur Frage von Versicherungen bei Ernteaufschlägen. Gerade im Hinblick auf den Klimawandel sehen wir das als notwendig an. Im Prinzip muss es ein System von Mikroversicherungen für diese vulnerable Gruppen geben, um diese Aufschläge auszugleichen.

Es wurde die Frage gestellt, warum steigen wir so spät in die ländliche Entwicklung ein? Ein Problem war, dass die Programme, die Projekte der ländlichen Entwicklung keine so sichtbaren Erfolge gezeigt haben. Dies lag daran, dass die globalen Rahmenbedingungen nicht gestimmt haben. Ich kann noch so gute Projektarbeit betreiben, wenn die Preise nicht stimmen, ist es eine Frage der Zeit, wann ich das Projekt an die Wand fahre. Unser Appell an die Politik ist auch, dass wir eine Verstärkung der konstanten Förderung des ländlichen Raums brauchen. Es bringt nichts, im Zuge der Welternährungskrise einmalig 600 Millionen aufzulegen, um es dann in ein paar Jahren wieder zurückzufahren. Wir brauchen eine Kontinuität. Der Optimismus, wonach die hohen Agrarpreise zu landwirtschaftlichen Investitionen führten, muss etwas gedämpft werden. Wir haben gesehen, dass es trotz der hohen Agrarpreise nicht zu Produktionszuwächsen gekommen ist, weil auf der Input-Seite die Preise genauso gestiegen sind. Die Preise für Öl und Düngemittel sind gestiegen. Das heißt, auch die Kostenstruktur hat sich verändert. Durch den Preisverfall haben wir momentan schon wieder einen Produktionsrückgang in den Entwicklungsländern. Wir brauchen stabile politische Rahmenbedingungen, damit die Preise auf einem konstanten Niveau bleiben. Genau diese Volatilität der Agrarmärkte macht es für uns so schwierig, eine langfristige Produktivität zu gewährleisten.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. – Wir kommen zu Herrn Prof. Rauch.

**Prof. Dr. Theo Rauch (Institut für Geographische Wissenschaften, Fachrichtung Antropogeographie, Berlin)**: Die ländliche Entwicklung hatte eine Boomphase in den späten 70er und 80er Jahren. In den 90er Jahren wurde diese dann ganz stark, etwa auf 20 Prozent gemessen an dem Niveau der 80er Jahre, heruntergefahren. Dem Grunde nach stimme ich darin überein, dass jede auch noch so gut konzipierte Projektarbeit schlecht funktioniert, wenn die Marktanreize schwach sind. Es hat keinen Sinn mehr gemacht, in die Befähigung von

Kleinbauern zu investieren, wenn die Kleinbauern ihre Produkte aufgrund der Überschwemmung der Märkte nicht verkaufen konnten.

Zu Ihrer zweiten Frage, Land handelbar zu machen. Ich glaube auch, es bedarf langfristiger Nutzungsrechte, um in Land zu investieren. Es gibt aber verschiedene Kulturen und Gesellschaften und auch unterschiedliche Wege, diese Landnutzungsrechte zu garantieren. Auch wir haben im deutschen Recht den Unterschied zwischen Besitz und Eigentum. Es geht mir um die Frage, wie kann man ein langfristiges Recht schaffen, ohne damit eine Verschuldung zu begründen. Hier gibt es in verschiedenen Ländern, in verschiedenen Regionen unterschiedliche Lösungen. Zum Beispiel in Tansania, im 50-Kilometer-Umkreis von Daressalam, ist Land eine Handelsware. Das kann niemand mehr rückgängig machen. Dort gibt es Eigentumsverhältnisse in unserem Sinne. In anderen Regionen desselben Landes funktionieren langfristige, traditionelle Besitztitel noch sehr gut. Dort soll man nicht dazu beitragen, dies zu unterminieren. Das heißt, jede Beratung sollte versuchen, die Landfrage kontextbezogen zu lösen. Leitbild: Nicht-Subsistenz-Bauern. Ich spreche auch von Subsistenz-Kleinbauern. Die meisten dieser sogenannten multilokalen Livelihood-Systeme gehen weit über die Subsistenzproduktion hinaus. Allen Berechnungen nach kann man ohne hohe externe Inputs in diesen Systemen durch standortgerechte Verbesserung die Erträge zumindest verdoppeln. Da gibt es eine Perspektive. Es dient auch der Ernährungssicherheit und der Versorgung der Märkte, wenn man verhindert, dass bei Bauern an marginalen Standorten jedes zweite Jahr durch Niederschläge der Ertrag verloren geht und sie zu Hilfsempfängern werden. Man muss es schaffen, diese Bauern in die Lage zu versetzen, in 90 Prozent aller Jahre einen gesicherten Ertrag mit kleinen Überschüssen zu erzielen. Da ist der Nettobeitrag zu den Weltagrarmärkten genauso groß, wie wenn ich bei einigen mittelgroßen Bauern die Erträge durch High External Inputs verdoppele. Dieses Leitbild der Sustainable Livelihood ist nicht so bescheiden, nicht so konservativ, wenn man es im Hinblick auf die Wirkung auf die Weltagrarmärkte sieht. Das hängt sehr eng mit der Frage nach der Sammlung von Regenwasser zusammen.

Ich hatte das Vergnügen, im Auftrag von IFAD dazu eine Studie im letzten Jahr anzufertigen. In der Tat gibt es nicht nur durch das Sammeln von Regenwasser, sondern auch durch standortgerechte Bewässerungstechnik einige Potentiale. Man spricht hierbei von der ergänzenden Bewässerung. Dort, wo die Niederschläge immer unsicherer werden, einige paar hundert Liter Wasser in der richtigen Woche auf den richtigen Platz zu setzen. Dies ist eine sehr wassersparende Methode. Dadurch wird sehr viel weniger Wasser vergeudet als im Rahmen von konventionellen Bewässerungstechniken. Sie kann die Ertragssicherheit von 50 auf 90 Prozent erhöhen. Das ist per Netto auch wieder ein Zusatzertrag.

Zur großen Frage des EZ-Beitrages. Das ist die eigentliche Frage, die uns hier bewegen muss. Wenn ich das beziehe auf die Rolle der EZ bei Mikrofinanzsystemen. Ich habe das an Beispielen in Nepal erlebt. Hier ging es genau um die Frage, die Frau Sahai angesprochen hat. Wie kann man aus tausend kleinen Mikrofinanzsystemen, die zum Teil relativ unprofessionell von NGOs gehandhabt werden, ein nationales Gesamtsystem schaffen, das die Einzelinitiativen nicht abwürgt, aber das trotzdem in einem formellen Rahmen an ein Banksystem angeschlossen ist. Das ist eine klassische Aufgabe der Verfahrensentwicklung, der Konzeptentwicklung – also eine klassische TZ-Aufgabe. Deshalb plädiere ich dafür, für solche innovativen Aufgaben – soweit überhaupt Unterstützung von außen nötig ist, in Indien ist es vielleicht nicht der Fall, in anderen Ländern schon – fachliche Unterstützung bei der Systementwicklung und bei der Verfahrensentwicklung zu leisten. Damit kann man oft sehr viel mehr beitragen als mit großen Summen. Ähnliches gilt für die Landreform.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. – Herr Brüntrup!

**Michael Brüntrup (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn)**: Ich wollte auf den geäußerten Eindruck eingehen, dass sich die Experten stark widersprechen. Die Auffassungen widersprechen sich nicht zu stark. Ich denke, viel hängt mit dem Leitbild zusammen und wie man dies betont.

Ich habe versucht, deutlich zu machen, dass dies ein langfristiges Leitbild ist. Ich bin mir durchaus bewusst, dass man die Unterstützung der Landwirtschaft unter dem Gesichtspunkt der Armutsbekämpfung durchaus auf die gesamte Zielgruppe der Ärmsten ausdehnen muss. Dem widerspreche ich nicht. Mir geht es um die längerfristige Perspektive. Ich sehe, dass man hierfür Weichen stellen kann und muss. Ein Beispiel: Die Frage der Konsolidierung des Landeigentums. Es mag sein, dass man kurzfristig verhindern sollte, dass Bauern, die neue Landtitel bekommen, diese sehr schnell beleihen, weil sie die Kreditzahlungen nicht erbringen können und sie in der Folge enteignet werden. Dafür müsste aber erst einmal ein Landmarkt existieren. Das sehe ich gar nicht so dramatisch. Das dauert relativ lange, außer es kommen große Investoren. Das ist aber eine ganz neue Entwicklung. Bis vor kurzem wollte noch überhaupt keiner in die Landwirtschaft in der dritten Welt investieren, außer um die Städte herum.

Wenn man von vornherein ausschließt, dass Land übertragbar ist, dann zementiert man die jetzigen Verhältnisse. Das kann langfristig meines Erachtens nicht gut sein. Erstens, weil so eine Art von Verkauf informell jetzt schon stattfindet, auch auf der Grundlage von kommunalen Rechten durch beispielsweise Dorfcheads oder andere Verantwortliche. Die verkaufen heute

bereits im großen Maßstab. Anderenfalls wären die Transfers an die großen internationalen Investoren gar nicht möglich. Das heißt, wenn der finanzielle Anreiz gegeben ist, kommt offensichtlich auch unter den ganz komplizierten heutigen Eigentumsverhältnissen die Eigentumsübertragung zustande. Es ist also besser, jetzt zu individualisieren. Und zwar soweit zu individualisieren, dass nach einer gewissen Zeit ein Verkauf möglich ist und eine Konsolidierung stattfindet. Man muss eingestehen, dass dadurch nicht immer Einzelfallgerechtigkeit entstehen wird. Es wird Bauern geben, die ihr Land verlieren. Für diese Fälle sind dann Soziale Sicherungssysteme notwendig.

Durch eine Zementierung der jetzigen Agrarstruktur werde ich allenfalls versuchen können, die Leute auf dem Land zu halten. Die werden dort aber ohnehin nicht bleiben, weil die Strukturen langfristig zu klein sind. Spätestens in der nächsten Generation wird dieses Land dann aufgegeben. Wenn es nicht veräußert werden kann, dann wird das relativ unproduktiv. Es werden prekäre Verhältnisse entstehen. Besser also, dieser Entwicklung etwas voraussehen und diesem Leitbild folgen, als sich zu defensiv zu verhalten.

Die Message, die ich überbringen wollte, ist: Mein langfristiges Leitbild ist eher inputorientiert. In einem Teil der Welt hat man mit externen Inputs und mit Mechanisierung stärker zur Ernährungssicherung beigetragen als in Ländern, in den man ohne Inputs gearbeitet hat. Da ist das Leitbild anders. Ich sehe in der Zwischenzeit, und diese Zwischenzeit kann durchaus lange, über Generationen hinweg dauern, dass man dort zu ähnlichen Empfehlungen kommt.

Ähnlich ist dies mit den Mikrofinanzen. Um produktiv Kapital in die Betriebe zu stecken, damit eine sinnvolle Nachfrage nach Krediten entstehen kann, brauche ich zumindest eine teilkommerzialisierte Landwirtschaft. Die darf nicht mit diesen kleinen Livelihoods, wo eventuell mal zwei, drei Säcke Überschuss produziert wird, verwechselt werden. Denn in diesem Bereich kann man im Prinzip keine stabile Nachfrage nach Krediten aufbauen. Dann sollte man lieber gleich auf Kredite für diese Haushalte als Agrarproduzenten verzichten. In Betracht kommt in solchen Fällen Microfinance als Überlebenssicherung in allen Bereichen. Das sind von vornherein sehr kleine Kredite, die auch andere Konditionalitäten haben. Längerfristige Agrarkredite brauchen eine stabile Produktionsbasis. Das heißt, sie müssen stark an kommerziellen Interessen orientiert sein.

Hinsichtlich der Frage, ob es hierfür nationale oder lokale Regulierung geben sollte, ist festzuhalten, dass es nationaler, gestaffelter Regulierungen für die großen, formalisierten Kredite bedarf.

Wir brauchen einen stärkeren Austausch zwischen beiden, so dass zum Beispiel Finanzhilfen der Zentralregierung lokal, dezentral über bestehende Mikrofinanzorganisationen kanalisiert werden. Es ist wichtig, hierbei keine Parallelstruktur zu schaffen. Beispielsweise in Indien gibt es den im Grunde glücklichen Fall, dass es viele ländliche Banken gibt. Das Bankensystem zwingt dort die Banken, in den ländlichen Raum zu gehen. Diese können auch Kredite ausgeben. Aber alle paar Jahre sind die Kredite hoffnungslos überschuldet. Dann muss es neue Entschuldungskampagnen geben. Das ist nicht nachhaltig. Deswegen plädiere ich dafür, keine subventionierten Agrarkredite neben einem eher nachhaltig, an der Deckung der eigenen Kosten orientiertem Mikrofinanzsystem zu vergeben. Denn damit riskiert man, dass man alle paar Jahre das Prinzip auffangen muss, weil es nicht zu managen ist.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. – Jetzt Frau Prof. Sahai!

**Prof. Dr. Suman Sahai (für IAASTD)**: Ich hatte nicht gesagt, dass Mikrofinanzsysteme keine Rolle spielen, sondern dass sie nur eine untergeordnete Rolle spielen. Wir brauchen größer ausgelegte Systeme.

Ich möchte auf die Frage von Ihnen, Herr Dr. Bauer, eingehen. Sie fragten, wie Deutschland eingreifen könne. Es geht natürlich auch immer um nationale Gesetzgebungen und Hoheitsrechte, aber man muss immer versuchen, Einfluss auszuüben. Ich denke, das kann geschehen durch die Investition in ein Modell, das man unterstützen möchte. Wenn Sie ein Modell fördern möchten, durch das auf nationaler Ebene Kredite vergeben werden können, ist das eine Möglichkeit. Ich spreche nicht von direkter Intervention, aber von der Unterstützung politischer Maßnahmen sowie bilateraler Verbindungen und Kooperationen. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit denen man auch als externer Akteur eine Art Einfluss ausüben kann.

Ich möchte kurz auf die Frage des Traktors eingehen: Ich glaube, dass es nicht immer wünschenswert ist, landwirtschaftliche Betriebe zu mechanisieren. Wenn der Bauer mit seinem Ochsen arbeiten kann, dann ist er nicht abhängig von Betriebskosten. Er braucht kein Öl, keinen Kraftstoff zu kaufen. Denn, wenn er das nicht kann, kann aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten heraus gesehen tatsächlich keine Mechanisierung stattfinden. Das wäre wahrscheinlich auch nicht ratsam, was den Klimawandel betrifft. Denn der CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei mechanisierten landwirtschaftlichen Betrieben ist sehr hoch. Der Ochse ist im Übrigen auch nicht nur ein Arbeitstier. Er gilt als Transportmittel, und man kann die Kuhfladen trocknen, um sie später als Heizstoffe zu verwenden. Ich würde hier nicht unbedingt eine Mechanisierung empfehlen.

Zum Speichern von Regenwasser. Hier muss man sehr vorsichtig vorgehen. Es gibt zwei Gründe, warum Regenwasser gespeichert wird. Entweder möchte man damit das Grundwasser auffüllen, das ist eine langfristige Investition, oder man nutzt den Wasservorrat für die zweite Anbauperiode. In vielen Ländern, die vom Monsun abhängig sind, gibt es in der Wintersaison kein Wasser, obwohl man in dieser Zeit eigentlich Anbau betreiben könnte. Das ist ein wichtiges Ziel für die Regenwasserspeicherung.

Ich möchte kurz auf die Agrarstoffe und auch auf die Bodenkonkurrenz zwischen dem Land, das für Lebensmittel und dem Land, das für Bioagrarstoffe verwendet wird, eingehen. Die Tatsache, dass große Ländereien aufgekauft werden, hat viel mit der Politik zu Bioagrarstoffen zu tun. Das führt dazu, dass in ärmeren Ländern das Land von den Kleinbauern nicht mehr gehalten werden kann, weil große Investoren auf diesem Land Bioagrarstoffe anbauen möchten. Wenn hier die Politik geändert werden würde, dann gäbe es vielleicht auch nicht mehr eine so hohe Nachfrage nach Agrokraftstoffen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. – Herr de Willebois!

**Ides de Willebois (Director for Eastern and Southern Africa in the Programme Department, IFAD)**: Das ist eine sehr interessante Diskussion. Ich sehe allerdings das Problem, dass unsere Welt so vielfältig und voller Reichtümer ist, dass wir keine Universallösung finden werden. Wenn wir mit IFAD weltweite Politik empfehlen möchten, dann ist das häufig sehr schwer: Wenn wir eine Lösung für Afrika gefunden haben, dann funktioniert diese in Lateinamerika oder Asien nicht. Das heißt, man muss den kleinsten gemeinsamen Nenner finden. Dadurch stellt man auch wiederum niemanden zufrieden. Aber es gibt einige Prinzipien, auf die wir uns einigen könnten. Land ist wichtig. Land hat aber keinen Wert ohne Wasser. In der Sahara lassen sich nun mal keine Früchte, kein Gemüse anbauen. Das heißt, wir brauchen Land und Wasser. Als Politiker sollten Sie vielleicht auch einmal das Konzept betrachten, dass Land ohne Wasserspeicherung keinen Wert hat. Im Sudan, Sie haben das Beispiel genannt, wo große Investoren Ländereien aufkaufen, frage ich mich, woher bekommen die großen Investoren denn das Wasser? Wem wird das Wasser weggenommen? Wer hat dann kein Wasser zur Verfügung? Innerhalb einzelner Länder gibt es eben auch verschiedene Systeme und Kulturen sowie unterschiedliche Land- und Nutzungsrechte. Auch die Rechte auf Wasser sind sehr vielfältig. Aber all diese Rechte müssen stets berücksichtigt werden. Man braucht eine gerechte Verteilung, einen gerechten Zugang zu beidem: Zu Land und zu Wasser. Ohne Land und Wasser wird es auch keine Landwirtschaft geben.

Aufgrund der Bodenverarmung und der Erosion werden jedes Jahr fünf bis zehn Millionen Hektar unproduktiv und unfruchtbar. Dieses Jahr wird das erste Jahr sein, in dem wir nicht genügend Lebensmittel haben, um die Weltbevölkerung zu ernähren. In den letzten 20 Jahren gab es immer Überschüsse. Das heißt, Landwirtschaft wird weiter an Bedeutung gewinnen. Warum sind wir in diese Situation geraten? Ein Problem hat zum Beispiel mit den MDGs zu tun. Da konzentriert man sich auf soziale Themen, auf Menschenrechte, auf Bildung etc., aber nur wenige kümmern sich um die wirtschaftlichen Ziele. Wir brauchen hier eine bessere Balance. Wir müssen uns erneut auf die Landwirtschaft konzentrieren. Ein Thema in diesem Zusammenhang ist der Boden. Der Boden ist wichtig. Aber wenn wir uns einmal umsehen, so gibt es kaum noch Boden- oder Agrarwissenschaftler. Keiner konzentriert sich mehr auf das komplexe System Boden, weder in Asien noch in Afrika. Auch wenn wir wissen, dass Erosion und Landverarmung wichtig sind, gibt es immer weniger Wissenschaftler, die sich damit befassen. Das ist ein sehr komplexes System.

Zu den Mikrofinanzen. Die hier geäußerten Meinungen klingen kontrovers. Aber tatsächlich sind sie es gar nicht. Diese Finanzsysteme konzentrieren sich auf verschiedene Kulturen, auf verschiedene Phasen und verschiedene Ebenen auf der Welt. In den 70er und 80er Jahren ging es in Afrika nur um Subventionen, die durch Geldgeber, wie IFAD, unterstützt wurden. Das System kollabierte in den 90er Jahren. Subventionierte Kredite funktionieren also nicht. Deshalb versuchen wir, Systeme einzuführen, die auf Spareinlagen basieren. Das heißt, von Anfang an soll die Fähigkeit, Spareinlagen zu bilden und dadurch Kredite zu erhalten, unterstützt werden. Gleichzeitig soll eine Verbindung mit kommerziellen Banken geknüpft werden, damit weitere mittel- oder langfristige Kredite, die beispielsweise für den Kauf eines Traktors wichtig sind, vergeben werden können. Ohne die Vergabe dieser Kredite kann man seinen Betrieb nicht mechanisieren.

Ich stimme Frau Prof. Sahais Äußerungen zur Mechanisierung zu. Aber es geht hier auch um die Frage der Größenordnungen und der Dimensionen. Hierbei muss man wissen, dass trotz all unserer guten Intentionen, die ländliche Bevölkerung bis 2020 weiter wachsen wird. In Südostasien erwartet man einen Rückgang erst nach 2025, in Afrika erst nach 2030. Es ist eine Realität, dass die ländliche Bevölkerung wächst. Es gibt weniger fruchtbares Land. Es wird nach wie vor Kleinbauern geben. Denn das Land wird in immer kleinere Parzellen aufgeteilt. In Europa arbeiten nur ein bis zwei Prozent in der Landwirtschaft. In den Entwicklungsländern sind es 70 bis 80 Prozent. Die können nicht alle subventioniert werden. Wir haben ja noch nicht einmal in Europa eine harmonisierte Agrarpolitik.

Es geht darum, die Landwirtschaft für die Jugend attraktiv und rentabel zu machen. Es ist sicherzustellen, dass es Zugang zu Land und zu Wasser gibt, um die Feldfrüchte zu bewässern. Es muss einen Zugang zu den Märkten geben. Ich denke, hier sind lokale Märkte viel wichtiger, als regionale und internationale Märkte, vor allem für die Kleinbauern in Afrika. Die meisten Kleinbauern in Afrika sind Nettoeinkäufer. Sie befinden sich auf den lokalen Märkten, die für sie eine viel größere Rolle spielen. Natürlich sind internationale Märkte auf anderer Ebene wichtig, wenn es um den Marktzugang für Länder geht. Aber ich beziehe mich bei Kleinbauern auf lokale Märkte. Hier muss man eine gerechte Verteilung des Landes und einen Wasserzugang sowie wichtige und effiziente Finanzsysteme, wie zum Beispiel die Versicherung gegen unvorhergesehene Naturkatastrophen, gewährleisten.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Aus Zeitgründen ein Vorschlag. Ich frage Herrn Dr. Bauer und die Kollegen, ob sie einverstanden wären. Ich gehe davon aus, dass alle die Stellungnahmen der Sachverständigen gelesen und gezielte Fragen vorbereitet haben. Wir könnten deshalb gleich mit der Fragerunde beginnen. Ich sehe ein Nicken und bitte nun um gezielte Rückfragen zum Thema „Chancen und Risiken der Grünen Gentechnik oder anderer Agrartechnologien und spezielle Fragen der Agrarforschung“. – Herr Dr. Bauer!

**Abg. Dr. Wolf Bauer (CDU/CSU)**: Das ist es jetzt etwas überraschend, weil wir auf die kontroversen Äußerungen gewartet haben. Wir alle beschäftigen uns schon lange mit dieser Thematik und wissen, dass es die unterschiedlichsten Auffassungen gibt. Kernfrage ist: In welchem Umfang können wir auf Gentechnologie in der Landwirtschaft verzichten? Ist sie für die Ernährung einer Milliarde hungernder Menschen notwendig? Schaffen wir einen Mechanismus, dass wir nur ein Angebot machen und es den einzelnen Ländern überlassen, in welcher Weise sie die gewonnenen Möglichkeiten ausnutzen?

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank! Ich füge eine ganz gezielte Frage zu der Stellungnahme der Kirchen an. Sie warnen vor der Grünen Gentechnik aufgrund der Abhängigkeit von patentiertem Saatgut, vor den sozioökonomischen Folgen, dass die Kleinbauern dann den Zugang nicht mehr haben. Sie loben das Smart Breeding, weil dabei kein transgenes Saatgut entsteht. Aber können die Probleme, die mit dem Patentrecht zusammenhängen, nicht auch dort auftreten? Ich möchte diese Frage nicht unter ideologischen Gesichtspunkten diskutieren, ob man überhaupt in die Gene eingreifen darf oder nicht. In dieser Runde möchte ich mich darauf beschränken, dass es darum gehen muss, gerade auch Kleinbauern, nicht nur Subsistenzbauern, auch Familienbetrieben, Zugang zu Saatgut zu verschaffen.

Es besteht die große Gefahr, sowohl bei der Grünen Gentechnik als auch bei anderen Züchtungen, dass das an Patente und Patentgebühren gebunden ist und dass sich gerade die

Gruppe, die uns interessiert, die massive Armutprobleme hat, es sich gar nicht leisten kann, an dieses Saatgut zu kommen. Für sie ist es möglicherweise besser, dass eigene Saatgut zurückzuhalten und sich unabhängig zu machen von äußerem Input. Können Sie speziell auf die Frage der Patentrechte eingehen und erläutern, was im Bereich der EZ geschehen kann oder muss, um den Zugang zu Saatgut zu sichern und die Abhängigkeit von großen Saatgutkonzernen wie Monsanto zu verhindern?

Herr Dr. Raabe, danach Herr Aydin!

**Abg. Dr. Sascha Raabe (SPD):** Ich habe auch diesen 270 Seiten langen Bericht des Büros für Technikabfolgeschätzung gelesen, den unser Ausschuss in Auftrag gegeben hat. Bis jetzt gibt es kein auf Entwicklungsländer abgestimmtes, gentechnisches Saatgut. Ich habe keine ideologischen Hemmnisse, was gesundheitliche oder ethische Fragen angeht. Aber ich halte, ähnlich wie Herr Hoppe, die Patentfrage für schwierig.

Meine Frage wäre: Was können wir tun, dass, wenn man überhaupt in diese Richtung forscht, entwicklungslanderspezifischer Nutzen, beispielsweise in Dürregebiete oder Gebieten mit großer Versalzung, entsteht? Ähnlich wie bei den Medikamenten – in diesem Zusammenhang hat Herr Dr. Wodarg immer sehr gute Inputs gebracht – ist es so, dass die großen Firmen im Moment gar kein Interesse haben, sich um die Subsahara-Region zu kümmern, weil dies nicht genügend Geld bringt. Der „Goldene Reis“ ist eine Ausnahme. Bis jetzt ist diese Debatte aber zum Teil eine Phantomdiskussion. Die Grüne Gentechnik kann bestimmt kein Allheilmittel sein. Nach zehn, zwanzig Jahren Forschung ist noch nichts Relevantes auf den Markt gekommen, was zu einer bedeutenden Verbesserung geführt hätte.

Der **Vorsitzende:** Dankeschön. – Herr Aydin!

**Abg. Hüseyin-Kenan Aydin (DIE LINKE.):** Es ist eine ideologische Betrachtungsweise, wenn man sagt, für genmanipulierte Lebensmittel gebe es allein aufgrund der Patentrechte keinen Zugang für die Allgemeinheit. Meine konkrete Frage ist: Welche Erfahrungen liegen im Zusammenhang mit gentechnologischen Lebensmitteln bei den Kleinbauern vor? Und wie hat sich das konkret auf ihre Verhältnisse ausgewirkt?

Der **Vorsitzende:** Vielen Dank. – Herr Dr. Addicks!

**Dr. Karl Addicks (FDP):** Mich würde interessieren, ob die hier anwesenden Sachverständigen glauben, dass ohne den gesteigerten Einsatz von Grüner Gentechnik und auch ohne einen

stark steigenden Einsatz von Düngemitteln, es möglich sein wird, die Weltbevölkerung, die bis 2030 auf etwa 9 Milliarden wachsen wird, ausreichend zu ernähren?

In diesem Zusammenhang die Frage: Welche öffentlichen Agrarforschungsinstitutionen und –institute in den Entwicklungsländern und bei uns, können sicherstellen, dass Saatgute, die den Anforderungen an Dürre- und Salzresistenz, Herbizidresistenz gerecht werden, für die Bauern patentfrei erreichbar sind? Das ist unserer Auffassung nach eine wichtige Frage. Und: Halten Sie die Budgets in unseren Haushalten für ausreichend, um Agrarforschung und die Grüne Gentechnik zu befördern? Danke.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank! Jetzt kommt die Antwortenrunde, kombiniert mit den Inputs der Sachverständigen. Ich muss streng darauf achten, dass die fünf Minuten nicht überschritten werden. Ich rufe zuerst Herrn de Willebois von IFAD auf.

**Ides de Willebois (Director for Eastern and Southern Africa in the Programme Department, IFAD)**: Ich werde versuchen, mich so kurz wie möglich zu fassen. Ich möchte zuerst mit einer Definition beginnen. Die ist vielleicht manchmal langweilig, aber ich denke, sicher auch aufschlussreich.

Was ist Biotechnologie? Biotechnologie ist die gesamte Anzahl der technologischen Anwendungen, die biologische Systeme, lebende Organismen oder Produkte dafür benutzt, um daraus Erzeugnisse oder Verfahren für eine bestimmte Nutzung herzustellen oder zu verändern. Das ist eine Definition, die wir gemeinsam ausgearbeitet haben. Ich denke, all die Menschen die mit lebenden Produktionsthemen arbeiten, haben sie in der Vergangenheit modifiziert, verändert und genutzt.

Früher konzentrierte man sich immer auf vier bis fünf Ziele: Höherer Ernteertrag, Toleranz gegenüber Dürre, Pestizid- bzw. Schädlingsresistenz und weitere Punkte, die wichtig waren. Aber die Frage ist: Wie gehen wir damit um? Viele sprechen auf der einen Seite von der Nachfrage nach Hybridsaaten und GMO (Genetically Modified Organism), aber sie vergessen dabei immer wieder, dass man hierfür ein sehr komplexes Management braucht. Viele Landwirte können dieses Saatgut nicht anbauen, weil man hierfür sehr starke Inputs, wie Düngemittel, Pestizide, und eine gewisse Bewässerung benötigt. Zudem muss man es zu einem gewissen Zeitpunkt anpflanzen. Auch die Lagerung ist durchaus kompliziert. Das heißt, die Managementebene ist sehr hoch. Wir propagieren daher den Erhalt und die weitere Züchtung der traditionellen Landsorten, die es vor Ort gibt. Diese sind beispielsweise resistent gegenüber lokalen Schädlingen. Der Landwirt kennt diese Sorten und kann diese weiterzüchten und verbessern. Erst dann kann man den nächsten Schritt tun.

Forschung ist wichtig. Agrarforschung hat eine große Bedeutung. Denn die Frage, wie wir die Welt in Zukunft ernähren wollen, ist natürlich lebenswichtig. Das geht aber nicht nur über Biotechnologie. Biotechnologie wird uns nicht in die Lage versetzen, die Massen der Welt zu ernähren. Wir haben eine Verantwortung. Ganz gleich was wir machen, wir müssen die Produktivität steigern. Biotechnologie kann hierfür sicher angewandt werden. Dafür müssen wir Sorge tragen.

Es gibt wichtige Forschungsinstitutionen, wie zum Beispiel das internationale Forschungssystem CTAR (Center for Tropical Agritech Research). Es gibt das globale Forum für Agrarforschung, afrikanische und asiatische Verbände von Forschungsinstitutionen. Die befassen sich genau mit diesen Themen, sichere Gentechnik und sichere Biotechnologie, um in Zukunft eine Ertragssteigerung herbeizuführen. Gleichzeitig möchten wir natürlich die Biodiversität erhalten. Darüber wird viel gesprochen, denn sie spielt eine sehr große Rolle.

Kurz zur Frage, ob es ein ausreichendes Budget und genug Gelder hierfür im Haushalt gibt: Nein, natürlich nicht.

Der **Vorsitzende**: Frau Prof. Sahai!

**Prof. Dr. Suman Sahai (für IAASTD)**: Es ist ein weit verbreiteter Mythos, dass genetisch veränderte Sorten und Getreidearten notwendig sind, um die Welt ernähren oder um Hunger bekämpfen zu können. Es gibt dafür keine Beweise.

Analysen von vielen Agenturen haben immer wieder gezeigt, dass Hunger zwei Komponenten hat. Zum einen: Die Menschen haben schlichtweg nicht die produktiven Voraussetzungen, zum Beispiel das Land, um ausreichend Nahrung zu produzieren. Zweitens: Sie haben nicht das Einkommen, um ausreichend Nahrungsmittel zu kaufen.

Es gibt genügend genetisches Potential in den Getreidesorten, die wir bereits haben. Es werden auch genügend Nahrungsmittel in Teilen der Welt hergestellt. Das Problem ist, dass Pufferlagerbestände von Weizen und Gerste existieren, aber es Menschen gibt, die es sich nicht leisten können, dies zu kaufen. Damit alle Menschen genügend Nahrung zur Verfügung haben, müssen wir dieses System überarbeiten. Das ist ein wirklich gravierendes Problem. Aber genetische Veränderungen werden nicht dabei helfen, dass alle Menschen auf der Welt ernährt werden können.

Was die Frage der Patente, der Patentrechte und der Rechte des geistigen Eigentums anbelangt: Natürlich sind sie wichtig. Aber diese kommen von der WTO, und zwar in einem sehr engen System. Ich möchte anmerken, dass sämtliche Patentregime von nationalen Regierungen formuliert werden und dass das Patentrecht, welches in einem Land vorherrscht, natürlich von der nationalen Regierung des entsprechenden Landes vorgegeben wird. Es gibt eine Nationalisierung der Patentrechte. Allerdings ist es so, dass international der Druck stark wächst. Indien oder auch Afrika haben sich für ein bestimmtes Recht der geistigen Eigentumsrechte entschieden. Eine Einordnung des Saatguts unter das Patentrecht wurde bisher jedoch abgelehnt. Es gibt aber ein Abkommen, das für einen weitaus weitergehenden Schutz der Eigentumsrechte eintritt. Das ist allerdings ein Druck, der von außen kommt und vermieden werden sollte. Wie gehen wir mit solchen Regimen um? Natürlich sollten wir uns nicht mit nationalen Regierungen anlegen. Denn wenn sie glauben, dass es wichtig für ihre Landwirte, Bevölkerung und ländlichen Gegenden ist, werden sie auch einen Grund dafür haben. Sollten wir jetzt bei der Gentechnik die eine, einzige Lösung finden? Ich glaube das nicht. Natürlich haben wir Forschung durchgeführt, was die Toleranz, die Resistenz von Saatgut angeht. Wir haben viele Kapazitäten darauf verwandt, dies herauszufinden. Eine Toleranz gegen Dürre oder gegen bestimmte Bedingungen im Boden kann man entwickeln. Aber ich denke, der genetische Reichtum der bereits bestehenden Sorten liegt darin, dass er einige genetische Merkmale aufweist, die besetzt werden können. GC hat bereits sieben bis acht dürre resistente Sorten ausgemacht. Thailand hat einen Reis ausgemacht, der resistent ist gegen bestimmte Bestände im Boden. In Australien wurde ähnliches erreicht. Was ich damit sagen möchte: Ich sehe bis jetzt nicht, wo die Gentechnik einen Beitrag leisten kann. Vielleicht kann sie in der Zukunft einen Beitrag leisten. Das weiß ich nicht. Aber die Gentechnik wird das Problem des Hungers nicht lösen. Sie wird keinen Beitrag zu einer besseren Toleranz gegen Dürre oder gegen entsprechende Bestände in den Böden leisten.

Alternativen gibt es aus anderen Quellen, wie zum Beispiel den „Golden Rice“, den „Goldenen Reis“. Golden Rice wurde über Jahre hinweg geplant. Es gibt bereits Goldenen Maniok, Goldene Hirse und Goldene Kartoffeln. Deswegen müssen wir darüber nachdenken, welche Relevanz die Gentechnik für die Ernährungssituation auf der Welt hat. Derzeit ist es sehr, sehr schwierig, diese Frage zu beantworten. Wir haben ein ganz kleines Repertoire. Ich denke, wir müssen noch ein wenig abwarten.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. – Herr Brüntrup, bitte!

**Michael Brüntrup (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn):** Einmal etwas Grundsätzliches zur Frage, ob wir auf Gentechnik und Dünger, also auf die moderne Technik allgemein, verzichten können: Ich fürchte auch, da möchte ich mich Ihnen anschließen: Nein. Ich glaube, Erträge durch biologische Landwirtschaft und standortgerechte Low-Input-Landwirtschaft sind sehr hoch zu bekommen, höher vielleicht sogar als konventionelle. Aber die Arbeitsproduktivität sinkt enorm. Wenn man die Arbeitsproduktivität dieser Menschen sieht, bringt es überhaupt nichts, höhere Erträge zu erwirtschaften, wenn die Einkommen der Familien durch den Einsatz dieser Technologien sinken. Es gibt keine Evidenz dafür, dass man auf moderne Agrartechnik verzichten kann.

Speziell zu dem Kernpunkt, zu den transgenen Technologien: Da bin ich mir auch nicht ganz sicher. Dafür bin ich kein Spezialist. Es wäre schön, wenn das funktionieren würde.

Gerade der Klimawandel wird uns vor unglaubliche Herausforderungen stellen. Wir wissen noch gar nicht, wo der Klimawandel wie stattfinden wird. Wir wissen nur, dass er kommt. Das heißt, man muss relativ schnell reagieren. Die Züchtungszeiten betragen von der Problemstellung bis zum fertigen Produkt 15 bis 20 Jahre. Wenn man das beschleunigen könnte, um sich an solche, sich ändernde Umstände anzupassen, dann wäre das prima. Ich kann aber tatsächlich nicht einschätzen, wie hoch die Risiken dabei sind. Das ist der springende Punkt. Sicherlich wird die normale Agrarforschung den Löwenanteil an der Bewältigung der zukünftigen Ernährungsherausforderung bringen müssen.

Ich kenne einen speziellen Fall, wo es in Entwicklungsländern schon diese GMO gibt: In Indien mit der Baumwolle. Um ihre Frage nach konkreten Erfahrungen zu beantworten. So viel ich weiß, hat sich das dort durchgesetzt, obwohl es vorher eine sehr schmutzige Kampagne von beiden Seiten gab. Sowohl von den Befürwortern als auch von den Gegnern wurde mit ausgesprochen unseriösen Argumenten gearbeitet. Es wurden zum Beispiel die ganzen Selbstmorde in der Region auf die GMO-Baumwolle zurückgeführt. Das ist mittlerweile aus der Welt. Man hat gezeigt, dass mit der fortschreitenden Adaption von GMO in Indien, sich die Selbstmordraten nicht erhöhen, sondern gleich bleiben. Es gibt dort einfach viele Selbstmorde, weil es dort viel Elend gibt. Aber es hat sich in Indien mehr oder weniger durchgesetzt.

In Afrika gibt es erste Ansätze, in Südafrika mit Baumwolle. Soviel ich weiß, will man in Westafrika damit jetzt anfangen. Hierzu gibt es aber im Prinzip noch keine Erfahrung. Viel in dieser Debatte ist noch ideologisch. Das Problem ist, wenn die Technologie einmal draußen ist, fängt man sie kaum wieder ein. Man muss sich also sehr viele Gedanken im Vorfeld hierzu machen.

Speziell zu der Frage nach den Rechten: Da würde ich mich auch Frau Sahai anschließen. Ich denke, es ist wichtig, diese Technologien nicht zu monopolisieren. Da gibt es die sogenannten Sui-Generis-Ansätze, dass man keine Patente ausgeben muss, sondern dass man anderen Züchtern erlaubt, mit den einmal gefundenen Genen weiterzuarbeiten. Sobald man neue Sorten herausbekommt, kann man diese auf den Markt bringen. Das ist das Züchtervorrecht. Das haben wir bei uns auch. Wir brauchen keine Patente. In meiner schriftlichen Stellungnahme habe ich gesagt, dass – wenn sich die Gentechnologie einmal durchsetzen sollte – es vor allem wichtig ist, diese Möglichkeiten schnell einer breiten Menge von Züchtern oder von öffentlichen Forschungsinstitutionen zugänglich zu machen. Hier muss man wieder unterscheiden. Es gibt Länder, die brauchen noch eine sehr starke Agrarforschung, weil dort noch keine privaten Züchter und keine private Industrie, die entsprechende Technologien entwickelt, existieren.

In fortgeschrittenen Ländern sieht das ganz anders aus. Da haben wir diese Züchter. Indien ist, glaube ich, ein ganz gutes Beispiel dafür. Man muss schauen, dass man je nach den Konditionen des Landes entweder die öffentliche Forschung in die Lage versetzt, die notwendigen Innovationen bereitzustellen oder den privaten Sektor so lenkt, dass es eine armutsverhindernde Entwicklung gibt.

Viel Verbesserungsbedarf gibt es im Bereich der öffentlichen Forschung: Sei es die internationale Forschung oder auch die nationale Agrarforschung. Beide sind noch viel zu wenig eingebettet in Innovationssysteme. Welche Technologien werden für wen entwickelt? Welche Ziele gibt es? Wer kontrolliert, wofür die Gelder ausgegeben werden? Wer bestimmt, was Fortschritt ist und was nicht? Kredite müssen hierfür gegeben werden. Die Banken müssen von einer Innovation überzeugt werden. Es gibt noch unglaublich viel zu tun, um Forschung wirksamer zu machen für die Produktivitätssteigerung. Das ist meine Erfahrung, vor allem aus den afrikanischen Ländern, wo Forschung hauptsächlich vom Staat getragen wird und noch nicht funktioniert.

Der **Vorsitzende**: Dankeschön. – Herr Prof. Rauch!

**Prof. Dr. Theo Rauch (Institut für Geographische Wissenschaften, Fachrichtung Antropogeographie, Berlin)**: Ich glaube ein gewichtiger Leitgedanke zur Entideologisierung der Debatte ist das Motto: Standortgerechte und nachhaltige Landnutzung. Ich glaube, wenn wir von diesem Prinzip ausgehen, müssen wir dazu kommen, dass die Antworten kontextbezogen sein müssen. Für verschiedene Gruppen von Bauern in verschiedenen Regionen wird es wahrscheinlich sehr unterschiedliche Lösungen geben. Vor diesem

Hintergrund und der mir vorrangig erscheinenden Zielgruppe der armen, marginalisierten Kleinbauern würde ich sagen, deren Situation ist in der Regel dadurch gekennzeichnet, dass sie einen sehr schlechten Zugang zu Agrardiensten haben. Sie haben sehr wenig eigenes Kapital zur Verfügung und besitzen wenig Risikobereitschaft und –fähigkeit. Das sind allesamt Bäuerinnen und Bauern, die sehr viel lieber zwei Sack Dünger auf den Acker schieben würden, als mühsam Mischfruchtssysteme und diversifizierte Systeme, die eine ähnliche Produktivitätssteigerung erreichen könnten, zu praktizieren. Das Argument der Arbeitsintensität stimmt durchaus und ist ein Hindernis. Der Dünger ist verlockender. Aber das Problem ist, dass der Dünger und Gen-Saatgut sehr oft für sehr viele Menschen nicht zur richtigen Zeit am richtigen Ort verfügbar sind. Ich habe immer wieder in meinem Berufsleben erleben müssen, wie verzweifelt Bauern auf Saatgut und Dünger warteten. Das kam dann drei oder vier Wochen nach der eigentlich gebotenen Aussaatperiode. Die Erträge lagen bei der Hälfte des möglichen Niveaus. Dann sind die potentiellen Vorteile sehr schnell weg. Also, Vorsicht! Aber diese Vorsicht gilt standorts- und zielgruppenspezifisch.

Der zweite Punkt gilt der Frage, ob es überhaupt möglich ist, die Weltbevölkerung auf absehbare Zeit ohne diese Mittel zu ernähren? Ich würde dies verneinen. Zumindest dann, wenn wir weltweit überall nur ökologische Landwirtschaft einsetzen würden. Es ist aber sicherlich möglich, mit standortgerechten, mit lokal angepassten Lösungen das derzeitige Ertragsniveau zu verdoppeln. Den üblichen Schätzungen zufolge, kommt man mit Hightech auf das Drei- oder Vierfache der momentanen Erträge, mit angepasster Landnutzung auf das etwa doppelte. Nur ist Hightech mit einem sehr viel größeren Risiko, einem Risiko von etwa 50 Prozent, verbunden. Bei der angepassten Nutzung liegt das Risiko bei etwa 20 Prozent. Das sind die Optionen. Vor diesem Hintergrund spricht in Ländern mit schwach ausgeprägter Infrastruktur, mit schwach ausgeprägten Agroservices bis auf weiteres noch sehr viel für standortgerechte Lösungen.

Letzter Punkt: Wie kann man diese standortgerechten Lösungen fördern? Es gibt sehr viele Modelle. Man sagt, sie haben weltweit noch nicht sehr viel zur Welternährung beigetragen. Bisher gibt es nur Insellösungen, tausend schöne Insellösungen. Die Verbreitung hat sich bisher nicht gelohnt. Bei höheren Agrarpreisen lohnt sich das. Aber es bedarf auch einer Finanzierung all dieser Agrarforschungsinstitutionen, die entsprechende Lösungen propagieren, damit sich diese verbreiten können. Die Herausforderung liegt in der Verbreitung bereits bekannter Techniken, die sich bisher in einem kleinen Raum bewährt haben. Hierfür fehlten bisher aber die Mittel. Deshalb würde ich für eine Art Fonds für nachhaltige Landnutzung plädieren. Ein Fonds, der auf Antrag, nicht nur für staatliche Agrardienste, sondern auch für viele NGOs und private Agrarforschungsinstitute verfügbar ist. Danke.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. – Zum Abschluss zum Kirchenblock.

**Wilhelm Thees (Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V., Aachen)**: Wir haben von Herrn Prof. Rauch viele wichtige Punkte gehört. Ich möchte auch noch einmal unterstreichen, dass es viele Länder gibt, in denen 50 bis teilweise 90 Prozent der Bevölkerung im ländlichen Raum leben. Dies sind arme Kleinbauern, die in ihrem Armutsniveau zum Teil noch unter dem Armutsniveau der städtischen Bevölkerung liegen.

Wir haben in der ersten Runde gehört, dass gerade der Zugang zu Land, zu den produktiven Ressourcen weder sicher noch überhaupt gegeben ist. Aber auch die lokalen, die überregionalen oder die internationalen Absatzmärkte haben nicht dazu beigetragen, dass Einkommen der ländlichen Bevölkerung grundlegend zu ändern. Vor dem Hintergrund der Agrarforschung muss man auch sehen, dass in den letzten ca. 20 Jahren die Agrarforschung davon abgekommen ist, diese wirklich nachhaltigen Landwirtschaftssysteme mit wissenschaftlicher Qualität zu unterstützen und wissenschaftliche Ansätze weiter zu entwickeln. Vor diesem Hintergrund ist es uns wichtig, dass Kleinbauern und traditionelle Tierhalter als Hauptakteure mit ihrem lokalen Know-how, in diese Agrarforschung mit integriert werden. Teilweise geschieht dies, aber noch viel zu wenig. Dadurch können diese Landnutzungssysteme weiterhin produktiver gestaltet werden. Oft werden integrierte Landnutzungssysteme, wie zum Beispiel Agroforstwirtschaft, wo die Agrarwirtschaft mit forstwirtschaftlichen Systemen verbunden wird, oder Pastoralisten, in deren Rahmen Landwirtschaft mit Tierhaltungssystemen integriert wird, nicht genügend berücksichtigt. Viel zu stark wird auf den Anbau und den Einsatz von Monokulturen gesetzt. Vor der Gentechnik waren es noch die Hybridsorten, dahin wurde viel zu stark tendiert und auf einen intensiven Nutzen von externen Betriebsmitteln, die wiederum kostenintensiv sind, gesetzt.

Wir haben gehört, selbst über Mikrofinanzen, über subventionierte Abgaben hat das System als solches nicht funktioniert. Aber wir haben auch Erfolge gehabt: Mit integrierten Landwirtschaftssystemen, standortgerechten Landbau und mit internen Betriebsmitteln haben wir die Produktivität teilweise sehr stark erhöht. Hier ist angepasste Forschung, ein Süd-Süd-Austausch – nicht immer nur Nord-Süd-Abhängigkeit – zu fördern und ein Austausch zwischen Bauern und Forschern mit entsprechender Orientierung zu schaffen.

Der andere Punkt: Wir haben seit der sogenannten Grünen Revolution auch eine gewisse genetische Vielfalt verloren. Dies liegt daran, dass sich die Forschung und die Züchtung auf viele Kulturen spezialisiert haben, die weltweit der Ernährung dienen. Allerdings hat sie dabei

aber viele lokale Nahrungsmittelkulturen außer Acht gelassen. Ein riesiges Potential, dass weiterhin von lokalen Gemeinschaften genutzt wird. Es liegt ein großes Potential im Züchtungsbereich und in der Aufbereitung einer adäquaten Ernährung. Nicht nur im Goldenen Reis. Wenn man die Beilagen wie Gemüse etc. aus dem traditionellen Bereich sieht, kann man eine gute, adäquate Ernährung bereiten, die auch viele ernährungsbedingte Krankheiten verhindern kann.

Die andere Seite ist: Wir betrachten den Bereich Gentechnik relativ viel vor dem Hintergrund, dass die Gentechnik nur bzw. größtenteils zu ca. 80 Prozent die Exportkulturen fördert. Dazu zählen Kulturen wie Baumwolle, die der Lebensmittelsicherung direkt nicht dienen. Baumwolle kann nicht gegessen werden. Andere Kulturen wie Soja, Mais und Raps dienen hauptsächlich als Viehfutter, beziehungsweise kommen der Agrarkraftstoffverarbeitung zugute. Vor dem Hintergrund der Ernährungsdebatte würde ich sagen, dass bisher die Gentechnologie hierauf noch nicht reagiert hat. Ich würde Ihnen recht geben: Die bisherigen Varietäten bei Süßkartoffeln, Reis usw. haben dem Problem noch nicht Rechnung getragen.

Der **Vorsitzende**: Die Zeit ist eigentlich schon rum. Aber es war noch eine gezielte Frage zu den Patentrechten.

**Wilhelm Thees (Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V., Aachen)**: Zu den Patentrechten: Im privatwirtschaftlichen Raum sind die Patentrechte möglich. Auf der anderen Seite, wenn ich die internationalen Züchtungen, also freie Sorten, sehe, ist mit diesem Smart Breeding die Möglichkeit gegeben, kostengünstiger und schneller als mittels konventioneller Züchtung zu züchten. Dementsprechend können neue Sorten den Betroffenen zur Verfügung gestellt werden. Ich wollte noch kurz sagen, dass die Orientierung meistens auf dem Pflanzenproduktionsbereich liegt. Aber es ist auch der Tierbereich von der Gentechnik betroffen. Gerade hier droht ein Verlust vieler lokaler Rassen und Arten, wenn wir wieder speziell auf technische Sektoren setzen. Hier hat MISEREOR sich mit weltweit insgesamt 50 Bauerngruppen an das Europäische Parlament gewandt und die Bedenken sowie die zu erwartende Konsequenzen geäußert.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Wir merken, trotz der Beschränkung auf einige Aspekte der ländlichen Entwicklung, hat die Zeit kaum ausgereicht. Wir werden diese Themen weiter aufgreifen. Ich habe mir viele Notizen gemacht, viele der Kolleginnen und Kollegen und deren Mitarbeiter auch, um die ländliche Entwicklung voranzutreiben, damit dieses Thema ernster genommen wird und mehr Mittel bekommt. Da ist ein gemeinsames Anliegen aller Fraktionen –

zumindst aus dem Entwicklungsausschuss. Ich bedanke mich ganz herzlich bei allen Sachverständigen, die uns heute zur Verfügung gestanden haben. Vielen Dank!

**Schluss der Sitzung: 11.40 Uhr**

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Thilo Hoppe', written in a cursive style.

(Thilo Hoppe)

Vorsitzender

## **Statements der Sachverständigen:**

<b>Ides de Willebois</b>	<b>Director for Eastern and Southern Africa in the Programme Department, IFAD</b>
<b>Prof. Dr. Suman Sahai</b>	<b>Gen Campaign India, für IAASTD</b>
<b>Michael Brüntrup</b>	<b>Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn</b>
<b>Prof. Dr. Theo Rauch</b>	<b>Institut für Geographische Wissenschaften, Fachrichtung Anthropogeographie, Berlin</b>
<b>Dr. Bernhard Walter</b>	<b>Brot für die Welt, Stuttgart</b>
<b>Wilhelm Thees</b>	<b>Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V. Aachen</b>

**Deutscher Bundestag**  
Ausschuss für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit und  
Entwicklung

Ausschussdrucksache  
**Nr. 16(19)486a**

Check against delivery



## STATEMENT

---

21 January 2009

Public Hearing at the German Bundestag (BT)

Committee on Economic Cooperation and Development (AWZ)

Topic: "Instruments for the Promotion of Rural Development"

THE OPPORTUNITIES AND RISKS OF AGROBIOTECHNOLOGY  
AND OTHER AGRICULTURAL TECHNOLOGIES / AGRICULTURAL  
RESEARCH CONCEPTS

THE PERSPECTIVE OF THE INTERNATIONAL FUND  
FOR AGRICULTURAL DEVELOPMENT (IFAD)

1. Before I address the specific question of agro-biotechnology, let me offer a definition.

2. The **Convention on Biological Diversity** defines biotechnology as:

*“any technological application that uses biological systems, living organisms or derivatives thereof, to make or modify products or processes for specific use”*

3. To the wider public, biotechnology is often simply equated to the production of GMOs. This, of course, is not the case. **Genetic modification** of organisms is just one of many biotechnological techniques.

4. As we can see from the CBD’s definition, biotechnology goes well beyond only the new DNA techniques of gene manipulation, gene transfer and cloning of plants. Indeed, **it covers many of the tools and techniques that are conventional in agriculture and food production**. It extends to techniques that cover a range of molecular biology and reproductive technological applications, which can assist in breeding, in propagation of good planting material and in diagnostics.

5. Bio-technological techniques are able to develop varieties of food crops that cater specifically to the needs of poor rural people, especially in areas where soils are infertile, where rainfall is uncertain and where drought is a constant threat.

6. For example, **tissue culture** biotechnology has enabled scientists to **remove yield-reducing disease viruses and bacteria from food crops such as cassava, potatoes, yams, bananas and plantains**. The technique involves “cleansing” the preferred crop varieties of disease organisms and then reproducing them by the thousands, using **rapid propagation**, before distributing them back to the farmers.

7. Biotechnology aids have taken much of the costly “hit or miss” guesswork out of traditional plant breeding. Once upon a time, farmers had simply to hope that desirable traits such as yield, quality and pest resistance would be transferred from selected plant parents to their offspring. Now **genetic markers** are used to make sure that the desirable genes, such as those affecting drought tolerance, are first of all present in the parent and then transferred to the progeny.

8. And **diagnostics and vaccines** are helping both to improve the identification of pathogens and to produce vaccines for humans and livestock – advances which are to be welcomed without reservation.

9. But we can't ignore the elephant in the room. There is a widely-publicised global debate going on about the merits and demerits of **genetic modification**. And unfortunately this particular biotechnological technique is stirring up such controversy that it risks undermining the credibility of the entire complex field of biotechnology.
10. There is no doubt about the potential that **genetic modification** offers to rural communities in developing countries. By 2020, we shall need to be able to feed a global population of eight billion – two billion more than at present. Techniques that can support, enhance or even replace traditional plant breeding, and produce higher yields, have to be used.
11. GM crops now occupy a land area of approximately 114 million hectares. Twenty-three countries – 12 of them classified as “developing” – currently grow mainly first-generation GM crops, including maize, soya-bean, cotton and oilseed rape or Canola.
12. If scientists could shorten the growing season of maize by a few weeks; or make sorghum and millet even more drought tolerant; or enable rice to tolerate higher levels of salinity; or prevent insect damage to legume crops like cow-pea and pigeon peas; or produce crops that are nutritionally superior, with more protein, more vitamins and fewer toxic elements, such as cyanide in cassava, then the lives of poor farmers and their families in sub-Saharan Africa and the Indian subcontinent would be enormously improved.
13. But the fact is that the focus for 80 per cent of GMO crops is herbicide resistance. Genetic modification is also being used to address product shelf-life. These and some other developments are of limited relevance to the lives and welfare of poor rural people. This is largely because most GMO development has been in the hands of the private sector, and focused on larger commercial farms which provide the best market for such products. Because of public aversion to GMOs in many countries, little public research has been undertaken.
14. There is also a question of safety that needs to be addressed. We share the concerns of our sister agency, FAO, about the possible adverse effects of GMOs on food and feed, as well as the possible threat to bio-diversity through the “flow” of exotic genes into wild and cultivated species.
15. FAO has called the existing international policy and regulatory framework for bio-security “disjointed and incomplete”. The FAO and WHO recently agreed on the first global principles for the safety assessment of genetically modified foods. This move responds to wider concerns about bio-security and is to be welcomed. But the international community needs to build on this – and in particular support technical assistance to developing countries to help them establish, rationalise and optimise their national capacity for bio-security, while at the same time developing research capacity.

## Conclusion

16. Agricultural research is fundamental to rural development. The Green Revolution in Asia was driven by agricultural research. Agricultural research has been shown to deliver rates of return in excess of 40 per cent.
17. That is why supporting agricultural research, including agro-biotechnology – has formed such an important part of IFAD's work over the past three decades. And why IFAD is one of the major financial supporters of the CGIAR system and is now helping to review the system and reorient it to the new research agenda of today.
18. There are other important research organisations out there, in addition to the **CGIAR**, who are able and willing to take forward pro-poor research. The likes of the **GFAR** (Global Forum for Agricultural Research), the **FARA** (Forum for African Agricultural Research Associations), and the **APAARI** (Asia and the Pacific Association of Agricultural Research Institutions).
19. The work of these bodies will be particularly important in meeting the challenges we face today from climate change. A disastrous combination of rising temperatures, climate variability, uncertain growing seasons, decreased water availability, new pests and diseases, and decreasing biodiversity has the potential to reverse recent progress in reducing poverty in many parts of the world.
20. Their work will also be important in meeting the challenges we face today from a growing population, demanding more food and a more varied diet, while the pressure on productive land availability becomes more intense.
21. As I said earlier, partnership is key. IFAD's work in supporting pro-poor agricultural research has benefited immensely from the generous support we have received over the years from the German Government. You are a pillar of our organisation – not only in terms of your financial contribution, but also in terms of your commitment to and involvement in our mission.
22. You have set the standard. For that, I thank you.

**Deutscher Bundestag**  
Ausschuss für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit und  
Entwicklung

Ausschussdrucksache  
**Nr. 16(19)486b**

Check against delivery



## STATEMENT

---

21 January 2009

Public Hearing at the German Bundestag (BT)

Committee on Economic Cooperation and Development (AWZ)

Topic: "Instruments for the Promotion of Rural Development"

THE OBJECTIVES, CHALLENGES AND GUIDING VISIONS IN  
RURAL DEVELOPMENT WITHIN THE DEVELOPMENT  
COOPERATION FRAMEWORK, WITH A PARTICULAR FOCUS ON  
MICROFINANCE, LAND AND PROPERTY RIGHTS, AND  
AGRICULTURAL COOPERATIVES

THE PERSPECTIVE OF THE INTERNATIONAL FUND  
FOR AGRICULTURAL DEVELOPMENT (IFAD)

## Rural development: challenges and guiding visions

### **A: Challenges?**

1. Today's first discussion considers the challenges and guiding visions in rural development, with a particular focus on three specific areas: microfinance, land and property rights, and agricultural cooperatives.
2. Let me first address the **challenges**.
3. At IFAD's Governing Council in February 2008, IFAD's President, Mr Lennart Båge, spoke about the "**triple scourge**" of **rising food prices, climate change** and **enduring poverty**. He called upon the international community to invest in smallholder farmers to help them to address this triple scourge because the lives of millions of poor rural people – and our common future – depend on it.
4. If the situation seemed bleak just seven months ago, it looks even bleaker now. **Global financial markets are in apparent meltdown**. The livelihoods of many people in developed countries hang in the balance. But the very lives of many more poor people in developing countries are at genuine risk. The consequences of today's financial crisis, coming hot on the heels of last year's volatile food prices and the growing effects of global warming, could spell **disaster for the 1.4 billion people already living below the US\$1.5 a day poverty line and the one hundred million who now risk falling below it**.
5. **The crisis has roots going back over the past three decades**. During this time **development aid for agriculture dropped** from 18 per cent of total ODA in 1979 to just 2.9 per cent in 2006. Domestically, too, **investment in agriculture fell**. Agricultural spending to total Government spending by developing countries declined by a third in Africa and by as much as two thirds in Asia and Latin America. During this period **productivity growth was also declining**, from 3 to 4 per cent in the 1980s to 1 to 2 per cent today, while **demand for food was rising** because of growing populations and growing incomes.

### **B: Guiding visions**

6. **Global challenges demand multilateral action for global solutions**. Today's challenges cannot be solved by a single government, a single group of countries or a single organisation acting in isolation. The United Nations Secretary-General, Ban Ki-moon's High-Level Task Force on Food Security brings together the UN system, the World Bank, the IMF and the WTO in a **unique process of multilateral coordination and coherence** in the face of high and volatile food prices. The **Comprehensive Framework for Action**, or CFA, prepared by the Task Force, addresses both the short-term emergency needs of those who are hungry today, as well as the medium- and longer-term imperative to

improve agricultural practices and so achieve a higher and sustainable level of agricultural productivity and production in the future.

7. A key element of the CFA is its recognition of the **importance of promoting agricultural investments focused on smallholder farmers and rural development** as part of the global response to today's global challenges.
8. Why is it so important that agriculture should be the focus of our collective attention? Because, as the World Bank's World Development Report (2008) confirms, **GDP growth generated by agriculture is up to four times more effective in reducing poverty than growth in other sectors.**
9. **Agriculture has been shown time and again to have a powerful impact on poverty reduction.**

### **C: Examples**

- In **Viet Nam**, seventy-three percent of the population live in rural areas and agriculture remains their main source of livelihood, predominantly from smallholder plots. Two decades ago Viet Nam was a severely food-deficit country. Today it is a major food exporter, among the largest rice exporters in the world, mainly thanks to development of the smallholder farming sector. In recent years, Viet Nam achieved growth rates of seven to eight percent. Just as importantly, it combined this with rapid poverty reduction – down to less than 15 percent last year from 58 in 1993.
- In **Malawi**, in 2006 and 2007, an investment of about US\$90 million in around two million farm households, or about US\$50 per farm, contributed to an additional harvest output of up to US\$160 million. You can't take that as a blueprint for universal application, but if you make a quick calculation, and figure US\$50 input per farm for the 80 million or so smallholder farms across Africa, that comes to about US\$4 billion of investment p.a. needed. Sadly we're not even close to that. But we should be, if we want to reap the clearly substantial rewards of investment in smallholder agriculture.

### **D: Instruments for the promotion of rural development**

10. IFAD's mandate is to enable poor rural people to overcome poverty. To do this in the face of today's global challenges, we need to pursue **increasingly innovative policies, programmes and projects**. Micro-finance, land and property rights, and farmers' organisations are three good examples of where IFAD has developed valuable experience.
- Micro- and rural finance:
    - As the rural sector has matured over the last two decades, the provision of financial services to poor people has moved beyond "microcredit" to "microfinance", and now to rural financial services

encompassing a more diverse range of financial services, including **savings, remittances, leasing and insurance.**

- Access to financial services allows poor rural people to buy fertiliser and better seeds, as well as investment goods such as transport, irrigation, small farm machinery.
  - Rural finance projects and programmes can help poor rural people **improve the conditions** in which they live. Savings, investment and insurance can help them to **mitigate sudden shocks and risks**, such as drought.
  - Recent developments in rural finance include **risk transfer mechanisms** to support rural livelihoods, **index-based weather insurance**, and the use of **technology** among remote and dispersed populations.
  - Rural finance has wider-reaching social and economic effects: microfinance clients are more likely than non-clients to send their children to **school**. The majority of microfinance programmes specifically target **women**, often the most disadvantaged members of rural societies, opening up greater livelihood opportunities for them and allowing for their increased participation in the economy.
  - **Almost 20 per cent of IFAD's investment portfolio, or approximately US\$770 million, is focused on rural finance.** IFAD has pioneered the development of rural microfinance and today provides about **US\$150 million each year to help build inclusive financial systems that serve poor farmers and rural small entrepreneurs, in particular women.**
  - IFAD's vision for rural finance is reflected in our latest **Rural Finance Policy**, which will be presented to our Executive Board in April 2009. I should like to take this opportunity to **thank the GTZ<sup>1</sup>** for their support, through CABFIN<sup>2</sup>, in updating IFAD's Rural Finance Policy, as well as helping with our operating guidelines.
- Remittances:
- While we are on the subject of rural and micro finance, let me say a word about remittances. According to a recent IFAD study, **remittances reached an estimated value of US\$300 billion in 2006, of which \$100 billion went to rural areas.**
  - The **Financing Facility for Remittances** supported by IFAD is a US\$13 million multi-donor fund that aims to reduce rural poverty and promote development through a triple-pronged approach. First, it supports and develops international and domestic remittance services that are innovative, cost-effective and easily accessible. Second, it works to create linkages between remittances and financial services and products in rural areas. And third, it seeks to develop innovative and productive rural investment channels and opportunities for migrants and community-based organisations. I should like to take this opportunity to **invite the German Government to join the group of**

---

<sup>1</sup> German Technical Cooperation

<sup>2</sup> Partnership for Improved Capacity building – a donor working group

international funders, which includes the EC, the Governments of Luxembourg and Spain, the UNCDF, CGAP and IDB/MIF.

o Land and property rights:

- **Economic growth can be up to two to three times higher and more broadly shared when people have equitable and secure access to land.** A case in point is China, where land reform in the late 1970s and early 1980s contributed to the largest and fastest rural poverty reduction in modern times.
- **Secure access to productive land has multiple economic, social and political benefits.** It reduces vulnerability to hunger and poverty; influences the capacity of poor rural people to invest in their productive activities and in the sustainable management of their resources; enhances their prospects for better livelihoods; and helps develop more equitable relations with the rest of their society, thus contributing to greater justice, peace and sustainable development.
- This makes land an **enormous social and political resource and economic asset.** Add to the mix climate change and a growing population, as well as increasing demand for food and agro-fuels, and it explains why access to productive land is under growing pressure, and why **land is an increasingly desirable commodity.** It also explains why Angola's plan to exploit both its fertile soils and high global food prices to attract US\$6 billion in agriculture investments over the next five years has been received with such keen interest among private sector investors.
- **Recent interest in agricultural land in developing countries from foreign investors represents a double-edged sword.** On the one hand, it offers opportunities for increased foreign direct investment into the commercialisation of agriculture. On the other hand, land rights and food security could be at risk, especially for small scale farmers. **We need to find and promote "win-win" situations. Contract farming or out-grower schemes could be the answer.** IFAD has supported the fostering of community-investor partnerships in many countries.
- All this underlines why **land tenure security is necessary.** And it is important to specify what type of land tenure systems we are promoting and what kind of land rights need to be secured - full private ownership or use rights? And whose rights – individual, family, village, ethnic group, or state? There is no one-size-fits-all.
- **But land tenure security is not sufficient on its own for sustainable rural poverty reduction and improved livelihoods.** Measures to strengthen land tenure security must be complemented by pro-poor policies, services and investments that reduce vulnerability and enable poor rural people to make the best use of their land access. IFAD has addressed land issues mainly through its projects and programmes, and principally through its **investments in irrigation, water and soil conservation, forestry and agro-forestry, and natural resource management.**
- We have also supported **policy dialogue and the development of voluntary guidelines for the formulation of good land policies.**

One example is the ongoing process for developing pan-African land policy guidelines, which is being led by the African Union Commission, UN Economic Commission for Africa and the African Development Bank.

○ Farmers' organisations:

- **IFAD does much of its work directly and consistently with the most marginalised rural people, their community institutions and farmers' organisations.**
- Farmers' organisations are immensely valuable partners in the pursuit of rural development.
- Farmers' and rural producers' organisations can help **promote and support agricultural and rural development**. They can inform **poverty production strategies and public policies**. And they can help **consolidate good governance and democracy**.
- Whether cooperatives and producers' organisations, economic interest groups, rural interest groups, unions, federations or confederations, farmers' organisations need to have certain essential characteristics. They need to be **independent, autonomous, private and membership-based** to be effective.
- IFAD has a long tradition of working in close collaboration with farmers' organisations. For the past decade, we have stepped up our support to building the capacity such organisations – at **national, regional and international** levels.
- By 2004, we were ready to consider how best to institutionalise partnerships with farmers organisations. The result was the establishment of the **Farmers' Forum**, a bottom-up process of consultation and dialogue between farmers' and rural producers' organisations, governments and IFAD, focused on agriculture, rural development and poverty reduction. At the second global meeting of the Farmers' Forum this year in Rome, **over 70 farmers' leaders, representing approximately 700 million farmers worldwide** participated. They were able to provide some valuable recommendations, which we are drawing on to improve our own development effectiveness.
- The Farmers' Forum has proved a successful initiative, appropriately rooted in concrete partnership and collaboration at the country and regional level. **Representatives of farmers' organisations now participate in the development of our country strategies and participate in the development of three out of four IFAD-funded projects**, making them better and more sustainable.

**Conclusion**

11. There are around **450 million smallholder farms worldwide**, measuring two hectares or less **and home to approximately two billion people** – or about a third of humanity. Most of these people live on less than one or two dollars a day. They are trapped in poverty and are rightly the focus of the Millennium Development Goals.

12. These **small, family-based farms have tremendous, under-utilised capacity**. With help in the areas I've just covered, they can increase their production and productivity, raise their incomes and, at the same time, contribute to greater food security.
13. If the international community works together and coordinates its efforts to support rural and agricultural development, **poor rural people can be equipped to face today's global challenges with confidence and contribute to the solution**. Unless this is done, poor rural people will continue to be marginalised, living in poverty, dependent on aid, and under growing pressure to leave their lands.
14. The German Government's constant and generous support has been fundamental to the quality, relevance and effectiveness of IFAD's projects, which have reached approximately 400 million poor rural people over the past three decades. As we stand on the brink of our eighth Replenishment period, I look forward to strengthening our unique partnership.

## **Additional background material on Africa**

- Three-quarters of Africa's poor live in rural areas and depend on agriculture as their main source of livelihood, whether as producers, traders or small-scale artisans.
- Small-scale farms provide up to 80 per cent of African agricultural production.
- Agriculture is also a major source of employment: in sub-Saharan Africa, it provides as much 70 per cent of jobs, the majority of which are in smallholder farming where women farmers produce the bulk of Africa's food crops.
- There are around 80 million smallholder farms in sub-Saharan Africa, out of a total of 450 million worldwide.
- Land degradation and dwindling water resources for irrigation have resulted in Africa's soils being the most depleted in the world. Less than five per cent of Africa's land is irrigated, although twenty per cent is irrigable. That leaves 80 per cent that is rain fed. In these areas, land degradation is a key problem.
- In sub-Saharan Africa up to 40 per cent of some crops grown are lost as a result of poor agro-processing.
- Since the early 1960s, Africa has gone from being a net food exporter to a net importer. Per capita food production has declined as the population growth rate of 3 per cent a year has outstripped the 2 per cent annual increase in food production. Africa is the only place in the world where overall food security and livelihoods are deteriorating.

Inputs to the hearing of the AWZ- 21 January 2009

Suman Sahai  
Gene Campaign  
India

The **GOAL**..primarily to restore **ECONOMIC VIABILITY** and **PRESTIGE** to rural professions and the rural way of life.  
**NSSO survey**. If the youth wants to migrate..development for whom?

The **CHALLENGES** are manifold and **microfinance, land tenure** and **farmers organizations** are certainly relevant issues but

1. What is important is having an **INTEGRATED APPROACH** to rural development. **Just increasing agriculture productivity is not enough.**

**You need to pay attention to nutrition, health care, education and infrastructure.**

**Those of us who work in the field** see that income generation programs become useless when **ill health** prevents people from taking advantage of it. In addition to his own sickness, The head of the family loses working days taking family members to the city to a hospital.

When there is no **sanitation** and **clean drinking water**, illness is frequent and fields cannot be ploughed and planted.

. **Tackling malnutrition.** We know that the MDG goals far from being met, the situation with hunger is becoming worse. According to new **FAO** and **IFPRI** reports Malnutrition is becoming severe and the incidence of low birth weight children is unacceptably high. **This needs to be tackled on a war footing.**

GC is promoting the planting of **golden sweet potato** in some of the worst affected areas..the tribal area of Jharkhand... to provide a calorie and vitamin A rich food to rural poor .

**Golden rice** may or may not ever arrive..its safety and relevance questionable..but high value , locally adapted foods are available and must be used.

Lack of **educational facilities** in the village means those who can , send their children outside to study, incurring avoidable costs... sometimes mortgaging land when a son is to be educated.

**The multi agency IAASTD report** has provided a well balanced and comprehensive approach to rural development, focusing on more than just science & technology. The report is a consensus document showing a **very broad acceptance** of its recommendations by a **diverse range of experts** from developing and developed nations representing a **diversity of interests**.

2. Planning a rural development program makes sense only when it is developed after **consultations with the rural community**. Not only grows more naturally from bottom up but we find that that this approach results in more relevant solutions at a fraction of the cost and the community develops a stake.

For instance in some villages in Rajasthan... .. Link road constructed by a contractor and one constructed after consulting the community. ..which will get flooded... which connects the most vegetable growing regions ..so needs the quicker link to the market

Technology and scientific know-how is certainly valuable in rural development but equally valuable is the **local wisdom and the practical knowledge** of local communities. Ignoring this is unwise because the local community is most knowledgeable about its environment and the source of its problems and has developed

**Climate change- Water conservation** –Tribals know the terrain..the topography, the water sources..and most important, the history of the water and will tell you where to make the water body or develop the watershed.  
**Idukki dam**—someone had the sense...

When documenting traditional practices about agriculture, one encounters several solutions which are known to the community.  
We found dipping hands in milk..planting tobacco seedlings..to control disease... **NIF**

**3. Feminisation of agriculture.** Because rural professions, spp agriculture, do not provide adequate incomes , there is large scale migration to the cities. The women are left behind to grow the food. Yet, little effort is made to help them cope with this new challenge.

I have seen... **fodder cutting machines** made for the height of a man which a woman has to use. **Machines to thresh the grain** which require so much manual strength... **agriculture implements** made for men

If women will engage in agriculture, equipment and machinery will have to be designed for their use.

4. To make agriculture viable, the farming community must have preferred access to the **productive assets like land and water**

Common lands must not be diverted to biofuel plantations but ...

Water resources can not be diverted to Coca Cola bottling plants... Plachimada in Kerala.

5. All rural development programs must recognize... **indigent**

Too poor, too old..disabled

For them a welfare program is necessary..old age pensions, **traditional grain banks** can be revived, health care etc

#### TO THE ISSUE OF MICROFINANCE:

Microcredit is limiting..expensive..high interest because of mediation..upto 15%

Banks must provide rural credit at low interest rates... 4%

Quantum available for rural credit is declining..this must be reversed

FARMER CREDIT CARDS for agri inputs or

Rashtriya Mahila Kosh... over 95% repayment

#### LAND TENURE

Land ownership papers must be made jointly for men and women... for loans, security of livelihood

Public awareness & education necessary for social acceptance, not just laws

**FARMERS ORGANISATIONS** are important but represent the bigger farmers.

most peasants are not organized so talking and dealing with rural communities through village organisations or in India through the elected

local bodies..the local self government the panchayat is less likely to be partisan.

Schriftliche Einlassung zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit

„Instrumente zur Förderung der ländlichen Entwicklung -  
Bessere Erfolgsaussichten bei der Hunger- und Armutsbekämpfung durch Optimierung  
spezifischer Themenfelder der landwirtschaftlichen Entwicklung“

15. Oktober 2008

von

Michael Brüntrup

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik

## 1. Besonderheiten der Entwicklung des ländlichen Raumes

Ländlicher Entwicklung liegt, anders als vielen anderen Schwerpunkten der Entwicklungszusammenarbeit, ein **geographisches Konzept** zugrunde. Der Bedarf an Förderung des ländlichen Raumes in Entwicklungsländern ist besonders hoch. Dort leben (noch immer) über 50% der Menschheit, insbesondere in ärmeren Entwicklungsländern auch deutlich mehr, und 80% der weltweiten Armen. Die Landwirtschaft ist wesentlicher Wirtschaftszweig und beschäftigt oft 80% und mehr der ländlichen Bevölkerung und erwirtschaftet 50% der Einkommen, in den meisten Ländern durch Kleinbauern. Landwirtschaft ist auch entscheidend für den Zustand der natürlichen Ressourcen.

Für die Entwicklung des ländlichen Raumes kann allerdings nicht **Leitbild** sein, diese Verhältnisse zu konservieren. Eine längerfristige Urbanisierung eines größeren Teiles der ländlichen Bevölkerung ist im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung unvermeidbar. Die eigentliche Frage ist, wie schnell und wie radikal die Landflucht ist, wohin die Menschen gehen, und wie die Land-Stadt-Beziehungen sich im Laufe der Zeit umwandeln.

Die **aktuelle Wiederbelebung der Förderung des ländlichen Raumes** und der Landwirtschaft gründet sich auf mehreren Tatsachen:

- Die im Zuge der neueren **Armutsforschung** Wiederentdeckung der Tatsache, dass die Mehrheit der Armen im ländlichen Raum und hauptsächlich von der Nutzung der natürlichen Ressourcen lebt.
- Die Beobachtung, dass **durch den Rückzug des Staates der ländliche Raum besonders negativ betroffen** ist, da dort hohe Transaktionskosten, schwache Institutionen und damit Marktversagen besonders häufig anzutreffen ist (s.u.).
- Die Befürchtung, dass durch zu starke und schnelle **Urbanisierung** neue, eventuell kaum beherrschbare Probleme in den Megazentren entstehen, zumal wenn die Landflucht nicht durch den Sog der Möglichkeiten in den Städten entsteht, sondern durch den Druck des ländlichen Elends und der Perspektivlosigkeit.
- Die Rückbesinnung auf die Einsicht, dass **Entwicklung von lokalen Voraussetzungen abhängig** ist und nicht jeder denkbare Modernisierungspfad eingeschlagen werden kann, wenn dafür notwendige Grundvoraussetzungen wie Bildung und modernitätskompatible Institutionen (noch) nicht gegeben sind. Der Aufbau auf den bestehenden lokalen Ressourcen und Kapazitäten, die in vielen Entwicklungsländern eben immer noch stark ländlich und landwirtschaftlich geprägt sind, drängt zu einer Rückbesinnung auf den ländlichen Raum als Ausgangs- und Schwerpunkt der Entwicklung und der Entwicklungszusammenarbeit.

- Die **(Wieder)entdeckung der Knappheit und Verletzbarkeit natürlicher Ressourcen**, und das Bewusstsein, dass der Klimawandel die ländlichen, ökologieabhängigen Regionen und Sektoren besonders stark treffen wird.
- Die Erinnerung durch die Nahrungsmittelkrise in jüngster Zeit, dass selbst so selbstverständlich scheinende Dinge wie den **Überschuss an vorhandener Nahrung *de facto* nicht selbstverständlich** sind, sondern immer wieder neu erarbeitet werden müssen.

Gleichzeitig gibt es **besondere Eigenheiten des ländlichen Raumes**, die eine Förderung erschweren:

- Hohe **Transaktionskosten** aller Art (oft geringe Bevölkerungsdichte, weite Entfernungen, hohe Transportkosten, teure, schwierige und langsame Kommunikation, politische Isolation von den Macht- und Entscheidungszentren, hohe Risiken, hohe Suchkosten),
- besondere **Abhängigkeiten von ökologischen Rahmenbedingungen** v.a. für die wirtschaftlichen Tätigkeiten, insbesondere die Landwirtschaft,
- infolgedessen hohe und systemisch gleichgerichtete (**kovariante**) **Risiken**, die sich über die Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen hinaus auf fast alle Lebensbereiche des gegebenen Raumes auswirken,
- oft starke **kulturelle Eigenheiten und Diversität**,
- starke **Pfadabhängigkeit** der ländlichen Entwicklung durch ökologische und kulturelle Rahmenbedingungen,
- insgesamt stark **standortspezifischer Lösungsbedarf**, im Unterschied zu urbanen Lösungen.

Als geographisches Konzept ergibt sich die **grundsätzliche Schwierigkeit der Einengung der Themensetzung bzw. Förderung** für den ländlichen Raum, schließlich gibt es fast kein sektorales oder Querschnittsthema, das für den ländlichen Raum nicht relevant wäre. Diese Vielfalt ist auch eines der größten Probleme für die Entwicklung des ländlichen Raumes und die EZ in diesem Bereich. Hier liegt ein wesentlicher Grund für das Scheitern der integrierten ländlichen Entwicklung. Die heutige Betonung von Schwerpunkten und Konzentration in Entwicklungsprogrammen steht allerdings ihrerseits teilweise im Widerspruch zum multidimensionalen Bedarf bei der Entwicklung des ländlichen Raumes, der durch verbesserte Koordination auf gesamtstaatlicher, sektoraler und regionaler Ebene wieder aufgelöst werden muss.

## 2. Drei übergeordnete Leitlinien zur Förderung des ländlichen Raumes

Bevor auf die Fragen des AWZ eingegangen wird, werden zunächst drei grundlegende Leitlinien zur Förderung des ländlichen Raumes formuliert, die sich aus den Besonderheiten des ländlichen Raumes ableiten lassen:

### a) **Besondere Berücksichtigung des ländlichen Raumes und der ländlichen Bevölkerung in nationalen Politiken und Planungsansätzen**

Es kann in Entwicklungsländern kaum eine gesonderte programmatische Gesamtplanung für den ländlichen Raum geben, dazu ist er zu groß und zu divers. Stattdessen muss er in allen nationalen Strategien mit seinen Besonderheiten gebührend beachtet werden, insbesondere in den Poverty Reduction Strategy Papers (PRSP) und den abgeleiteten sektoralen und thematischen Strategien. Bei der Implementierung dieser Maßnahmen muss er entsprechend berücksichtigt werden, was finanzielle, personelle und organisatorische Ressourcen sowie Governancefragen betrifft. Dies geschieht nicht automatisch, im Gegenteil muss dies oft

gegen zentralistische Tendenzen der Planung und Implementierung (Budgetallokation, Personalentsendung etc.) in vielen Entwicklungsländern durchgesetzt werden.

#### **b) Armutsorientierte Implementierung von Dezentralisierungsansätzen**

Viele Maßnahmen nationaler Programme erfordern für ländliche Gebiete eine spezielle Anpassung und Unterstützung. In den meisten Fällen erfordert dies die Dezentralisierung von Entscheidungen und der Implementierung. Allerdings sind die Macht- und Interessenverhältnisse gerade in den ländlichen Regionen von Entwicklungsländern oft noch weniger demokratisch und armutsorientiert als auf der nationalen Ebene. Die Begleitung durch die EZ muss sich an menschenrechtlichen Agenden und internationalen Verpflichtungen (Armut, Gender, Nahrung, Minderheiten, Arbeit, politische Rechte, internationale Verträge ect.) orientieren, darf aber ökonomische und politische Realitäten nicht außer Acht lassen. Wichtiger ist die Begleitung durch die Betroffenen selbst im Rahmen von lokalen Institutionen: Ohne Partizipation in Planung, Implementierung und Kontrolle von Unten und evtl. auch von Oben ist das Risiko groß, dass Dezentralisierung zu entwicklungspolitisch suboptimalen bzw. sogar negativen Ergebnissen führt.

#### **c) Stärkung des Empowerments der ländlichen Bevölkerung**

Die Durchsetzung der Punkte 1 und 2 kann nur begrenzt durch „wohlmeinende“ Autokratien und Verwaltungen bzw. durch externe Partner erwartet bzw. gewährleistet werden. Entscheidend ist das Empowerment der ländlichen Bevölkerung (insbesondere der Zielgruppen der Entwicklungszusammenarbeit), auf allen Ebenen in ihrem Sinne Interessen zu formulieren, zu artikulieren und durchzusetzen. Empowerment allein reicht nicht aus, effiziente armutsorientierte Politiken zu implementieren - es bedarf sicher auch fachlicher Kompetenzen aller Partner, Dialogforen, Kompromissfähigkeit, funktionierender Institutionen, Finanzierung, etc. - aber in vielen Situationen dürfte Empowerment ein wesentlicher Engpass sein.

### **3. Zu den spezifischen Fragenkomplexen**

#### **a) Mikrokreditwesen**

Die drei Fragen können relativ eindeutig wie folgt beantwortet werden:

1. In fast allen ländlichen Regionen in Entwicklungsländern haben **Kleinbauern noch keinen ausreichenden Zugang zu Mikrokrediten**. Das liegt daran, dass Landwirtschaft und (das bisherige) Mikrokreditwesen teilweise wenig kompatibel sind (s. u.).
2. Das **Mikrokreditwesen hat einen großen Einfluss auf die ländliche Entwicklung** gehabt, wobei oft ein ganzes Bündel von Maßnahmen wirkte. Etwa 100 Mio. Menschen weltweit (und damit oft ganze Haushalte) haben Zugang zu Mikrofinanzinstitutionen im engeren Sinne (MFI). Allein in Indien wird von über 100 Mio. Menschen gesprochen, die dank Zugang zu Krediten von ländlichen Banken aus der Armut entkommen sind. Durch höhere Einkommen steigt die kaufkräftige Nachfrage nach Nahrungsmitteln und sinkt daher die Unterernährung. Die landwirtschaftliche Produktion wird indirekt durch die gestiegene Nachfrage angeregt. Produktion Allerdings begünstigen die MFI bisher weniger die kleinbäuerliche Landwirtschaft direkt, vielmehr die außerlandwirtschaftlichen Tätigkeiten. Der Einfluss des Mikrofinanzwesens auf Armut und Hunger könnte wesentlich höher sein, wenn es stärker auf die besonderen Bedürfnisse der Landwirtschaft eingehen könnte und würde.
3. Angesichts a) des großen offenen Bedarfes und b) des hohen Potentials zur Steigerung der Bedeutung der Mikrofinanzwesens für den Agrarbereich und die ländliche

Entwicklung, sowie c) der deutlichen komparativen Vorteile der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) in den beiden Bereichen Finanzsystem- und Agrarentwicklung, ist eine **Unterstützung durch die deutsche EZ wünschens- und empfehlenswert**.

Um diese Antworten zu untermauern, ist es zunächst wichtig, zwischen ländlichen Finanzsystemen, Mikrokrediten und Agrarfinanzierung klar zu unterscheiden:

- Das Konzept der **ländliche Finanzsysteme** umfasst im Prinzip die Gesamtheit der formellen, semi-formellen und informellen Finanzbeziehungen, d.h. Sparen, Kredit, Versicherungen, Leasing, Transfers usw., und die Interaktionen der verschiedenen Akteure, wie Banken, Mikrofinanzinstitutionen (MFI), Kunden, Aufsichtsorgane, Finanzsektor- und andere relevante Politikbereiche wie Genossenschaftswesen, finanzrelevante Eigentumsrechte, Ausbildung und Training usw. Eine wichtige Errungenschaft der neueren Mikrofinanzförderung ist, dass akzeptiert wird, dass MFI wirtschaftlich tragfähig und damit nachhaltig sein sollen, selbst wenn das zu hohen Kosten (Zinsen) für die Kreditnehmer führt.
- Das **Mikrokreditwesen** bezieht sich hauptsächlich auf den Teil der Mikrofinanzsysteme, der sich mit Kreditprodukten niedriger Höhe (max 5000 USD, oft deutlich unter 500 USD) beschäftigt. Andere Finanzprodukte und die systemische Einbettung von Mikrokrediten in Finanzsysteme riskieren dabei vernachlässigt zu werden, allerdings nicht notwendigerweise.
- Zum Bereich der **Agrarfinanzierung** gehören v.a. Kredite für die landwirtschaftliche Produktion, in geringerer Zahl auch Versicherungen, d.h. Unterkategorien der ländlichen Finanzsysteme. Hinzu kommen die oft nicht monetären Finanzierungsbeziehungen im Rahmen von vertikal mehr oder weniger integrierten Wertschöpfungsketten, insbesondere Sachlieferungen von Inputlieferanten, Händlern und Verarbeitern gegen Erntelieferungen.

Zwischen den drei Bereichen gibt es Überlappungen, aber auch Unterschiede und Konflikte:

- Ein großer Vorteil der **Mikrofinanzierung** ist, dass sie **weder sektoral noch an Zugang zu weiteren Ressourcen** wie Boden **gekoppelt** ist, im Gegenteil ist ein möglichst breites Portfolio erwünscht, um die Risikoanfälligkeit zu vermindern.
- Es bestehen gewisse **Eigenheiten von Agrarfinanzierung**, die es ländlichen Finanzdienstleistern schwer machen, die Bedürfnisse von Landwirten zu bedienen: hohe natürliche und wirtschaftliche Risiken in der Produktion, oft auch durch politische Interventionen wie Handels- oder Preismaßnahmen; Saisonalität des Bedarfs an Krediten und der Überschüsse für Rückzahlung und Spareinlagen; schwierige Überwachung der Geschäftsaktivitäten; Inputs, die zunächst verbraucht werden und daher nicht als Kreditgarantie dienen können; relativ hoher Finanzbedarf und bei Investitionen (Vieh, Gebäude, Maschinen) oft lange Nutzungs- und damit Festlegungszeiträume für Kredite, u.v.a.. Da der Agrarsektor aber der mit Abstand wichtigste Sektor im ländlichen Raum der Entwicklungsländer ist, ist seine Vernachlässigung in Finanzierungssystemen trotz der Probleme eine große wirtschaftliche und entwicklungspolitische Schwäche.

Insgesamt führen die genannten Eigenschaften zur **tendenziellen Vernachlässigung der Landwirtschaft bei der Mikrokreditvergabe**. So ist für die meisten MFI der Kreditbedarf selbst von Kleinbauern hoch im Vergleich zu den typischen Krediten für Einkommen schaffende Maßnahmen von Frauen; klassische MF-Technologien wie regelmäßige, wenn auch niedrige Sparbeträge oder wöchentliche Rückzahlungen sind aufgrund der Saisonalität landwirtschaftlicher Produktionszyklen nicht anwendbar; häufige, aber kurzfristige Kredite sind allenfalls für Betriebsmittel und Kleintierhaltung interessant, aber nicht für Investitionen.

Auch andere Finanzdienstleistungen werden unter den Konditionen einer stark agrarisch geprägten ländlichen Wirtschaft eher gehemmt. Schließlich gibt es oft auch bei anderen Akteuren in einer Wertschöpfungskette bzw. für jenseits der Produktion stattfindende Aktivitäten ungedeckten Finanzierungsbedarf, ohne deren Überwindung die Landwirte auf der erhöhten Produktion sitzen bleiben würden.

Zwar gibt es einige **Ansätze zur Überwindung** dieser Probleme, aber sie sind oft aufwändig, es gibt auch noch viele offene Fragen, lokale Anpassungsschwierigkeiten und vor allem fehlt die flächendeckende Anwendung. Wichtig erscheint allgemein, keine Insellösungen für Agrarkredite zu schaffen, sondern sie zu integrieren in weitere Mikrofinanzsysteme, so weit wie möglich auf dem Prinzip der Nachhaltigkeit zu beharren bzw. Subventionen so einzusetzen, dass sie nicht marktverzerrend wirken und zur langfristigen Effizienzverbesserung beitragen.

Die **deutsche EZ** hat eine sehr gute Ausgangsposition, um zur besseren und breiteren Nutzung von Agrarfinanzierung für Kleinbauern beizutragen. Es wird empfohlen, die technische und die finanzielle Zusammenarbeit eng miteinander zu verzahnen, um agrar- und finanzpolitische Beratung und Finanzierung von einzelnen Institutionen und ganzer ländlicher Finanzsysteme zu kombinieren und systemweite Effekte zu optimieren. Außerdem ist eine enge Vernetzung der Kompetenzfelder Mikrofinanz-, Wirtschafts- und Agrarförderung wichtig, um die genannten Probleme der Agrarfinanzierung zu überwinden.

## **b) Land- und Eigentumsrechte**

Land ist in den meisten Entwicklungsländern der wertvollste Produktionsfaktor und die bedeutendste Kapitalreserve der ländlichen Bevölkerung, selbst wenn diese Ressource oft noch keinen monetären Wert hat. Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass eine Reihe von Verfügungs- und Nutzungsrechten für die ländliche Bevölkerung von großer, je nach Region und Bevölkerungsteil sogar von größerer Bedeutung sind als die eigentlichen Eigentumsrechte. Dieser Aspekt wird in der Beantwortung der Fragen mit aufgegriffen.

Die drei Fragen werden wie folgt beantwortet:

1. Es gibt einige interessante **Ansätze im Bereich der Landrechte**, die von der deutschen EZ unterstützt werden können und z.T. von ihr maßgeblich mitentwickelt wurden. Dazu zählen basisnahe, dörfliche oder kommunale Landnutzungsplanung, die Unterstützung des Ausgleichs unterschiedlicher Nutzungs- und Eigentumsrechte, insbesondere von Ackerbauern und Viehaltern bzw. die Rechte von Frauen, durch Flächennutzungsplanung, Konfliktmanagement, Aus- und Fortbildung oder Institutionenförderung, und die Entwicklung und Implementierung angepasster, flexibler, günstiger und schrittweise einführbarer Eigentumsrechte und Bodenkataster.
2. **Nationale Regierungen** haben natürlich eine **entscheidende Rolle im Katasterwesen**. Sie müssen die wesentlichen Voraussetzungen für Landbesitz und Landnutzungsrechte schaffen und durchsetzen. Dabei müssen sich viele Regierungen noch mühsam von einigen Vorstellungen lösen, insbesondere von der früher vorherrschenden Dominanz staatlichen Bodenbesitzes, aber auch von der Vorstellung, auf einen Schlag landesweit von einem traditionellen zu einem nach westlichem Vorbild vollständig individualisierten und verrechtlichten Landbesitzmodell zu wechseln. Eine Einwirkung von außen ist äußerst heikel, Boden- und Landnutzungsrecht ist eines der ökonomisch, sozial und kulturell sensibelsten und bedeutsamsten Politikfelder. Die Einhaltung entwicklungspolitischer Grundsätze wie die Unterstützung der Eigentumsrechte der Frauen oder von Landlosen kann in diesem Bereich besonders schwierig sein. Die Bevorzugung bestimmter Lösungen oder gesellschaftlicher Gruppen kann schnell zur Verschärfung von Konflikten und zum Verlust der Akzeptanz der externen Interventionen führen. Für die staatliche EZ sollte

eher eine neutrale Vermittlerrolle eingenommen werden, die den gesellschaftlichen Dialog und inhaltliche Inputs wie Studien unterstützt, wobei der Bezug auf die fast immer gegebene formale Anerkennung menschenrechtlicher Grundsätze die Einhaltung entwicklungspolitischer Ziele (Armutsbekämpfung, Frauenförderung, Friedenssicherung) ausreichend gewährleisten sollte. Direkt parteiisch können eher Nichtregierungsorganisationen wirken.

3. Der **Ansatz, Land aufzukaufen und an Kleinbauern und Landarbeiter zu übertragen**, kann ein sinnvoller Ansatz zur gerechteren Aufteilung der Produktionskapazitäten sein. Allerdings muss dies in einem strikt rechtsstaatlichen Rahmen geschehen. Besonderer Wert muss auf die faire und sorgfältige Auswahl der Empfänger gelegt werden sowie auf die Unterstützung des Aufbaus ihrer Produktions- und Vermarktungskapazitäten, um das Schicksal vieler Bodenreformprogramme zu vermeiden, die zu einer deutlichen Verschlechterung der Produktivität des verteilten Bodens geführt haben. Dies diskreditierte letztlich diese und ähnlich Programme.

Bei aller Unterstützung von Land- und Eigentumsreformen muss an einige Probleme bei der Einführung von Eigentumstiteln erinnert werden. Daher haben Landreform- und Bodenrechtsprogramme z.T. entgegen gesetzte Wirkungen:

- Positiv an Bodenreformen und Landtiteln ist außer dem Aufbau **zukunftsfähiger Produktionseinheiten**, dass damit Personen, die Land im Überschuss haben oder aus der Landwirtschaft aussteigen wollen, **Zugang zu monetärem Kapital** erhalten. Auch ohne formale Eigentumsechte wird oft Boden abgetreten, ohne irgend eine Gegenleistung zu erhalten. Auch kann Land dann beliehen werden, was den Kreditzugang erleichtert.
- Negativ ist allerdings, dass die Einführung von Eigentumsrechten unter Umständen zu einer **Schwächung eines in vielen ländlichen Regionen wichtigen sozialen Sicherungsmechanismus** führt, denn häufig ist es gerade der Mangel an festgelegten individuellen Eigentumsechten, der es Bedürftigen wie armen Dorfbewohnern, von einem erfolglosen Migrationsversuch Rückkehrern oder auch neu Zugewanderten erleichtert, ein Stück Land von der Dorfgemeinschaft, dem Familienclan oder einem Individuum (nicht definitiv) übertragen zu bekommen. Durch Eigentumstitel kann ein Bodenmarkt entstehen. Längerfristig wird es zu einer (unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten oft durchaus erwünschten, aber sozial evtl. problematischen) **Konzentration des Landbesitzes** kommen. So kann der Verlust von Land als Kreditgarantie den Schuldnern die landwirtschaftliche Lebensgrundlage entziehen.
- Wie schon erwähnt, sind Bodenreformen generell sehr anfällig für die **Benachteiligung von schwachen Bevölkerungsteilen** (Viehhalter, Frauen, Arme, ethnische Minderheiten, Migranten) sowie für damit verbundene Konflikte und können ihrerseits schwere Konflikte schüren.

Diese Problematik kann durch verschiedene **Maßnahmen** vermindert werden, wie die schrittweise Einführung von Katastern und der Verteilung, oder die Erhaltung von Bodenreserven. Außerdem lässt sich beobachten, dass die Entwicklung eines Bodenmarktes sehr langsam verläuft, und Beleihung und Allokationsprozesse nur sehr langsam in Fahrt kommen. Es wird aber zumindest langfristig notwendig werden, alternative soziale Sicherungsmechanismen zu entwickeln. Die Unterstützung von Bodenreform und Landrechtsprogrammen durch die EZ verlangt höchste Kompetenz und politisches Fingerspitzengefühl.

### c) Grüne Gentechnik und andere Agrartechniken und Agrarforschungsansätze

Der Verfasser ist kein Experte für Gentechnik und kann darum nur recht allgemeine Einschätzungen dazu abgeben:

- Auf der einen Seite wurden **viele Versprechungen der Gentechnik bisher nicht erfüllt**, und es ist ohne Zweifel eine **Technologie mit erheblichem Risikopotential**, insbesondere weil einmal ausgebrachte genetisch modifizierte Organismen (GMO) evtl. nicht mehr einzudämmen sind. Risiken bestehen möglicherweise für die menschliche und tierische Gesundheit, für die Umwelt, sicher für die verstärkte Konzentration der Pflanzenzüchtung auf wenige Unternehmen, die diese kostspielige Technik beherrschen, und sicher für die Vermarktbarkeit von Produkten auf Märkten, die GMO ablehnen oder skeptisch gegenüberstehen, insbesondere die Europäische Gemeinschaft.
- Auf der anderen Seite gibt es einen großen **Bedarf** an verbesserten Pflanzen in Entwicklungsländern, insbesondere mit Blick auf den Klimawandel. Der Klimawandel wird zu einem bisher nicht gekannten, auch zeitlich extremen Anpassungsdruck auf die agrarischen Ökosysteme führen. Gleichzeitig entsteht die neue Herausforderung, an einem gegebenen Standort unter den gegebenen Klimabedingungen neue Sorten für zukünftige Klimabedingungen zu züchten. Eine Beschleunigung von Züchtungsverfahren und die gezielte Manipulation der pflanzlichen Eigenschaften sind unter diesen Bedingungen von höchstem Interesse. Ob die Gentechnik diese Fähigkeiten tatsächlich besitzen wird, kann der Verfasser nicht einschätzen. Tatsache ist, dass sich Landwirte dort, wo sie angeboten wird, in einigen bedeutenden Fällen schon sehr stark auf die grüne Gentechnik eingelassen haben, insbesondere bei Mais, Soja und Baumwolle. Ähnlich wie in anderen Forschungsfeldern beschränken sich die Arbeiten der Industrie zu grüner Gentechnik allerdings hauptsächlich auf Pflanzenarten der gemäßigten Breiten, da dort die kaufkräftige Nachfrage nach neuen Sorten groß ist. Die vielen Nutzpflanzen der Tropen und Subtropen werden weder von der Gentechnik noch von der herkömmlichen kommerziellen Agrarforschung ausreichend erforscht.

Sicher ist aber, dass selbst eine erfolgreiche **Gentechnik nur eine von vielen Maßnahmen der Verbesserung der Agrarproduktion** in Entwicklungsländern ist, und meist auch nur in Verbindung mit einer allgemeinen Verbesserung der landwirtschaftlichen Innovationssysteme funktioniert. Denn es ist meist nicht damit getan, Pflanzen erfolgreich manipulieren zu können – die Erfahrungen mit der bisherigen Agrarforschung in Entwicklungsländern zeigen, dass viele Bedingungen beachtet werden müssen, damit sich neue Technologien erfolgreich verbreiten, insbesondere unter Kleinbauern. Weitere Voraussetzungen sind: Die Auswahl der richtigen, d.h. von Produzenten, Verarbeitung, Handel und Konsumenten akzeptierten Zuchtziele; das rechtzeitige Erkennen und die Berücksichtigung von Nebenwirkungen; die Anpassung an lokale Standorte durch Anpassungszüchtung; das Saatgutwesen und der angemessene Schutz von geistigem Eigentum; das Beratungswesen. In vielen Fällen ist auch das Zusammenwirken mit anderen Faktoren der Innovationsverbreitung wie das Vorhandensein von komplementären Betriebsmitteln, Krediten, Verarbeitungs- oder Lagerhaltungstechnik wichtig für die Verbreitung neuer Sorten und damit verbundener Techniken.

Allgemein ist bei der Förderung der Gentechnik zu berücksichtigen, dass das Innovationspotential in der Landwirtschaft nicht nur aus biologischem Fortschritt, sondern auch aus chemischen, mechanischen, organisatorischen, bewässerungstechnischen und anderen Komponenten besteht. Insgesamt ist das **Potenzial für Agrarforschung** für Ertragssteigerungen, insbesondere **in Verbindung mit verbesserten Innovationssystemen und anderen Verbesserungen im Agrarsektor**, noch sehr hoch – insbesondere in

Entwicklungsländern liegen die besten Erträge bei gleichen Rahmenbedingungen schon heute oft um ein Mehrfaches über den durchschnittlichen, und der Abstand zu den besten Erträgen in Industrieländern ist ebenfalls sehr hoch. Allerdings sind diese Unterschiede, wie schon erwähnt, nur zum Teil auf die Ergebnisse der Agrarforschung allein zurückzuführen, generell spielen viele voneinander abhängige Faktoren eine Rolle. Für die Gewichtung der Rolle der Gentechnik sind also komplizierte Abwägungen unter einem hohen Maße an Unsicherheit zu treffen.

Abschließend sollte noch darauf hingewiesen werden, dass die optimale Nutzung der Gentechnik, wenn sie denn steuerbar und erfolgreich ist, eine **schwierige Gratwanderung zwischen dem Schutz des geistigen Eigentums und möglichst rascher und weiter Verbreitung** darstellt. Der Schutz ist zwar notwendig, um die Industrie zu Investitionen zu ermutigen und diese zu entlohnen. Andererseits ist bei der Entwicklung günstiger Eigenschaften eine möglichst weite, schnelle und kostengünstige Verbreitung wünschenswert, wenn schon nicht für die einzelnen Produzenten und Landwirte, so aber auf jeden Fall für die Verbraucher. Dafür müssen die Möglichkeiten des Einbaus der neuen Eigenschaften in weitere Sorten und Arten erleichtert werden, und das Saatgut muss günstig sein. Dem steht eine Monopolisierung bestimmter Gene entgegen. Es sollte nach Auffassung des Verfassers nicht möglich sein, ganze Gene und Eigenschaften für Jahrzehnte zu monopolisieren, zumal wenn diese „nur“ in der Natur gefunden wurden. Es gibt also gerade bei der grünen Gentechnik aufgrund ihrer hohen Investitionen und der möglichen Auswirkungen eine prekäre Balance zwischen Schutz und Nutzung des geistigen Eigentums. Mehrere Möglichkeiten bestehen, auf diese Balance einzuwirken, insbesondere die Anpassung des geistigen Eigentumsschutzes für Nutzpflanzen sowie die Förderung der Herstellung von öffentlichen Gütern durch öffentlich finanzierte Forschung.

#### d) Agrargenossenschaften

Zunächst sei vorausgeschickt, dass für kollektive Aktivitäten von Kleinbauern in Entwicklungsländern nicht nur Genossenschaften, sondern auch einige andere Organisationsformen in Frage kommen, interessant sind und sich in den letzten Jahren zunehmend verbreiten. Daher wird im Folgenden der Begriff „**Bauernorganisationen**“ bevorzugt.

Bauernorganisationen (BO) sind ein **Schlüssel zur Entwicklung von Kleinbauern**, da sie notwendig sind, um zum Einen einige der allgemeinen Nachteile des ländlichen Raumes wie hohe Transaktionskosten zu bewältigen, zum Anderen die spezifischen Nachteile von Kleinbauern zu kompensieren, die ähnlich lauten: geringe Produktions- und Transaktionsvolumen und damit Fehlen von *economies of scale*, geringe Marktmacht, hohe Suchkosten, schlechter Zugang zu Informationen und geringe formale Bildung, geringes Empowerment. Es wird explizit nicht unterschieden zwischen wirtschaftlich (bspw. Genossenschaften) und politisch orientierten BO, da dies in der Praxis der Entwicklungsländer (noch) nicht der Fall ist.

Zu den Fragen:

1. Die **Erfahrungen speziell mit Genossenschaften** in Entwicklungsländern sind sehr gemischt. Einerseits waren sie die Grundlage für die oft bedeutende Produktionsausweitung insbesondere von cash crops durch Kleinbauern, sie organisierten Kredite, die Inputversorgung, Vermarktung und Abrechnung sowie teilweise die Agrarberatung. Andererseits wurden die Genossenschaften oft politisch instrumentalisiert, der Beitritt war nicht freiwillig, Genossenschaften erhielten eine Monopolstellung, die genossenschaftliche Kontrolle von der Basis funktionierte nur sehr eingeschränkt. Es kam zu weit verbreiteter Korruption und Missmanagement. Nach der Liberalisierung der Agrarmärkte brachen viele Genossenschaften zusammen,

teilweise, weil sie nicht mehr unterstützt wurden und sich Alternativen auftaten, teilweise aber auch, weil das Vertrauen von Kleinbauern in Genossenschaften erheblich gelitten hat. Dies ist einer der Gründe, warum es Kleinbauern heute oft vorziehen, sich nicht bestehenden Genossenschaften anzuschließen, sondern sich in anderen Rechtsformen zu organisieren, die weniger bzw. anders reguliert sind, selbst wenn sie dadurch Nachteile wie schlechteren Zugang zu Kredit oder höhere Steuern in Kauf nehmen müssen.

2. Das **Verhältnis vieler Partnerregierungen zu BO** ist ambivalent, oft entsprechend ihrer Einstellung zu Herrschaftsformen, Partizipation und Verteilung ökonomischer Gewinne. Der Vorteil kleinerer BO wird wahrscheinlich überall anerkannt. Große BO jedoch können erhebliche wirtschaftliche und auch politische Macht erlangen, wie die Baumwollbauern in Westafrika eindrucksvoll belegen. Dies ist nicht überall willkommen, der Aufbau größerer Dachverbände wird dann nur zögerlich gefördert bzw. behindert oder es werden Versuche unternommen, die BO zu instrumentalisieren. Die Förderung von BO hat daher oft einen immanent politischen Charakter und ist nicht überall leicht zu implementieren.
3. BO lassen sich mit verschiedenen **Instrumenten** fördern: Im Rahmen von klassischen Wertschöpfungskettenansätzen, beim Aufbau von Wirtschaftsverbänden, bei der Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen und der Partizipation des Privatsektors in die Wirtschafts- und Agrarpolitik (makroökonomische Governance), sowie in Dezentralisierungsprogrammen als wichtige privatwirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Gruppe, die es aufzubauen und einzubinden gilt in dezentrale Entscheidungsprozesse, die Kleinbauern betreffen. Längerfristig ist es sinnvoll, auf die klare Trennung von wirtschaftlich und politisch orientierten Funktionen bei BO hinzuwirken.

## **AWZ-Anhörung: Förderung ländlicher Entwicklung (15.10.2008) Beitrag von Theo Rauch**

---

### **Kontext**

Nach Jahrzehnten niedriger, für die Erzeuger meist unattraktiver Agrarpreise stiegen diese seit 2005 deutlich an. Dies betrifft insbesondere die Preise für Grundnahrungsmittel. Da die Einflussfaktoren auch struktureller Art sind (Nachfrage der neuen Mittelschichten in den Schwellenländern, Agrotreibstoffe, Erdölpreis), gehen alle Prognosen davon aus, dass das Preisniveau auch langfristig deutlich über dem der vergangenen Jahrzehnte bleiben wird (wenngleich nicht auf dem spekulativ und durch kurzfristige Einflüsse überhöhten Niveau von 2008). Landwirtschaft wird wieder attraktiv, für das Agrobusiness, aber auch für Kleinbauern/bäuerinnen. Wo steigende Nachfrage auf begrenzte natürliche Ressourcen trifft entsteht Druck, aber auch Anreiz zu Intensivierung. In vielen Entwicklungsländern (Subsahara-Afrika, Südamerika, Zentralasien) gibt es Intensivierungsspielräume, gerade auch für Kleinbauern. Doch werden diese, wie auch die Förderinstitutionen (inkl. EZ) durch den Boom „auf dem falschen Fuß erwischt“:

- Viele Landbewohner haben der Landwirtschaft und dem ländlichen Raum frustriert den Rücken gekehrt; oft blieben nur die Frauen auf den Feldern zurück.
- Die Agrardienste und die Ausbildungsinstitutionen für Agrarfachleute haben nach 1990 ihre Kapazitäten abgebaut.
- Der Anteil der ODA für den Agrarsektor sank seit zwei Jahrzehnten stetig auf nun 5 %. In Subsahara-Afrika gibt es nur noch 7 Länder mit einem BMZ-Schwerpunkt LE oder Agrarwirtschaftsförderung.

### **Probleme / Risiken, resultierend aus dem Agrarboom:**

Wo Kleinbauern/bäuerinnen die Intensivierungsspielräume nicht flexibel nutzen können, drohen deren Verdrängung durch Großfarmen, Raubbau an natürlichen Ressourcen und / oder eine andauernde Unterversorgung der Märkte verbunden mit hohen Nahrungsmittelpreisen.

### **Ziele der Förderung ländlicher Entwicklung unter dem Vorzeichen des Agrarbooms:**

1. Erhaltung / Verbesserung von Existenzgrundlagen in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft (Armutsminderung).
2. Erhaltung der natürlichen Ressourcen in ländlichen Regionen (Nachhaltigkeit).
3. Versorgung der nicht-landwirtschaftlichen Bevölkerung (insbesondere der städtischen Armen) mit Nahrungsmitteln zu erschwinglichen Preisen (Ernährungssicherung).

Diese Ziele lassen sich nur durch eine Unterstützung der Intensivierung der kleinbäuerlichen Produktion miteinander vereinbaren.

### **Potenziale für die Zielerreichung**

- Intensivierungsspielräume sind vorhanden (regional unterschiedlich).
- Wissen über standortgerechte Intensivierungsmethoden ist meist verfügbar. Es wurde in der Vergangenheit mit Hilfe von EZ entwickelt, kam aber mangels Nachfrage nach Agrargütern nicht auf breiter Basis zum Einsatz.
- Kleinbäuerliche Produktion ist in EL bei vielen Agrargütern gegenüber großbetrieblicher Erzeugung überlegen (höhere Effizienz, bessere Anreize im Vergleich zu Landarbeitern).
- Agrobusiness verfügt bei marktfähigen Produkten über Vermarktungs- und Service-Kapazitäten und Interesse am Aufkauf kleinbäuerlicher Überschüsse.

### **Ausgewählte Strategieelemente einer neuen kontextgerechten „Grünen Revolution“**

1. Die Förderstrategie muss **kontextspezifisch** (standort-, zielgruppenspezifisch) sein. Weltweite Standardlösungen funktionieren nicht.

2. Die Intensivierung sollte möglichst auf **optimiertem Einsatz von lokalen Produktionsmitteln** basieren, da externe Inputs tendenziell teurer werden, ein gut funktionierendes System von Agro-Services (inkl. Kredite) voraussetzen (das meist fehlt) und da Kapital für Kleinbauern/bäuerinnen einen Engpassfaktor darstellt.
3. Die Intensivierung sollte **Nahrungs- und Verkaufsfrüchte gleichermaßen** berücksichtigen, weil diese einander oft gut ergänzen (Mischkulturen), weil Verkaufsfrüchte oft einen geringeren Flächenanspruch haben und leichter vermarktbar sind (Obst, Gemüse, Leguminosen).
4. **Reduzierung der Risikoanfälligkeit** – vor allem hinsichtlich steigender Niederschlagsvariabilität (Klimawandel)– muss Teil der Intensivierungsstrategien sein. Hierzu dienen wasserspeichernde Techniken.
5. **Vertragsproduktion** zwischen Agrobusiness und Kleinbauern sollte gefördert werden, um den Zugang zu Märkten und nötigen Inputs zu verbessern. Hier kommt es darauf an, i. R. von PPP Kleinbauern durch deren Organisation zu verlässlichen und starken Marktpartnern zu machen und faire Handelsbeziehungen (Mindeststandards, CSR) zu ermöglichen.

## Instrumente

**Mikrokredite:** Diese reduzieren Armut, indem sie Finanzmittel für kleinere Investitionen und in Notfällen bereitstellen und so der Verschuldung entgegenwirken. Sie eignen sich für einmalige, nicht saisongebundene Investitionen (z.B. Baumkulturen, Stallbau, Werkzeug), nicht aber für saisonale Kredite für den Ackerbau (z.B. Dünger), wo alle Bauern gleichzeitig Kredite benötigen und deshalb große Summen und Kapazitäten erforderlich sind. Da solche saisonalen Kreditsysteme in Regionen mit schwachen Institutionen schwer zu etablieren sind, sollte – sofern nicht Kredite i.R. von Vertragsanbau bereitgestellt werden – die Abhängigkeit von saisonalen Inputs / Krediten minimiert werden.

**Land- und Eigentumsrechte:** Langfristig gesicherte Nutzungsmöglichkeiten sind Voraussetzung für Intensivierung der Nutzung. Andererseits kann die Möglichkeit Land zu kaufen bzw. verkaufen bei einem Kampf um Zugang zu knappen Landressourcen und bei Verschuldung von Kleinbauern zu deren Verdrängung und damit zur Vergrößerung der Zahl der Landlosen führen. Zu unterstützen sind deshalb in kleinbäuerlichen Systemen kontextspezifische Bodenrechtsreformen, die langfristige Nutzungsrechte sichern, ohne den Handel mit Land zu stimulieren.

**Agrargenossenschaften:** Kleinbauernvereinigungen sind Voraussetzung für einen Marktzugang zu fairen Bedingungen und für ein Überleben als Kleinbauern im Kampf um sich verknappende Ressourcen. Genossenschaften sind aber für die Masse der ärmeren Kleinbauern eine unnötig aufwändige Organisationsform und haben sich meist nicht bewährt. I. d. R. genügen informelle Vermarktungsgruppen, um Marktzugang zu günstigen Bedingungen zu erlangen. Die Förderung fairer Vertragsproduktionsverhältnisse dürfte meist einfacher und günstiger sein als der Aufbau funktionierender und inklusiver Genossenschaften. Darüberhinaus bedarf es politischer Interessenvertretungsverbände.

**Grüne Gentechnik:** Unabhängig von den damit verbundenen ökologischen Risiken (deren fachliche Bewertung nicht in meiner Kompetenz liegt) impliziert Gentechnik die Abhängigkeit von gut funktionierenden Agrardiensten. In ländlichen Regionen mit schwachen Institutionen ist eine – für Bauern lebensentscheidende – rechtzeitige alljährliche Versorgung mit Saatgut nur schwer zu gewährleisten.

**Andere Agrarforschungsansätze:** Kontextspezifische Intensivierungsstrategien erfordern kontextbezogene dezentrale Agrarforschung. Da privatwirtschaftliche Agrarforschung meist produktspezifisch ist und nicht auf nachhaltige Landnutzungssysteme ausgerichtet, bedarf es öffentlich geförderter Agrarforschung. Hierzu gibt es bewährte, partizipative und an den bäuerlichen *Livelihood*-Systemen ausgerichtete Forschungsansätze (*on-farm research*, *adaptive research*), die mangels Finanzierung wieder eingestellt wurden. Ein *Fonds für nachhaltige Landnutzung* sollte eingerichtet werden. Aus diesem sollten sowohl dezentrale Forschungskapazitäten als auch Maßnahmen zur Verbreitung von vorhandenem Wissen über nachhaltige Landnutzungspraktiken (z.B. durch NGOs) finanziert werden. Viele erprobte Praktiken der letzten Jahrzehnte blieben ungeutzt, da die Preise unattraktiv waren.

**Stellungnahme von „Brot für die Welt“, Evangelischer Entwicklungsdienst und Misereor zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (15. Oktober 2008)**

***Instrumente zur Förderung der ländlichen Entwicklung:  
Bessere Erfolgsaussichten bei der Hunger- und Armutsbekämpfung durch  
Optimierung spezifischer Themenfelder der landwirtschaftlichen Entwicklung***

Mit der Ernährungskrise, die wir in diesem Jahr erlebt haben, ist der Hunger wieder ganz nach oben auf der Entwicklungsagenda gerückt. Neben dem Hunger in den Städten muss vor allem auch der Hunger im ländlichen Raum, wo 80 Prozent der Hungernden leben, bekämpft werden. Die ländliche Entwicklung ist so zu stärken, dass regional mehr Nahrungsmittel zur Verfügung stehen und damit die Abhängigkeit der Versorgung der Bevölkerung vom Weltmarkt, wo nur möglich reduziert, wird.

Die Faktoren, die zu dieser Ernährungskrise geführt haben, wurden vielfach beschrieben. Darunter auch als ein wichtiger Faktor, dass die ländliche Entwicklung in den letzten zwei Dekaden sträflich vernachlässigt wurde; sowohl von der EZ wie von den Agrarpolitiken der jeweiligen Regierungen.

All dies ist uns allen mittlerweile bekannt. Fragt sich also, welche Maßnahmen und Instrumente nun geeignet sind, dem Hunger entgegen zu wirken und die ländliche Entwicklung zu fördern. „Brot für die Welt“, der Evangelische Entwicklungsdienst EED und Misereor begrüßen daher, dass der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit sich mit der ländlichen Entwicklung in den Entwicklungsländern befasst. Mit dieser Stellungnahme wollen die drei kirchlichen Hilfswerke darstellen, was aus ihrer Sicht entscheidend für eine bessere Hungerbekämpfung und eine verbesserte ländliche Entwicklung ist.

Eins vorweg: Mit einem alleinigen „Mehr“ der bisherigen Aktivitäten für den ländlichen Raum ist es nicht getan. Die Instrumente für die ländliche Entwicklung müssen auch qualitativ verbessert werden. Aus unserer Sicht bedarf es eines grundsätzlichen Perspektivenwechsel, damit diese Instrumente greifen können.

1. Für uns kirchliche Hilfswerke braucht es in der Hungerbekämpfung eine deutliche „Option für die Armen“. D.h. die Hungernden, die von Ackerbau und Viehhaltung, vom Fischfang und von der Nutzung der natürlichen Ressourcen leben, sollten Zugang zu diesen lebenswichtigen Ressourcen bekommen. Hierbei ist auch besonders die Gruppe der Landlosen zu berücksichtigen. Um den Hunger effektiv zu reduzieren, sind daher die politischen Maßnahmen an den Bedürfnissen der besonders armen, verwundbaren Bevölkerungsgruppen ohne Selbsthilfepotenzial auszurichten, um z.B. ihre Zugangsprobleme zu Nahrung zu lösen. Dies erfordert einen menschenrechtsbasierten Ansatz- auf nationaler und globaler Ebene, wie er in den Freiwilligen Leitlinien für das Recht auf Nahrung verankert ist. Dazu haben sich mehr als 150 Staaten verpflichtet. Sie müssen daher sicherstellen, dass die eigene Politik den Zugang zu Nahrung garantiert und Dritte das Recht auf Nahrung nicht verletzen. Daher müssen sich die Regierungen daran messen lassen, was sie tatsächlich zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung leisten.

Das Menschenrecht auf Nahrung sollte der normative Handlungsrahmen für die politischen Maßnahmen zur Bekämpfung des Hungers sein. Dadurch werden sie zielgerichteter und problemorientierter. Dabei kann der menschenrechtsbasierte Ansatz sicherstellen, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Förderung der ländlichen Räume in den Entwicklungsländern tatsächlich auch den besonders verletzlichen Gruppen und Menschen zugute kommen.

2. Die kleinbäuerliche Familienlandwirtschaft sichert schon jetzt die Produktion des überwiegenden Teils der Nahrungsmittel. Sie muss in erster Linie in die Lage versetzt werden, den Hunger nachhaltig zu bekämpfen. Leitlinie für die Ausgestaltung der Produktionsbedingungen der Landwirtschaft im Süden sollte die standortgerechte und nachhaltige Landwirtschaft sein, wie sie im Bericht des Weltagrarrats vorgeschlagen wird. Bei der notwendigen Produktionssteigerung müssen ökologische und soziale Belange berücksichtigt werden. Die industrielle Landwirtschaft mit hohem Energie- und Chemikalieneinsatz, mit kurzfristiger Produktivitätsmaximierung durch Anbau in Monokulturen kann weder eine ökologisch nachhaltige Produktion noch eine flächendeckende Verteilung der Nahrungsmittel gewährleisten.

Lösungsansätze für die Nahrungsmittelknappheit liegen dabei in der Einbeziehung indigenen und lokalen Wissens, der Stärkung von Frauen, die hauptsächlich in der Landwirtschaft arbeiten, sowie in einer stärkeren Fokussierung auf kleinbäuerliche Anbaumethoden. Dieser Ansatz des Weltagrarrats deckt sich weitgehend mit den Erfahrungen der Projektpartner der drei Hilfswerke, vorrangig mit marginalisierten und den verletzlichsten Armutgruppen zusammenzuarbeiten sowie Markt- und

Handelsbedingungen aufzubauen, die Armutgruppen nicht noch weiter an den Rand drängen und einen Schutz für den Anbau der wichtigsten Grundnahrungsmittel zur Ernährungssicherung bieten.

Das bedeutet aber auch, auf den Einsatz von Gensaatgut zu verzichten und Produktionssteigerungen allein mit den konventionellen und bewährten Methoden der Pflanzenzüchtung durchzuführen (siehe Statement zur grünen Gentechnik weiter unten). Wir sehen in der grünen Gentechnik kein geeignetes Mittel, den Hunger zu bekämpfen. Deshalb sollte auch die Agrarforschung entsprechend stärker auf das traditionelle bäuerliche Wissen ausgerichtet und die Forschung in Richtung regionaler Sorten diversifiziert werden. Gerade angesichts der zu erwartenden Folgen des Klimawandels für die Ärmsten der Armen sollten die knappen Mittel auf diese Bereiche konzentriert werden, um die Adaptionsmöglichkeiten dieser Bevölkerungsgruppen zu verbessern.

3. Die drei Hilfswerke lehnen eine weitere Liberalisierung des Agrarhandels ab. Sie trägt nicht zur Lösung der Hungerproblematik und der ländlichen Entwicklung bei, wenn nicht gleichzeitig wirksame Mechanismen zum Schutz der Nahrungsmittelproduktion und -verarbeitung in Entwicklungsländern in Handelsabkommen verankert werden.

Wir tragen aber auch die Hoffnung, dass angesichts der Ernährungskrise die Einsicht für eine kohärentere Handels-, Agrar- und Entwicklungspolitik wächst. Dazu müssen die EU-Exportsubventionen für Agrarprodukte sofort beendet und alle anderen handelsverzerrenden Subventionen auf den Prüfstand gestellt werden. Daher markiert die neue Nahrungsmittelknappheit auch die Notwendigkeit einer Wende in der europäischen Agrarpolitik. Die hohen Subventionen für die EU-Landwirtschaft stehen nach wie vor im Widerspruch zu dem geringen finanziellen Engagement für die Sicherung der Welternährung. Die Preissteigerungen entlasten den EU-Haushalt, da die Preisstützung geringer ausfällt als im EU-Haushalt vorgesehen. Die Ersparnisse müssen für die Wiederbelebung der Landwirtschaft in den Regionen des Hungers umgewidmet werden. Die drei Hilfswerke begrüßen daher den Vorschlag, frei werdende Mittel aus dem EU-Agrarhaushalt für die Förderung kleinbäuerlicher Landwirtschaft in den Entwicklungsländern einzusetzen. In Zeiten von Knappheit müssen Aspekte der Ernährungssicherung im Vordergrund des politischen Handelns stehen.

4. Die ländliche Entwicklung wird aber auch immer wieder von Naturereignissen und Katastrophen getroffen, welche die Bemühungen einer langfristigen Entwicklungszusammenarbeit erschweren. Deshalb sollte eine kurzfristige wirksame

Aufstockung in der Not- und Übergangshilfe langfristig abgelöst werden von einer strukturellen Neugestaltung im Sinne einer globalen Ernährungssicherungspolitik. Dazu gehört als Kernelement eine kohärente Politik der in Rom basierten Fachorganisationen wie der Welternährungsorganisation (FAO), des Welternährungsprogramms (WEP) und des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD). Die Bundesregierung sollte dafür Sorge tragen, dass diese Fachorganisationen der Vereinten Nationen hauptverantwortlich sind für die Politik und Maßnahmen der Ernährungssicherung. Dabei sollten die Organisationen ein klares Mandat bekommen, welche Aufgaben ihnen im Einzelnen zufällt. Deshalb sehen wir auch in den Vereinten Nationen den zentralen Akteur in der Koordinierung und Durchführung der Maßnahmen. Die Arbeit der kürzlich einberufenen „High Level Task Force on the Global Food Crisis“ sollte langfristig in die Arbeit der in Rom basierten Fachorganisationen übergehen.

Für die Reform der Nahrungsmittelhilfekonvention (Food Aid Convention) und der Neuausrichtung des Welternährungsprogramms bedeutet dies neben den Bemühungen um eine Differenzierung der Hilfsinstrumentarien eine Steigerung der Effizienz sowie die Einbettung der Nahrungsmittelhilfe in eine langfristige Ernährungssicherungspolitik. Weiterhin sollte auf eine Beibehaltung der Mindestverpflichtungen gedrängt werden.

### **Mikrofinanzen**

Die große Bedeutung von Kleinkrediten zur ländlichen Entwicklung ist unbestritten. Allerdings sind Mikrokredite weder ein Allheilmittel noch sind sie isoliert eingesetzt allein ausreichend. Besonders erfolgreich sind sie dort, wo sie in Verbindung mit anderen Finanzdienstleistungen angeboten werden. Während das Konzept der Mikrokredite nur Kleinstdarlehen vergibt und vielfach noch nicht einmal mit einer Sparkomponente versehen ist, geht ein Mikrofinanzsystem darüber hinaus und umfasst auch Spar-, Versicherungs- und Geldtransferleistungen, die den wirklich Ärmsten der Armen sonst verschlossen bleiben.

Natürlich bedarf das Mikrofinanzwesen weiterer Förderung, auch der Unterstützung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Bislang haben nur ca. 1 Mrd. Menschen auf der Welt Zugang zu irgendeiner Form von finanzieller Dienstleistung, während ungefähr 3 Mrd. armer Menschen in Entwicklungsländern der Zugang fehlt. Es sind insbesondere die Menschen im ländlichen Raum, die hier benachteiligt sind.

Staatliche Regulierungen sind notwendig, damit das Mikrofinanzwesen, das durchaus über

Privatunternehmen oder zivilgesellschaftlich organisiert sein kann, faire, zuverlässige effiziente und flächendeckende Finanzsysteme gewährleistet. Dabei entfalten Mikrofinanzsysteme die höchste Wirkung durch begleitende Beratung, Fort- und Bewusstseinsbildung. Hier sollte eine Kooperation mit den Akteuren der Zivilgesellschaft angestrebt werden.

Die staatliche Entwicklungszusammenarbeit kann in allen diesen Bereichen wichtige Regierungsberatung leisten und sich an der Finanzierung von entsprechenden Programmen und deren zivilgesellschaftlichen Begleitung bzw. Überwachung beteiligen.

Darüber ist es wichtig, Mikrofinanzsysteme für besonders verwundbare Menschen zu etablieren, die der Risiko-Situation dieser Menschen gerecht werden. Die Konzepte der Mikrofinanzierung könnten in diesem Zusammenhang mit Konzepten der sozialen Grundsicherung kombiniert werden. Hier könnten NGOs und die Entwicklungszusammenarbeit der Bundesregierung zusammenarbeiten.

### **Agrargenossenschaften**

Agrargenossenschaften spielen für die kleinbäuerliche Landwirtschaft eine wesentliche Rolle, denn sie haben das Potential, die sozio-ökonomischen Bedingungen im ländlichen Raum für die kleinbäuerlichen Familienbetriebe nachhaltig und positiv zu verändern.

Die genossenschaftliche Idee und deren unternehmerische Umsetzung fand in vielen Ländern Verbreitung und gewinnt - durch die Globalisierung und die fortschreitende Marktdurchdringung in allen Bereichen – weltweit weiter an Gewicht. In den vergangenen Jahren ist in vielen Ländern ein starkes Wachstum von Agrargenossenschaften sowohl hinsichtlich ihrer Anzahl als auch ihrer Mitglieder zu verzeichnen. Allein in Indien gehen die Mitgliederzahlen in die Millionen, mit hohen Anteilen an Kleinbauern, Frauen und auch Landlosen.

Erfahrungen mit Agrargenossenschaften im Hinblick auf ihre armutsmindernde Wirkung sind je nach Land und Region und der jeweiligen politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sehr unterschiedlich. In Osteuropa, Asien und Lateinamerika sind landwirtschaftliche Kooperativen seit jeher bedeutsam und erfolgreich. In Afrika hingegen brachen u.a. aufgrund von schlechtem Management und interner

Korruption die meist staatlichen oder halbstaatlichen Genossenschaften zusammen. Hier organisierten sich in den letzten zwei Dekaden viele Kleinbauern und Tierhalter in Bauernorganisationen an der Basis. Diese Organisationsformen haben sich heute in vielen Ländern etabliert und agieren nach dem Prinzip von Genossenschaften und sind mit diesen durchaus zu vergleichen.

Agrargenossenschaften sind in vielen Entwicklungs- und Transformationsländern die einzige Chance für Kleinbauern-Organisationen zur Existenzgründung, Einkommensentstehung und Marktzugang. Sie haben eine hohe Bedeutung für die kleinbäuerliche landwirtschaftliche Produktion und verhindern vor allem bei funktionierenden Infrastrukturen die Verarmung kleinbäuerlicher Familien.. Agrargenossenschaften schaffen Arbeitsplätze, insbesondere bei arbeitsintensiven Wertschöpfungsprozessen. Durch Agrargenossenschaften können Preisvorteile beim gemeinsamen Einkauf gleicher Waren in großen Mengen erzielt werden. Sie haben zunehmend Bedeutung als *"service provider"* im ländlichen Raum, aus dem sich der Staat in vielen Ländern immer mehr zurück gezogen hat; hierzu zählen Transport & Kommunikation, Marktinformation, Weiterbildung, Handel.

Aber aus den bisherigen sehr unterschiedlichen regionalen Erfahrungen lässt sich schließen, dass Agrargenossenschaften nur dann funktionieren, wenn im Sinne des Genossenschaftsgedankens der Fokus auf die unabhängige und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung der Genossenschaften gelegt wird – und nicht auf eine allgemeine Wohlfahrtswirkung innerhalb ihrer jeweiligen Umgebung. Eine Konsequenz sollte sein, dass Kooperativen als eine spezielle Form des Privatsektors akzeptiert werden. Darüber hinaus haben sie jedoch auch das Potenzial, soziale Dienstleistungen im ländlichen Raum für benachteiligte Zielgruppen dauerhaft zu gewährleisten, und damit nachhaltig – weil eigenfinanziert - armutsmindernd zu wirken. Regierungen und Geber sollten davon absehen, Kooperativen für ihre speziellen Entwicklungsansätze zu instrumentalisieren, sondern sollten sich auf die finanzielle und fachliche Förderung so wie die Schaffung förderlicher Rahmenbedingungen beschränken, wie die Weiterbildung und fachliche berufliche Qualifizierung; Kredite; und der Beeinflussung rechtlicher und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen.

## Land- und Eigentumsrechte

Land- und Eigentumsrechte sind eng verknüpft mit Fragen der Landnutzung. Doch häufig gibt es traditionelle Bodennutzungskonzepte, die nicht kompatibel sind mit Eigentumskonzepten. Deshalb ist es notwendig, bei Land- und Eigentumsfragen einen Prozess zu etablieren, der die Bevölkerung und die lokale Administration beteiligt. Dadurch kann eine größtmögliche Zufriedenheit auf beiden Seiten erreicht werden, viele Konflikte können entschärft werden. In diesem Prozess sind die Lobbykapazitäten der Kleinbauern und ihrer Organisationen zu entwickeln und zu stärken. Durch die Bereitstellung von Rechtsbeistand und die Einbindung in regional und international agierende Netzwerke sollten die Landnutzer im ländlichen Raum rechtlich gestärkt und dabei unterstützt werden, ihre Rechte durchzusetzen.

Neben den bei Landrechtreformen meist im Fokus stehenden Ackerbauern sind auch andere Land- und Ressourcennutzer wie nomadische Viehhalter, Holzsammler, Jäger etc. zu berücksichtigen, die traditionell oft dasselbe Land wie Ackerbauern nutzen, bei der Formalisierung von Landrechten jedoch häufig diese traditionellen Rechte verlieren, wodurch neue Konflikte entstehen.

Als Alternative zur individuellen Titelvergabe sollte die Sicherung gemeinschaftlichen Landbesitzes in Betracht gezogen werden, der in vielen Fällen den lokalen Strukturen entspricht, gleichzeitig aber die Bewirtschaftung auf Familienebene ermöglicht. Die Sicherung von Gemeinschaftsland kann, wie derzeit in Angola, einen Schutz gegen die Landnahme durch nationale Eliten oder transnationale Firmen darstellen, wenn ein gewisses Maß an Rechtsstaatlichkeit gegeben ist.

Um Armut, Unterdrückung und Rechtsunsicherheit bei den verwundbarsten Bevölkerungsgruppen wirkungsvoll bekämpfen zu können, ist die Lösung der Zugangsprobleme zu den produktiven Ressourcen zu klären. Dies erfordert einen menschenrechtsbasierten Ansatz- auf nationaler und globaler Ebene, wie er in den „Freiwilligen Leitlinien für das Recht auf Nahrung“ verankert ist. Diese Freiwilligen Leitlinien sollten der deutschen Entwicklungspolitik – und Zusammenarbeit als Indikatoren für ihr Monitoring und zur Politikdefinierung dienen.

## ***Chancen und Risiken der grünen Gentechnik und anderer Agrarforschungsansätze***

Wir sehen in der Gentechnik kein geeignetes Mittel, den Hunger zu bekämpfen. Bei der Gentechnik setzt die Produktentwicklung der Unternehmen eher auf Agro -Rohstoffe für den „Non- Food – Bereich“, wie Soja, Baumwolle, Mais und Raps. Diese Kulturen sind zu 80 % für den Export bestimmt und dienen nicht der Ernährungssicherung. Sie werden vorwiegend als Futtermittel, zur Erzeugung von Agrotreibstoffen oder für die Textilindustrie verwendet. Angebaut werden sie vor allem in mittleren bis Großbetrieben, lediglich gentechnisch veränderte Baumwolle wird in nennenswertem Umfang von kleinbäuerlichen Betrieben angebaut.

Abgesehen davon, dass die Agrarforschung im Bereich der grünen Gentechnik sich bisher kaum den Produkten zugewandt hat, die für die Ernährungssicherung armer Bevölkerungsgruppen relevant sind, erwachsen aber auch aus dem Einsatz von grüner Gentechnik speziell in den Entwicklungsländern Gefahren. Insbesondere fördert der Einsatz der grünen Gentechnik die Erosion der biologischen Vielfalt, da sie für Anbau in Monokulturen mit hohem Einsatz von Betriebsmitteln entwickelt wird. Durch den geplanten Anbau gentechnisch veränderter Sorten in den Herkunftszentren unserer Nutzpflanzen droht die Kontamination der Vielfaltszentren und der genetischen Ressourcen der wichtigsten zentralen Grundnahrungsmittel.

Ebenso ist die Kontamination konventioneller Ernten in Entwicklungsländern nicht zu verhindern. Vor allem die ärmeren Entwicklungsländern haben häufig keine eigenen Laborkapazitäten, um das Vorhandensein von gentechnisch veränderten Bestandteilen in Lebens-, Futtermittel oder Saatgut festzustellen und zu untersuchen. Eine Überwachung oder Bewertung von kontaminierten Saatgut ist damit aufwendig und langwierig. Hinzu kommt, dass gerade Kleinbauern nicht zwischen Lebensmittel und Saatgut trennen. In Notzeiten wird das Saatgut für die nächste Anbauperiode verzehrt. Nahrungsmittelhilfe mit GVO-Mais aus den USA wird auch entgegen den eigenen Verwendungszweck ausgesät. Der Import von gentechnisch verändertem Lebensmittelmals aus den USA war die Ursache für die Kontamination traditioneller Maissorten in abgelegenen Regionen Mexikos.

Darüber hinaus kann durch die Verwendung gentechnisch verwendeter Pflanzen ein zusätzliches Verschuldungsrisiko für kleinbäuerliche Betriebe entstehen, weil durch den

Patentschutz hohe Saatgutkosten entstehen. So liegen die Kosten für das Saatgut um ein Vielfaches über denen von konventionellem Saatgut. In Burkina Faso zum Beispiel soll das Saatgut für Bt-Baumwolle mindestens das zwölfwache vom bisherigen Preis kosten. In Indien wurde der Anbau von Bt-Baumwolle 2002 freigegeben. Allerdings konnten auch in Indien Kleinbauern mit der neuen Baumwolle keine besseren Erträge erzielen. Im Gegenteil, ihr Einkommen sank. Zum einen weil gegen andere Schädlinge nach wie Pflanzenschutzbehandlungen notwendig waren und zum anderen weil die Kosten für die Lizenzen je Saatgutsack sehr hoch sind. Die hohen Saatgutkosten bei schlechten Weltmarktpreisen für Baumwolle trieben Tausende Kleinbauernfamilien in die Verschuldung.

Daraus ergeben sich für die drei Hilfswerke folgende Forderungen:

- Kein Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen.
- Statt intensiver Werbung für die Einführung von gentechnisch-verändertem Saatgut oder Nahrungsmittelhilfe sollten Regierungen in Entwicklungsländern bei der Kosten-Nutzen-Abwägung unterstützt werden. Die Zivilgesellschaft ist wie im Biosafety-Protokoll vorgeschrieben dabei zu beteiligen.
- Die Obligatorische Kennzeichnung bei Importen wie sie das Biosafetyprotokoll für die Zukunft anstrebt.
- Die Agrarforschung sollte stärker auf die Verbesserung angepasster lokaler Sorten und auf die Diversifizierung der Nahrungsmittelpflanzen ausgerichtet werden. Bäuerliches Wissen hat dabei einen wichtigen Stellenwert.

Deshalb fordern wir, dass es auf keinen Fall eine einseitige Konzentration auf die grüne Gentechnik auf Kosten der Weiterentwicklung alternativer Ansätze im Sinne einer nachhaltigen und standortgerechten Landwirtschaft geben darf. Hier liegen beachtliche Potenziale zur Ertragssteigerung und zur Entwicklung der ländlichen Räume. Sie bieten auch einen Weg aus der Entwicklungs-Sackgasse einer ungebremsten Verstädterung. Für solche Alternativen liegen erprobte und erfolgreiche Erfahrungen vor. Für sie spricht auch, dass sie vergleichsweise schnell umgesetzt werden könnten und im Gegensatz zur Gentechnologie kostengünstiger sind und eine breite Wirkung erzielen.

Zum Schluss möchten wir als kirchliche Hilfswerke Ihnen als Ausschussmitglieder des AWZ noch folgende Punkte ans Herz legen:

1. Auch bei der Wahl der Instrumente sollten auf die Betroffenen gehört werden. Meist haben die Menschen eine klare Vorstellung, was Ihnen fehlt. Kirchliche Nichtregierungsorganisationen haben seit 50 Jahren ein partnerschaftliches Verständnis von Entwicklungszusammenarbeit entwickelt, so dass die Bedürfnisse im Süden artikuliert und entwickelt werden.
2. Die Nahrungsmittelproduktion zur Versorgung der lokalen Bevölkerung sollte immer Vorrang haben vor dem Export von agrarischen Rohstoffen und Südfrüchten für den Norden oder dem Anbau von Energiepflanzen für die Industrieländer.
3. Die zusätzlichen 600 Mio. Euro des BMZ-Etats, die dieses Jahr für die Förderung des ländlichen Raums zur Verfügung stehen, sollten nicht mit der Gieskanne ausgeschüttet werden, sondern entsprechend den Empfehlungen des Weltagrarrats im Sinne der Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft eingesetzt werden.
4. Drängen Sie als Abgeordnete darauf, dass unabhängig überprüft wird, welche Wirkung die Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der ländlichen Entwicklung bisher gehabt hat.

Dr. Bernhard Walter, Brot für die Welt

Wilhelm Thees, Misereor

### **Schlussbemerkung**

Die drei kirchlichen Hilfswerke stimmen ihre Arbeit zur ländlichen Entwicklung sowohl in der Arbeit mit ihren Partnern als auch in der Lobby- und Advocacyarbeit weitgehend ab. Deshalb haben wir anlässlich der Anhörung auch eine gemeinsame Stellungnahme erarbeitet, die die Expertise und Erfahrungen der drei Hilfswerke widerspiegelt. Unsere ausführliche Stellungnahmen zu den vier Schwerpunktthemen der Anhörung wurden von verschiedenen Verfassern aus den drei Hilfswerken erstellt.

## Schwerpunktt Themen der Anhörung

### Mikrokreditwesen

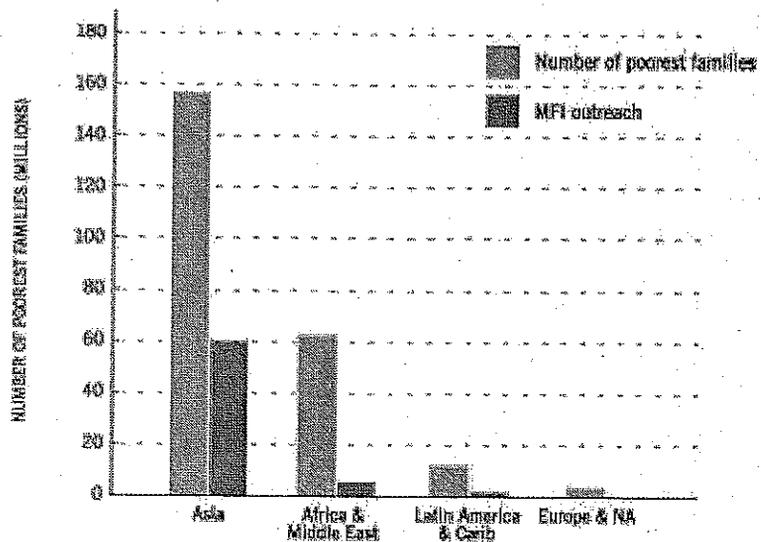
Vorbemerkung: Die große Bedeutung von Kleinkrediten zur ländliche Entwicklung ist unbestritten. Allerdings sind Mikrokredite allein meist nicht ausreichend. Besonders erfolgreich sind sie dort, wo sie in Verbindung mit anderen Finanzdienstleistungen angeboten werden. Während das Konzept der Mikrokredite nur Kleinstdarlehen vergibt und vielfach nicht einmal mit einer Sparkomponente versehen ist, geht ein Mikrofinanzsystem darüber hinaus und umfasst auch Spar-, Versicherungs- und Geldtransferleistungen, die den wirklich Ärmsten der Armen sonst verschlossen bleiben.

***In welchen ländlichen Regionen haben Kleinbauern und Landarbeiter noch nicht ausreichenden Zugang zu Mikrokrediten?***

Nur ca. 1 Mrd. Menschen auf der Welt haben Zugang zu irgendeiner Form von finanzieller Dienstleistung, während ungefähr 3 Mrd. armer Menschen in Entwicklungsländern der Zugang fehlt. Es sind insbesondere die Menschen im ländlichen Raum, die hier benachteiligt sind. Dies bedeutet, dass trotz des weiteren Schubs, dass das Mikrofinanzwesen durch die Verleihung des Friedensnobelpreises an Muhammad Yunus erfuhr, noch ein großes Potential zur Armutsreduzierung im weiteren Ausbau von Mikrofinanzsystemen steckt. Der weitaus größte Bedarf an der Fortentwicklung des Mikrofinanzwesens besteht in Afrika und Lateinamerika. Aber auch in Asien, wo sich in vielen Ländern Mikrofinanzsysteme inzwischen erfolgreich etabliert haben, erreichen diese nur knapp die Hälfte der von Armut betroffenen Bevölkerung (siehe Grafik).

Zu beachten ist, dass zahlreiche bereits existierende ländliche Entwicklungsbanken, heute entweder zahlungsunfähig, verschwunden (v.a. in Afrika) oder privatisiert (Lateinamerika) sind. Oftmals wurden die wenig effizienten Banken in den 1990er Jahren im Zuge der Strukturanpassungsprogramme des IWF gemeinsam mit anderen staatlichen Dienstleistungen für den ländlichen Raum (insb. verbilligtes Saatgut, landwirtschaftliche Beratungsdienste) abgeschafft. Dies stärkte die Rolle von alten und neuen Geldverleihern im ländlichen Raum. Häufig sind dies die Händler von Saatgut, Pflanzenschutzmitteln und Dünger. Sie übernehmen gleichzeitig die Rolle von technischen Beratern. Außerdem agieren sie als Aufkäufer von Ernten, die sie den Bauern zu extrem niedrigen Preisen abnehmen können, weil sie deren Verschuldung als Druckmittel einsetzen. Neben diesen Geldverleihern, die oft keine faire Partnerschaft für Bauern anbieten, fehlen oft funktionierende Mikrofinanzinstitutionen. Dies hat zum Teil fatale Folgen: so nahmen sich in den vergangenen 10 Jahren mehr als 100.000 indische Kleinbauern aufgrund von Überschuldung das Leben.

#### REGIONAL BREAKDOWN OF ACCESS TO MICROFINANCE SERVICES



Quelle: <http://www.microfinanceinfo.com/economies-of-scale/>

#### **Welche Auswirkungen hat das Mikrokreditwesen auf die Ländliche Entwicklung und welchen Beitrag hat es bislang zur Bekämpfung des Hungers und der Armut geleistet?**

Die Erfolge des Mikrokreditwesens in der Armutsreduzierung sind ausführlich dokumentiert und werden mit der Vergabe des Friedensnobelpreises an Mohammad Yunus und dem UN-Jahr zum Mikrokredit besonders gewürdigt. Die Auswertung verschiedener Kleinkreditprogramme belegen:

- Der Zugang zu Krediten ist ebenso wichtig wie der Zugang zu anderen Produktionsmitteln (Land, Wasser, Saatgut). Er ist Teil der notwendigen Infrastruktur eines lebendigen ländlichen Raums.
- Spar- und Kreditprogramme zeigen nur dann einen nachhaltigen Erfolg, wenn die Finanzdienstleistungen in stabile und effiziente Finanzsysteme integriert sind. Diese Finanzdienstleistungen können von staatlichen oder privaten Banken erbracht werden. Viele erfolgreiche Mikrofinanzinstitutionen wurden aber auch von Nichtregierungsorganisationen gegründet (u.a. als Genossenschaftsbanken oder als eigenständige Unternehmen).
- Diese Finanzdienstleistungen müssen von Beratungsprogrammen begleitet werden, die zum einen Kreditnehmer über Grundlagen der Kreditnahme informieren und die Grundlage schaffen, wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Zum anderen sind für viele Mikrofinanzinstitutionen

das Empowerment der Zielgruppe und die Gruppenbildung wichtige Grundlage für die Kreditvergabe. Diese Funktionen werden kompetent von Nichtregierungsorganisationen wahrgenommen.

- Vor allem Kleinkreditprogramme für Frauen sind erfolgreich. Frauen beweisen einen besonders verantwortungsvollen Umgang mit den ihnen anvertrauten Kleinkreditmitteln. Gerade Frauen auf dem Land haben noch immer einen deutlich schlechteren Zugang zu Finanzdienstleistungen.
- Kleinkreditsysteme für die Landwirtschaft benötigt spezielle Konditionen: Laufzeit und Zinssatz müssen an den Anbauzyklus von Agrarerzeugnissen angepasst und das Risiko von Ertragseinbußen und -ausfällen abgesichert sein. Dabei ist genau zu überprüfen, ob das Risiko nicht höher als der potentielle Nutzen ist.
- Mikrofinanz- und Mikrokreditprogramme können ihr Potenzial zur Armutsbekämpfung nur bei förderlichen Rahmenbedingungen entfalten. Viele einkommensschaffende Maßnahmen scheitern an fehlenden Absatzmöglichkeiten. Infrastruktur im Bereich der Vermarktung und Weiterverarbeitung sind für den Absatz landwirtschaftlicher Produkte entscheidend. Die Konkurrenz von Billigprodukten, die aus anderen Ländern importiert werden und lokale Märkte überschwemmen, können zu einer unüberwindbaren Verschuldung von Kleinbauern führen.

Erfolgreiche Kleinkreditprogramme können die Verwundbarkeit von Menschen und Familien deutlich reduzieren. Der wirtschaftliche Erfolg durch den produktiven Einsatz eines Kleinkredits ermöglicht das Ansparen von Reserven, die das Überwinden von Krisenzeiten erleichtern.

Zu bedenken ist allerdings: Spar- und Kreditprogramme erreichen in aller Regel nicht die wirklich Ärmsten der Armen, die keine, auch noch so kleine Sparbeiträge aufbringen können. Menschen, die aufgrund von Krankheit, Behinderung, Alter etc. über kein oder nur geringes Selbsthilfepotential verfügen, können durch Kleinkreditprogramme nicht erreicht werden. Diese Menschen sind dort, wo traditionelle Sicherungssysteme in der Familie nicht mehr greifen, besonders von Hunger bedroht. Neben Mikrofinanzinstitutionen und -instrumenten können Ansätze einer sozialen Grundsicherung einen wichtigen Beitrag leisten, um die Ärmsten der Armen und im informellen Sektor Beschäftigte zu erreichen (vgl. auch die Beschlussfassung im Deutschen Bundestag „Entwicklungs- und Schwellenländer verstärkt beim Aufbau von sozialen Sicherungssystemen zu unterstützen und soziale Sicherung als Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu implementieren“ (Bundestags-Drucksache 16/8484 vom 11.03.08)).

***In welchem Umfang bedarf das Mikrofinanzwesen noch der Unterstützung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit?***

Das Mikrofinanzwesen bedarf der Unterstützung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit:

1. Das Mikrofinanzwesen, das durchaus über Privatunternehmen oder zivilgesellschaftlich organisiert sein kann, bedarf einer staatlichen Regulierung, um faire, zuverlässige, effiziente und flächendeckende Finanzsysteme zu gewährleisten.
2. Mikrofinanzsysteme entfalten die höchste Wirkung durch begleitende Beratung, Fort- und Bewusstseinsbildung. Hier sollte eine Kooperation mit den Akteuren der Zivilgesellschaft angestrebt werden.
3. Darüber hinaus erscheint wichtig, Mikrofinanzsysteme für besonders verwundbare Menschen zu etablieren, die der besonderen Risiko-Situation dieser Menschen gerecht werden. Diese benötigen eine staatliche Absicherung.
4. Die Konzepte der Mikrofinanzierung im Zusammenhang mit der sozialen Grundsicherung sind noch am Anfang. Hier könnten NGOs und die Entwicklungszusammenarbeit der Bundesregierung das Konzept gemeinsam fortentwickeln.

Die staatliche Entwicklungszusammenarbeit kann in allen vier Bereichen wichtige Regierungsberatung leisten und sich an der Finanzierung von entsprechenden Programmen und deren zivilgesellschaftlichen Begleitung bzw. Überwachung beteiligen. Es ist allerdings davor zu warnen, in Mikrokrediten ein Allheilmittel gegen Armut zu sehen. Es ist ein wichtiges Instrument, das nur gemeinsam mit anderen seine volle Wirkung entfalten kann.

## Land- und Eigentumsrechte

Vorbemerkung: Der Zugang zur wichtigsten landwirtschaftlichen Ressource ist extrem ungleich verteilt. Vier Fünftel der Bauernfamilien besitzen nur ca. 6% der weltweiten landwirtschaftlichen Fläche, das heißt die Mehrzahl der Produzenten besitzt weniger als 2 ha Land.

Neben dem Zugang zu landwirtschaftlicher Nutzfläche ist auch der Zugang zu Weideflächen, zu Wald und Fisch- und Jagdgründen von erheblicher Bedeutung für die Sicherung der Familieneinkommen und die Ernährung von Menschen im ländlichen Raum. Zugangs- und Nutzungsrechte sind oft nicht eindeutig geregelt und abgesichert. Traditionelle Rechtssysteme, die über Jahrhunderte Landnutzung regelten, haben heute ihre offizielle Gültigkeit verloren und wurden oft in neuen Regelwerken nicht anerkannt oder nur ungenügend einbezogen.

Die heutige Rechtssprechung orientiert sich an Gesetzen, die sich oft an ihren europäischen Vorbildern: z.B. dem Code Napoleon oder der Landreform der Sowjetunion orientieren. Vielerorts sind diese heutigen Rechtsrahmen der ländlichen Bevölkerung nicht ausreichend bekannt und die Handlungsorientierung vieler Menschen basiert oft noch auf den traditionellen Landvergabemechanismen. Dieses ist Ursache für viele Konflikte um Land.

Gerade die Verteuerung von Lebensmitteln und die Zunahme des Anbaus von Agrarkraftstoffen führen zu einer überproportionalen Landnahme im Bereich Landwirtschaft. Hinzu kommen die Ansprüche der extraktiven Industrien durch Konzerne und Investoren, die sich Produktionsflächen, Ressourcen und Renditeobjekte sichern wollen. Im Süden geraten dadurch traditionelle Landnutzer in Gefahr aus ihren angestammten Räumen verdrängt bzw. vertrieben zu werden. Beispiele dazu liegen aus allen Kontinenten vor.

***Welche Programmansätze im Bereich der Landrechte haben aus Sicht der Sachverständigen Modellcharakter und sollten auf vergleichbare Partnerländer übertragen werden?***

Durch eine Anwendung der „Freiwilligen Leitlinien zur Unterstützung der Verwirklichung des Rechts auf angemessene Nahrung“, im besonderen der Leitlinie 8b zu Land, könnten viele Probleme schon im Vorfeld gelöst werden. Dabei muss der gesicherte Zugang zu Land für alle Nutzergruppen des ländlichen Raumes, Priorität der nationalen Politik in den Partnerländern sein. Bei unseren Projektpartnern, die zu diesem Thema arbeiten, ist der Landrechtsaspekt eng mit der

Frage der standortgerechten Landnutzung verzahnt. Es hat sich als positiv erwiesen, dass durch eine direkte Beteiligung der Bevölkerung an einem partizipativen Prozess zusammen mit der lokalen Administration, eine größtmögliche Zufriedenheit auf beiden Seiten erreicht wird und viele Konflikte vermieden werden. Vor dem Hintergrund der vielen kleinen und großen Konflikte um den Zugang zu Land, den in neuerer Zeit erfolgten Dezentralisierungsprozessen und Landreformen ist es notwendig, hier verstärkt aktiv zu werden.

Dabei sollten folgende Punkte Beachtung finden:

- Der legale Rechtsrahmen, der sich oft an europäischen Rechtsnormen orientiert, entspricht meistens nicht der notwendigen Rechtsicherheit, den die Nutzer im ländlichen Raum erwarten, deren traditionelle Rechtskultur nicht oder nur ungenügend in den neuen Rechtsrahmen eingearbeitet wurde und somit auch oft nicht respektiert wurde.
- Rechtssicherheit, auch wenn sie die traditionellen Rechte der Nutzer im ländlichen Raum integriert, ist nicht ausreichend. Gleichzeitig sind sie durch Maßnahmen zu ergänzen, die die sozio – ökonomische Basis der Nutzer verbessern und den traditionellen Landrechten einen wichtigen Platz in der Politikgestaltung einräumen.
- Durch die Implementierung von Landreformen in verschiedenen afrikanischen Staaten (z.B. der „Reform agraire Fonciere“ in Burkina Faso) wird dem Kauf und Verkauf von Land in urbanen Zonen Priorität gegeben. Hier werden urbane Räume und deren Eliten nicht nur bevorzugt, sondern es erfolgt für sie in vielen Fällen eine einfache nachträgliche Landlegalisierung.
- Die starke Expansion vieler urbaner industrieller Zentren fördert eine Flächenausdehnung ohne Klärung von Rechten und Titeln auf Kosten der Landkommunen. In vielen Fällen wurde festgestellt, dass Politiker und Administration diese illegale Landnahme forcieren und von ihr in nicht unerheblichem Maßstab profitieren. Oft erhalten die traditionellen Landnutzer/Besitzer weder neue Nutzungsflächen noch eine Entschädigung. Hier stehen arme Landgemeinden und arme Bauern reichen urbanen Zentren mit korrupten Politikern und einer interessengeleiteten Administration in einem ungleichen Kampf gegenüber.
- Mehr und mehr wird das Landrecht der ländlichen Bevölkerung auch durch extraktive Industrien bedroht. Hier gibt es wie bei der Landnahme im suburbanen Raum, eine Allianz zwischen korrupten Politikern und Administration mit den Interessen von transnationalen Firmen oder Ländern.

***Welche Rolle spielen die nationalen Regierungen bei der Entwicklung und Ausgestaltung eines Katasterwesens und mit welchen Instrumenten kann auf sie eingewirkt werden, um Reformbemühungen zu unterstützen, die Kleinbauern und Landarbeitern den Zugang zu Land ermöglicht?***

Bei der Klärung der Besitzverhältnisse ist die Einführung eines Katasters nicht immer unproblematisch. Traditionelle Bodenrechtssysteme entsprechen oft nicht Eigentumskonzepten mit katasteramtlich registrierten Eigentumstiteln. Hohe Kosten und komplizierte Verfahren stellen dann auch für arme Bevölkerungsgruppen unüberwindbare Hindernisse dar und begünstigen die Konzentration von Landtiteln in den Händen der Eliten, wie die Praxis in Mali zeigt (Djiré, Moussa 2007). Solche Verfahren müssen vereinfacht werden und die Kosten sind von den Betroffenen zu tragen sein.

Die Festschreibung individueller Landtitel durch die Etablierung von Grundbüchern und Katastern formalisiert den Landbesitz und schließt gleichzeitig diejenigen aus, die aus unterschiedlichen Gründen in diesem Prozess nicht vertreten, nicht ausreichend informiert und einbezogen sind. Aber es gibt auch positive Beispiele der Projektbegleitung. In der Chuquisaca-Provinz in Bolivien wurde ein Katasterprojekt der niederländischen Kooperation durch eine NRO begleitet, die durch Information, Rechtsbeistand und Monitoring des Prozesses missbräuchliche Titelvergaben verhinderte.

Insgesamt gibt es jedoch keine allgemein gültige Lösung, da zu viele spezielle, vom lokalen Kontext beeinflusste Fälle existieren. Jede Situation erfordert dabei eine gesonderte Betrachtung. Es gibt aber Elemente, die in allen Situationen eine grundlegende Rolle spielen sollten:

- Die aktive Beteiligung der Bevölkerung an der Entwicklung angepasster Landnutzungskonzepte und einem von allen anerkannten Rechtsrahmen, mit den zuständigen Stellen der kommunalen / staatlichen Organe, trägt langfristig dazu bei, Konflikte weitgehend zu vermeiden. Für diesen Prozess sind die Lobbykapazitäten der Kleinbauern und ihrer Organisationen zu entwickeln und zu stärken.
- Verstärkt sind lokale unabhängige Netzwerke und Organisationen zu fördern, die durch ihre Arbeit die Benachteiligten unterstützen, Mittlerfunktionen übernehmen und professionelle Hilfe anbieten, wie z.B.- ENDA – Graf in Senegal, FIAN International, die Fundación Tierra in Bolivien oder die Comissão Pastoral da Terra in Brasilien.
- Neben den bei Landrechtreformen meist im Fokus stehenden Ackerbauern sind auch andere Land- und Ressourcennutzer wie nomadische Viehhalter, Holzsammler, Jäger etc. zu

berücksichtigen, die traditionell dasselbe Land wie Ackerbauern nutzen, bei der Formalisierung von Landrechten jedoch häufig diese traditionellen Rechte verlieren, wodurch neue Konflikte entstehen.

- Für die Lösung von Landbesitzkonflikten sollten Strukturen von Landgerichtsbarkeit, traditionelle (Land-)Rechtssysteme oder lokale Foren (wie die westafrikanischen *cadres de concertation*) gestärkt werden, die Konflikte lösen, präventiv wirken und auf traditionellem Recht aufbauen. Durch die Bereitstellung von Rechtsbeistand und die Einbindung in international agierende Netzwerke sollten die Nutzer im ländlichen Raum rechtlich gestärkt und dabei unterstützt werden, ihre Rechte durchzusetzen.
- Als Alternative zur individuellen Titelvergabe sollte die Sicherung gemeinschaftlichen Landbesitzes in Betracht gezogen werden, der in vielen Fällen den lokalen Strukturen entspricht, gleichzeitig aber die Bewirtschaftung auf Familienebene ermöglicht. Die Sicherung von Gemeinschaftsland kann, wie derzeit in Angola, einen Schutz gegen die Landnahme durch nationale Eliten oder transnationale Firmen darstellen, wenn ein gewisses Maß an Rechtsstaatlichkeit gegeben ist.

***Wie beurteilen die Sachverständigen den Ansatz, Land aufzukaufen und dieses auf Kleinbauern und Landarbeiter zu übertragen?***

Grundsätzlich gilt für die drei Hilfswerke die Zielvorstellung, dass diejenigen, die das Land bearbeiten, es auch besitzen sollen. Nur so sind Verantwortungsübernahme und Nachhaltigkeit gewährleistet. Landreformprozesse unterstützen allerdings nur dann Konzepte zur Armutsbekämpfung, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind:

- (1) der Zugang der Betroffenen zu Land und anderen produktiven Ressourcen (insbesondere Wasser, Wälder, Saatgut und Wissen) muss gewährleistet sein,
- (2) die Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit für Individuen wie Gemeinschaften muss garantiert sein und,
- (3) durch ländliche Organisationen kontrolliert werden sowie
- (4) eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen zum Ziel haben und
- (5) in eine kohärente Agrar- und Handelspolitik eingebettet sein.

Zahlreiche Beispiele für Agrarreformen, z.B. in China, Japan, Taiwan, Südkorea und Kuba haben gezeigt, dass es durch die Umverteilung fruchtbaren Ackerlandes an landlose und landarme Familien – bei gleichzeitiger Auflösung der Landoligarchien – zu Armutsminderung und

Wohlbildung kommen konnte. Weniger erfolgreiche Beispiele wie z.B. in Mexiko und Brasilien werden zwar als Argument gegen Landreformen aufgeführt, zeigen aber nur, dass der Erfolg einer solchen Reform von politischem Willen zu gesellschaftlichen Veränderungen abhängig ist. Gelungene Modelle von Landumverteilung unter staatlicher Regie stellen deshalb eher Ausnahmen dar.

Abgesehen von den politischen Rahmenbedingungen (fehlender politischer Wille, Gegenbewegungen) erscheinen folgende Faktoren ursächlich für die Probleme:

- der geringe soziale Status der bäuerlichen Bevölkerung und die vermeintliche oder tatsächliche fehlende Zukunftsfähigkeit bäuerlichen Wirtschaftens;
- fehlende oder mangelnde Nutzungskonzepte und Beratungskapazitäten, die weder an die ökologischen noch den sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen der Begünstigten angepasst sind;
- Konzepte, die Abhängigkeiten von Kredit, von externem Wissen, von teuren Betriebsmitteln schaffen, die Kosten und wirtschaftliche Risiken erhöhen und eigenständige sowie flexible Entwicklung behindern.

Landreformmodelle müssen deshalb

- mit geringen Transaktionskosten für die Begünstigten verbunden sein;
- keine Verschuldung der Begünstigten verursachen;
- Landzugang und Landbesitz mit einem Konzept nachhaltiger Landnutzung verbinden;
- auf bäuerlichem Wissen und auf der Nutzung von vornehmlich lokalen Ressourcen beruhen.

Schon 1975 hatte die Weltbank in ihrem „Land Reform Policy Paper“ die ungleiche Landverteilung als ein Hindernis für wirtschaftliches Wachstum und als eine Ursache von Armut anerkannt. Die von der Weltbank in den 1990er Jahren begonnene Förderung von Modellen marktgestützter Agrarreform wie sie z.B. in Brasilien, Südafrika und Honduras erprobt wurden und werden, konnten nicht zu einer nachhaltigen und gerechten Umverteilung von Land beitragen. Landübertragung findet nach diesem Modell nicht mehr auf dem Wege der staatlichen Enteignung und Entschädigung statt, sondern über freie Grundstücksmärkte. Das zum Kauf angebotene Land kann nicht ohne Kreditaufnahme erworben werden. Dadurch verschulden sich die kleinbäuerlichen Familien, mit der Gefahr, dass sie das Land mangels Zahlungsfähigkeit wieder verlieren. Die wirtschaftlich Schwächsten haben daher kaum Zugang zu den Programmen, und wo der erste Schritt dennoch gelingt, fehlt es in der Folge vor allem an einer langfristigen, begleitenden

Beratung mit land- und betriebswirtschaftlichen Schwerpunkten.

So sollte in Südafrika auf diese Weise bis 2015 30% der landwirtschaftlichen Nutzfläche umverteilt werden. Tatsächlich jedoch wurden bis Februar 2005 nur 3,5 Mio. ha Land über das marktgestützte Programm umverteilt, was etwa vier Prozent des kommerziellen Agrarlandes entspricht (vgl. Hall 2007). Das Land von Großbetrieben wurde im Allgemeinen an Organisationen wie Trusts oder Communal Property Associations übereignet, in denen die Mehrheit der formellen Neueigentümer keinen direkten Vorteil aus der Landverteilung hat und das Land weiterhin nach agroindustriellen Kriterien von einer Minderheit gemanagt wird. Diese Neubetriebe sind nur in wenigen Fällen rentabel, die sozialen Wirkungen der marktgestützten Landreform sind sehr gering, die Beratung der Neubetriebe ist unzureichend und eine kleinbäuerliche Landwirtschaft ist nicht entstanden.

### **Weiterführende Literatur**

- Burkina Faso, Ministère de l'agriculture, de l'hydraulique et des ressources halieutiques 2007: Politique nationale de sécurisation foncière en milieu rural
- Cousins, Ben 2007: Agrarian reform and the 'two economies': transforming South Africa's countryside. In: Ntsebeza, L. & R. Hall (eds) The Land Question in South Africa. The Challenge of Transformation and Redistribution.
- Hall, Ruth 2007: Transforming rural South Africa? Taking stock of land reform. In: Ntsebeza, L. & R. Hall (eds): The Land Question in South Africa. The Challenge of Transformation and Redistribution.
- Beeler, Sabrina 2006: Conflicts between farmers and herders in north-western Mali. IIED Issue paper no. 141
- Djiré, Moussa 2007: Land registration in Mali – No land ownership for farmers? Observations from peri-urban Bamako. IIED Issue paper no. 144
- Gonné, Bernard et Christian Seignobos 2006: Des questions foncières dans le Nord du Cameroun. En : Inter-réseaux Développement rural. Grain de sel no. 36 septembre-novembre 2006
- Ouédraogo, Moussa 2001: Le foncier dans les politiques de développement au Burkina Faso. Enjeux et stratégies. IIED Dossier No. 112
- République du Mali: Ordonnance No. 00-027/P-RM du 22 Mars 2000 Portant Code Foncier et Foncier
- Rosset, Peter; Patel, Raj and Courville, Michael (ed.) 2007: Promised Land. Competing Visions of Agrarian Reform. Food First Books. Oakland, California
- Wehrmann, Babette: Land conflicts: A practical guide to dealing with land disputes. GTZ 2008

## **Agrargenossenschaften**

Vorbemerkung: Agrargenossenschaften spielen für die kleinbäuerliche Landwirtschaft eine wesentliche Rolle, denn sie haben das Potential, die sozio-ökonomischen Bedingungen im ländlichen Raum für die kleinbäuerlichen Familienbetriebe nachhaltig und positiv zu verändern. Die FAO sieht Agrarkooperativen als wichtige Akteure im ländlichen Raum hinsichtlich Ernährungssicherheit und ländlicher Entwicklung und unterstützt deren Förderung (commitment Three, Objective 3.5) (5).

Die genossenschaftliche Idee und deren unternehmerische Umsetzung fand in vielen Ländern Verbreitung und gewinnt weltweit weiter an Gewicht. Diese Entwicklung wird durch die Globalisierung und die fortschreitende Marktdurchdringung in allen Bereichen zusätzlich verstärkt (2). In den vergangenen Jahren ist in vielen Ländern ein starkes Wachstum von Agrargenossenschaften sowohl hinsichtlich ihrer Anzahl als auch ihrer Mitglieder zu verzeichnen. Allein in Indien gehen die Mitgliederzahlen in die Millionen, mit hohen Anteilen an Kleinbauern, Frauen und auch Landlosen (6).

Erfahrungen mit Agrargenossenschaften im Hinblick auf ihre armutsmindernde Wirkung sind je nach Land und Region und den jeweiligen politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sehr unterschiedlich. In Osteuropa, Asien und Lateinamerika sind landwirtschaftliche Kooperativen vergleichsweise bedeutsam und erfolgreich.

Afrika ist als Sonderfall zu betrachten. Nach den Misserfolgen durch schlechtes Management und interne Korruption der meist staatlichen oder halbstaatlichen Genossenschaften und dem Zusammenbrechen vieler Genossenschaften in den 1980er und 1990er Jahren organisierten sich viele Kleinbauern und Tierhalter in Bauernorganisationen an der Basis. Diese Organisationsformen haben sich heute in vielen Ländern etabliert und agieren nach dem Prinzip von Genossenschaften und sind mit diesen durchaus zu vergleichen.

Aus den bisherigen sehr unterschiedlichen regionalen Erfahrungen lässt sich schließen, dass Agrargenossenschaften nur dann funktionieren, wenn im Sinne des Genossenschaftsgedankens der Fokus auf die unabhängige und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung der Genossenschaften gelegt wird – und nicht auf eine allgemeine Wohlfahrtswirkung innerhalb ihrer jeweiligen Umgebung.

**Welche Erfahrungen sind bislang mit Agrargenossenschaften in Entwicklungsländern vor allem in Bezug auf Armutsminderung von Kleinbauern und Preisentwicklung für Agrarprodukte gemacht worden?**

Agrargenossenschaften sind in vielen Entwicklungs- und Transformationsländern die einzige Chance für Kleinbauern-Organisationen zur Existenzgründung, Einkommensentstehung und Marktzugang (1). Sie haben besonders in Asien eine lange Tradition und hohe Bedeutung für die kleinbäuerliche landwirtschaftliche Produktion (4). Agrargenossenschaften schaffen Arbeitsplätze, insbesondere bei arbeitsintensiven Produktionsprozessen. In der Regel erfolgreich sind Kooperativen, die auf Produkte mit hoher Wertschöpfung wie Kaffee, Kakao, Tee, Pyrethrum spezialisiert sind (4). Durch Agrargenossenschaften können Preisvorteile beim gemeinsamen Einkauf gleicher Waren in großen Mengen erzielt werden (1). Sie haben zunehmend Bedeutung als "service provider" im ländlichen Raum, aus dem sich der Staat in vielen Ländern immer mehr zurück gezogen hat; hierzu zählen Transport & Kommunikation, Marktinformation, Weiterbildung, Handel.

Agrargenossenschaften bieten oftmals auch Bankdienstleistungen an, da Kleinbauern aufgrund fehlender Sicherheiten meist nur eine geringe oder keine Kreditwürdigkeit bei konventionellen Banken haben. So treten an deren Stelle oftmals Kreditkooperativen auf. Sie sind dadurch oft in einer Doppelrolle, als Einkaufs-, Produktions- und Verkaufsgenossenschaft einerseits und als Kredit-, Spar, und Darlehensgenossenschaften andererseits. Von besonderer Wichtigkeit ist dabei das Mikrokreditwesen für Mitglieder. In einigen Fällen betreiben Genossenschaften auch direkt lokale Banken.

Die Funktion von Agrargenossenschaften ist wichtig für die demokratische Mitbestimmung, für Partizipation und Empowerment lokaler Produzentengruppen. Gender-Aspekte können besonders Berücksichtigung finden, dies fördert einen oftmals besonders hohen Anteil von Frauen als Mitglieder. Agrargenossenschaften bilden eine legitimierte und organisierte Interessenvertretung der KleinbäuerInnen auf Regierungs-/Verwaltungsebene und gegenüber dem Privatsektor.

Sie können – bei entsprechender Größe - auch regelmäßig große Mengen und hohe Qualitäten liefern und damit die Bedürfnisse von lokalen Supermärkten erfüllen, die auch in den Entwicklungsländern einen ständig zunehmenden Marktanteil haben. Sie besetzen auch zunehmend höherpreisige Marktsegmente wie die Bio- und Fairhandelsmärkte, die gerade in den letzten Jahren enormen Zuwachsraten verzeichnen. Allein 43% im letzten Jahr (FLO e.V. 2008).

**Welche Förderinstrumente oder Hemmnisse seitens der nationalen Regierungen sind in den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu verzeichnen?**

An – regional sehr unterschiedlichen - Förderinstrumente sind u.a. zu nennen:

- Staatliche Kredite.
- Staatliche oder private Kreditförderung z.B. bei Großinvestitionen wie Lagerhallen oder Maschinen.
- Weiterbildung und fachliche berufliche Qualifizierung.
- Staatliche oder privatwirtschaftliche Anbauberatung für Kooperativenmitglieder z.B. im Rahmen von Vertragsanbau (z.B. in Brasilien).
- Aufkaufgarantien für landwirtschaftliche Produkte im Zuge von Ernährungsprogrammen oder Schulspeisungsprogrammen.
- Anbauberatung durch vor Ort tätige Fachleute aus dem Fair Trade- oder Biosektor, finanziert über die jeweiligen Siegelinitiativen (Bioland, Naturland), auch mit staatlicher Unterstützung durch Zwischenfinanzierung, Kredite oder Zuschüsse.
- Finanzierung von Zertifizierungen als Kredit oder Zuschuss.
- Förderansätze mit Schwerpunkt auf wirtschaftlicher Rentabilität von Kooperativen sind erfolgreicher als durch solche, die Kooperativen als Instrument zur Umsetzung von Entwicklungszielen instrumentalisieren

An ungünstigen Rahmenbedingungen und strukturellen Hemmnisse sind zu nennen:

- Strukturanpassungsprogramme, Liberalisierung und Globalisierung haben die Agrarmärkte weitgehend geöffnet und in der Folge zu einer weitgehenden Aufgabe der staatlichen Förderung von Agrarkooperativen geführt (4).
- Spezielle Kreditlinien für kleinbäuerliche Kooperativen sind aufgrund fehlender Sicherheiten selten anzutreffen.
- Besonders in Afrika sind Kreditgenossenschaften nur von geringer Bedeutung. Hier dominieren oftmals noch immer teure Geldverleiher die Kreditvergabe.
- In Afrika haben auch die umfangreichen geberfinanzierten Kapazitätsbildungsprogramme aufgrund der o.g. Rahmenbedingungen nur wenig Wirkung gezeigt. Die meist staatlich oder halbstaatlichen Kooperativen haben sich dort als chronisch anfällig für Korruption und Nepotismus gezeigt. Viele sind zusammengebrochen, nur wenige konnten in die Verwaltung der Bauern übertragen werden. Ein positives Beispiel dafür ist die Übernahme der Kaffeekooperative der Kaffeebauern in Burundi durch die intensive Begleitung von INADES-Formation. Hier wurden die Bauern unter Beachtung ihrer traditionellen Bindungen und ihrer Möglichkeiten von INADES begleitet und beraten und konnten dabei direkt die

Schlüsselpositionen einnehmen, um Misswirtschaft und Korruption zu verhindern

- Staaten oder Geber haben durch starke Einflussnahmen Kooperativen zu oft als Instrument zur Umsetzung ihrer Ziele gesehen, nicht als gewinnorientiertes Gemeinschaftsunternehmen, das zunächst einmal funktionierende Strukturen sowie ausreichende Rücklagen bilden muss. Auf Geberseite kamen fehlende Erfahrung und Verständnis für Genossenschaften hinzu. Es wurde erwartet, dass Kooperativen nicht in erster Linie wirtschaftliche, sondern soziale Ziele erfüllen sollten. Profite sollten eher in soziale Dienste als in Rückzahlungen an ihre Mitglieder oder Re-Investitionen fließen. Unter in der Regel sehr schwierigen Bedingungen sind damit jedoch viele Kooperativen überfordert gewesen.
- Aber auch die Mitglieder erwarteten eine möglichst schnelle Verbesserung ihrer Einkommenssituation und ihrer Lebensverhältnisse. Dadurch war die Kapitalbildung ungenügend, die Rentabilität fehlte. Viele Agrargenossenschaften gingen Bankrott.
- Unzureichende Qualifikation der Leitungen von Agrarkooperativen insbesondere hinsichtlich Buchhaltung, Rechnungswesen, Berichtswesen, betriebswirtschaftlichen Kenntnisse.
- Dominanz von Männern auf Leitungs- und Entscheidungsebene: die Führung von Kooperativen ist oftmals „alt, männlich und vergleichsweise besser gestellt“, dadurch kommen die Interessen von Frauen, Jugendlichen und weniger gut Gestellten tendenziell zu kurz.

Insgesamt ist eine eher kritische Beurteilung von Kooperativen als Mittel zur Armutsbekämpfung im EZ-Kontext angebracht. Erfolgreich sind Kooperativen dann, wenn sie nicht durch die EZ instrumentalisiert werden und sich auf ihre wirtschaftlichen Ziele konzentrieren können.

***Mit welchen Instrumenten der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit lassen sich Agrargenossenschaften in den Partnerländern am besten fördern?***

Eine Konsequenz aus den o.g. Erfahrungen sollte sein, dass Kooperativen als eine spezielle Form des Privatsektors akzeptiert werden. Sie haben jedoch auch das Potenzial, soziale Dienstleistungen im ländlichen Raum für benachteiligte Zielgruppen dauerhaft zu gewährleisten, und damit nachhaltig – weil eigenfinanziert - armutsmindernd zu wirken. Regierungen und Geber sollten davon absehen, Kooperativen für ihre speziellen Entwicklungsansätze zu instrumentalisieren, sondern sich auf die finanzielle und fachliche Förderung so wie die Schaffung förderlicher Rahmenbedingungen beschränken. Hier sind anzuführen:

Weiterbildung und fachliche berufliche Qualifizierung

Der Personaleinsatz (auch kurzzeitig), z.B. durch Einsatz von Fachkräften mit Berufserfahrung im Genossenschaftswesen bei Kooperativen durch Entsendeorganisationen. Diese können auf verschiedenen Ebenen beratend für Genossenschaftsmitglieder tätig sein:

- in Leitung, Administration, Produktion,
- beim Aufbau von demokratischen, partizipativen und gendersensiblen Entscheidungsstrukturen,
- bei der Vermittlung von betriebswirtschaftlichen Grundlagen, Rechnungswesen und Buchhaltung,
- bei der Erschließung von neuen Absatz- und Vermarktungswegen,
- bei der Stärkung der Marktposition und der Qualifizierung für Bio- und Fairhandelsmärkte,
- bei der Förderung von Managementkompetenzen für anspruchsvolle Wertschöpfungsketten wie Kaffee, Kakao, Gewürze, weiterverarbeitete Produkte,
- bei der Förderung von Informations-, Kommunikations- und Verhandlungskompetenz,
- bei der Bereitstellung von Saatgut, Maschinen und technischer Infrastruktur,
- bei der Verbesserung der Erntelagerung, der Verpackung und dem Transport,
- bei der Verbesserung der Anbaumethoden und der Einhaltung von Standards von Anbauverbänden (EUROPGAP, 4C, UTZ, FLO, IBD, Bioland, Naturland).

#### Kredite

Den Agrargenossenschaften können gerade in der Anfangsphase durch günstige Kredite entscheidende Vorteile verschafft werden. Ein Beispiel dafür ist Oikokredit, das traditionell genossenschaftliche Projekte finanziert. Stimmt die Besitzstruktur kann der Gewinn vielen Mitgliedern zugute kommen. 40% der Partner von Oikokredit sind Genossenschaften, mit derzeit großen Zuwachsraten. Kredite können aber auch der Zwischenfinanzierung von Konversions- und Umstellungsphasen sowie der Zertifizierung dienen (Beispiel: Brasilien, MDA, PRONAF).

#### Zusammenarbeit mit dem Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband (DGRV)

Projekt- und Beratungsmaßnahmen führt der DGRV in Kooperation mit dem BMZ, der GTZ, der KfW und der Weltbank durch. Vor allem in Vietnam, Kirgisistan und Südafrika ist die DGRV-Förderung genossenschaftlicher Initiativen auf lokaler Ebene mittels Schulungen von (potenziellen) Mitgliedern und Funktionsträgern von Genossenschaften sehr erfolgreich.

#### Fairer Handel:

Die Teilhabe am Fairhandelsmarkt bietet Agrargenossenschaften und Landarbeitern in benachteiligten Regionen den Marktzugang für ihre Erzeugnisse zu fairen und tragbaren Bedingungen. Laut der Fair Trade Label Organisation FLO lagen die Wachstumsraten 2007 bei 43%. Derzeit sind 632 Produzentenorganisationen in 58 Ländern zertifiziert. Diese repräsentieren ca. 1,5 Mio. Erzeuger (7). Der faire Handel fördert kleinbäuerliche Strukturen und benachteiligte Produzentengruppen und arbeitet oftmals mit organisierten Produzentengruppen zusammen, sei es als Kooperativen, Vereinigungen oder Anbauverbände (3). Der faire Handel leistet einen Beitrag zu Organisationsentwicklung und Professionalisierung von Agrargenossenschaften. Er baut mit

überwiegend genossenschaftlichen Produzentenorganisationen eine direkte Handelsbeziehung auf und sichert über Mindestpreiskonzepte, Vorfinanzierung und langfristige Handelsbeziehungen auch in Zeiten ruinöser Niedrigpreise die Existenz von Kleinbauern und ermöglicht Planungs- und Investitionssicherheit (3). Über besondere Preiskomponenten können Investitionen, etwa in Ausbildung, Gesundheit, Infrastruktur, soziale Sicherheit, Diversifizierung) über den reinen Produktionsbereich hinaus ermöglicht werden.

#### Beeinflussung rechtlicher und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen:

Hinsichtlich der Schaffung förderlicher Rahmenbedingungen für Agrarkooperativen ist die Beeinflussung der gesetzgebenden Institutionen, Steuerbehörden, Verwaltungen von besonderer Wichtigkeit.

#### **Weiterführende Literatur**

- (1) Markus Demele, Armutsbekämpfung durch Gruppenkredite, Untersuchung eines Spar- und Kreditprogramms in Uganda, Frankfurt am Main, Juli 2007
- (2) Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e. V., Berlin, Geschäftsbericht 2006
- (3) Stellungnahme GEPA The Fair Trade Company anlässlich der öffentlichen Anhörung am 23. Juni 2008 – Landwirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages
- (4) World Bank Discussion Papers 121, Promoting Rural Cooperatives in Developing Countries, The Case of Sub-Saharan Africa
- (5) The Cooperative Advantage - FAO's Perspective
- (6) world development report 2008, *Agriculture for Development*, 2007 The International Bank for Reconstruction and Development / The World Bank
- (7) Fair Trade Labelling Organization, FLO e.V.,  
[Http://www.fairtrade.net/single\\_view.html?&cHash=ec8730e426&tx\\_ttnews\[backPid\]=168&tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=41](http://www.fairtrade.net/single_view.html?&cHash=ec8730e426&tx_ttnews[backPid]=168&tx_ttnews[tt_news]=41)

## **Chancen und Risiken der grünen Gentechnik und anderer Agrarforschungsansätze**

### ***Welche internationalen Forschungsinstitute beschäftigen sich speziell mit Aspekten von grüner Gentechnik für den Einsatz in Entwicklungsländern?***

Bei den internationalen Agrarforschungsinstituten liegt ein Schwerpunkt der Forschungsarbeit auf moderner Biotechnologie. Im Mittelpunkt stehen dabei vor allem molekulare Marker und das sogenannte Smart Breeding. Dabei werden alte Züchtungsregeln mit den Erkenntnissen der Genomforschung kombiniert. Bei der Auswahl der Pflanzen, die miteinander gekreuzt werden, verlassen sich die Züchter nicht mehr nur auf äußere Merkmale. Das Erbgut wird genau analysiert, um danach die passenden Kreuzungspartner auszuwählen. Die Präzisionszucht basiert auf der gleichen Labortechnik wie die Grüne Gentechnik, mit einem wichtigen Unterschied: Den Pflanzen werden am Ende keine artfremden Gene in die DNA eingebaut, so entstehen keine transgenen Organismen. Von vielen Unternehmen wenig beachtet, wird mit diesem Züchtungsansatz versucht z.B. die spezifischen Eigenschaften wie die Trockentoleranz bei Mais zu verbessern.

Insbesondere der durch öffentliche Mittel finanzierte Forschungssektor trägt einen wesentlichen Anteil zum Erhalt der Agrobiodiversität bei. Aber es ist seit vielen Jahren festzustellen, dass der staatliche und in starkem Maße der private Sektor die Forschungsausgaben zu Gunsten der Biotechnologien erhöht. Das hat zur Folge, dass andere Forschungsfelder (z.B. partizipative bäuerliche Forschung, Agrobiodiversität, low-Input-Systeme oder die Ethnobotanik) unbestellt bleiben oder sich sogar zu Brachen entwickeln. Die Konsequenz ist, dass auf den vernachlässigten Gebieten der Verlust von Grundlagenwissen droht oder bereits eingetreten ist. Noch verstärkt werden dürfte diese Entwicklung durch den sich derzeit vollziehenden Funktionswandel der Genbanken. Deren klassische Funktionen – die Sammlung und der Erhalt pflanzengenetischer Ressourcen sowie die Bereitstellung von Saatgut – treten gegenüber der molekularen Diversitätsforschung und der Bereitstellung von DNA-Mustern in den Hintergrund.

### ***Welche anderen Forschungsansätze gibt es, die der Ertragssteigerung in der Landwirtschaft dienen?***

Im April 2008 präsentierte der Weltagrarrat (International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development - IAASTD) seinen Bericht und fordert eine Kehrtwende für die ländliche Entwicklung. Von UNDP, FAO und Weltbank angestoßen, haben sich an der globalen Initiative mehr als 900 Teilnehmende und 110 Regierungen beteiligt. Der Weltagrarrat

präsentiert für die Landwirtschaft, was das IPCC für das Klima darstellt. Das größte Potential sieht der Weltagrarrat im Ackerbau von über 500 Millionen Kleinbauern in Entwicklungsländern, einer verbesserten Ausbildung und Weiterentwicklung der traditionellen Anbaumethoden.

Auch die FAO setzt auf konventionelle sprich gentechnikfreie Produktionsmethoden, um die wachsende Weltbevölkerung zu ernähren. Selbst die Spitzen von BASF und Syngenta weisen darauf hin, dass sich mit der Gentechnik das Welthungerproblem nicht lösen lasse. Erfreulich ist, dass nach massiver Kritik an der einseitigen Ausrichtung des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms auf Biotechnologie bei der Pflanzenzüchtung korrigiert wurde, nun können in der 2. Ausschreibungsrunde auch Anträge für low-input-Systeme eingereicht werden.

### **Prämissen für die Forschung für ländliche Räume:**

Die bäuerliche, nachhaltige Landwirtschaft benötigt umfassende finanzielle Unterstützung und langfristige, auf intensive Begleitung angelegte Förderprogramme. Diese sollten Kleinbauern und traditionelle Tierhalter als Hauptakteure, als lokale Know-how-Träger und als Multiplikatoren ins Zentrum stellen und deren Selbstbewusstsein und Interessenorganisation stärken. Die Förderprogramme nehmen die lokalen Produktionssysteme und Nutzungssysteme als Ausgangspunkt und entwickeln gemeinsam mit den Bauern und Tierhaltern optimierte Landnutzungssysteme. An Stelle eines Know-How-Transfers von Nord nach Süd sollte dabei der Austausch zwischen und innerhalb der Länder des Südens gefördert werden. Entsprechend gestaltete dezentrale Dienstleistungssysteme ermöglichen den Kleinbauern und Tierhaltern, ihre Betriebssysteme zu entwickeln und entsprechend den Erfordernissen langfristig anzupassen. Dies muss ergänzt werden durch die anderen Instrumente ländlicher Entwicklung wie die Bereitstellung von Finanzdienstleistungen, Marktentwicklung, Infrastruktur für Vermarktung, Lagerung und Verarbeitung.

### ***Welche Gefahren erwachsen aus dem Einsatz von grüner Gentechnik speziell in Entwicklungsländern?***

Die heute angebauten gentechnisch veränderten Hauptkulturen Soja, Mais, Raps und Baumwolle sind zu über 80% für den Export bestimmt und dienen nicht der Ernährungssicherung der lokalen Bevölkerung. Sie werden vorwiegend als Futtermittel, zur Erzeugung von Agrotreibstoffen oder für die Textilindustrie verwendet. Angebaut werden sie vor allem in mittleren bis Großbetrieben, lediglich GVO-Baumwolle (GVO = gentechnisch veränderter Organismus) wird in nennenswertem Umfang von Kleinbauernfamilien angebaut.

## **I. Bedrohung für zentrale Grundnahrungsmittel**

Rund drei Viertel der genetischen Vielfalt bei den landwirtschaftlichen Nutzpflanzen sind seit Beginn des 20. Jahrhunderts weltweit verloren gegangen. Die „Grüne Revolution“ brachte der „Dritten Welt“ Weizen- Mais und Reis-Hochleistungssorten und drängte damit eine Vielzahl traditioneller Sorten und ihre wilden Verwandten in den Hintergrund. Gerade diese Artenvielfalt sichert jedoch eine ausgewogene Ernährung vieler Familien in den Entwicklungsländern und liefert durch die Diversifizierung einen Beitrag zur ökonomischen Stabilität der Haushalte. Diese Agrobiodiversität ist die Grundlage für Züchter und Bauern, auf wechselnde Rahmenbedingungen wie dem Klimawandel, ungünstiger Witterung oder neuen Pflanzenkrankheiten und –schädlingen zu reagieren und weiterhin Lebensmittel produzieren zu können. Der hohe Verlust an genetischer Vielfalt durch die „grüne Revolution“ zeigt sich in den Philippinen. Dort wurden vor der Grünen Revolution 3.000 Reissorten angebaut. Jetzt wachsen auf 80 Prozent der Anbauflächen in den Tiefebene nur noch fünf Reissorten.

Lediglich zehn Pflanzenarten decken drei Viertel der menschlichen Ernährung ab: Weizen, Reis, Mais, Gerste, Hirse, Kartoffeln, Yams und Süßkartoffeln, Zuckerrohr und Sojabohne. Das Sortenspektrum wird innerhalb der einzelnen Art immer enger, weil einzelne Sorten aussterben. Gentechnik fördert diese Erosion der biologischer Vielfalt, da sie für Anbau in Monokulturen mit hohem Einsatz von Betriebsmitteln entwickelt wird. Durch den geplanten Anbau gentechnisch veränderter Sorten in den Herkunftszentren unserer Nutzpflanzen (GVO-Mais in Mexiko, GVO-Kartoffeln in der Andenregion, GVO-Reis in Südostasien) droht die Kontamination der Vielfaltszentren und der genetischen Ressourcen dieser drei wichtigen zentralen Grundnahrungsmitteln.

## **II. Die Kontamination konventioneller Ernten ist nicht zu verhindern**

Vor allem die ärmeren Entwicklungsländern haben häufig keine eigenen Laborkapazitäten, um das Vorhandensein von gentechnisch veränderten Bestandteilen in Lebens-, Futtermittel oder Saatgut festzustellen und zu untersuchen. Eine Überwachung oder Bewertung von kontaminierten Saatgut ist damit aufwendig und langwierig.

2006 tauchten quer über den Globus - in verschiedenen EU-Staaten, u.a. in Deutschland, Frankreich, Irland, sowie in Ghana, Kuwait, Philippinen, Sierra Leone, Schweiz, den arabischen Emiraten und den USA im Reis gentechnische Spuren eines illegalen GVO-Reis auf. Dieser Reis stammte zum einem von fünf Jahre zuvor eingestellten Forschungen von BayerCrop Science in den USA, zum anderen von Feldversuchen aus China. Die Hilfswerke „Brot für die Welt“, EED und

Misereor betrachteten diesen Skandal und die Konsequenzen für den Erhalt der konventionellen und ökologischen Lebensmittelproduktion mit großer Sorge. Selbst im Industriestaat USA blieb schon bei Forschungen von Unternehmen jahrelang die Kontamination von Saatgut unbemerkt. Die Überwachung hat ebenfalls über Jahre versagt, da keine Tests für GVOs in der Forschungspipeline angewendet werden, u.a. weil sie noch gar nicht entwickelt sind. Obwohl der Reis lediglich zu Forschungszwecken angebaut wurde, war der Schaden für die Reishandelsunternehmen und die US-Reisfarmer enorm. Sehr rasch forderten die Regierungen der EU und Japans einen obligatorischen Test auf GVO-Freiheit von den US-Exporteuren. Während die EU-Unternehmen nun vor allem auf thailändischen Reis zurückgriffen, exportierten US-Unternehmen Reis in Entwicklungsländern mit weniger scharfen Anforderungen und geringen Möglichkeiten, GVO-frei-Zertifikate durchzusetzen.

Hinzu kommt, dass gerade Kleinbauern nicht zwischen Lebensmittel und Saatgut trennen. In Notzeiten wird das Saatgut für die nächste Anbauperiode verzehrt. Nahrungsmittelhilfe mit GVO-Mais aus den USA wird auch entgegen den eigenen Verwendungszweck ausgesät. Der Import von gentechnisch verändertem Lebensmittelmais aus den USA war die Ursache für die Kontamination traditioneller Maissorten in abgelegenen Regionen Mexikos. Etliche Regierungen wie Angola, Sambia und dem Sudan lehnten darum Nahrungsmittelhilfe mit keimfähigem GVO-Maissaatgut ab und forderten gemahlene Mais, um den heimischen Maisanbau vor der Kontamination zu schützen.

### **III. Verschuldungsrisiko**

In den meisten Ländern gibt es für gentechnisch verändertes Saatgut einen Patentschutz. So liegen die Kosten für das Saatgut um ein Vielfaches über denen von konventionellem Saatgut. In Burkina Faso zum Beispiel, soll das Saatgut für Bt-Baumwolle (Bt-Baumwolle enthält ein Gen des Bodenbakteriums *Bacillus thuringensis*, das gegen den Baumwollkapselwurm wirkt) mindestens das zwölfwache vom bisherigen Preis kosten. In Indien wurde der Anbau von Bt-Baumwolle 2002 freigegeben. Diese Baumwolle produziert in der Pflanze ein spezifisches Insektizid, so dass die Schädlinge nach dem Fressen der Pflanzen verenden. Allerdings konnten auch in Indien Kleinbauern mit der neuen Baumwolle keine besseren Erträge erzielen. Im Gegenteil, ihr Einkommen sank. Zum einen weil gegen andere Schädlinge nach wie Pflanzenschutzbehandlungen notwendig waren und zum anderen weil die Kosten für die Lizenzen je Saatgutsack mit 1.250 Rupien (ca. 25 Euro) so hoch sind, dass 2006 die indische „Monopolies and Restrictive Trade Practices Commission (MRTPC)“ einschritt und den Saatgutanbieter dazu verpflichtete, die Lizenzgebühr von 1.200 Rupien auf 40 Rupien abzusenken. Die hohen Saatgutkosten bei schlechten Weltmarktpreisen für Baumwolle trieben Tausende Kleinbauernfamilien in die Verschuldung.

#### **IV. Daraus ergeben sich für die drei Hilfswerke folgende Forderungen;**

- Kein Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen.
- Statt intensiver Werbung für die Einführung von gentechnisch-verändertem Saatgut oder Nahrungsmittelhilfe sollten Regierungen in Entwicklungsländern bei der Kosten-Nutzen-Abwägung unterstützt werden. Die Zivilgesellschaft ist wie im Biosafety-Protokoll vorgeschrieben dabei zu beteiligen.
- Die Obligatorische Kennzeichnung bei Importen wie sie das Biosafetyprotokoll für die Zukunft anstrebt.
- Eine ausgewogene Forschung im Bereich der ländlichen Entwicklung ohne Vorrangstellung für die Gentechnik.

#### ***Wie groß wären die Ertragssteigerungen je Hektar bei Einsatz von grüner Gentechnik an ausgewählten Beispielen?***

Es gibt weltweit keine gentechnisch-veränderte Pflanze mit verbessertem Ertrag im Anbau. Über 98 Prozent haben zwei gentechnische Eigenschaften: sie sind herbizidresistent und / oder insektenresistent. Die Neuzulassungen in Nord- und Südamerika für den Anbau haben ebenso ausschließlich diese beiden Eigenschaften. Die seit Ende der 1990er Jahre angekündigte zweite Generation ist auch 2008 noch genauso weit von der Marktreife entfernt wie damals: der Zeithorizont beträgt stets 5 bis 10 Jahre. Die Produktentwicklung der Unternehmen konzentriert sich auf Soja, Baumwolle, Mais und Raps, die überwiegend als Futtermittel oder für den Non-Food-Bereich verwendet werden. Nur als Nische werden auch Grundnahrungsmittel wie Hirse oder Süßkartoffeln erforscht. Die Gentechnik trägt also weder zu Ertragssteigerungen noch zu einer erhöhten Produktion von Grundnahrungsmitteln bei.

Deshalb sehen die drei Hilfswerke derzeit kein erkennbares Potenzial der Gentechnologie für die Ernährungssicherung im Süden. Bei einer Kosten-Nutzen-Analyse überwiegen die Nachteile der Gentechnik in der Landwirtschaft für die Armuts- und Hungerbekämpfung.

#### ***Welche Chancen zur Ernährungssicherung in Entwicklungsländern könnten sich bei einem umfassenden Einsatz von grüner Gentechnik oder der Ergebnisse anderer Agrarforschungsansätze eröffnen?***

Verfechter der Gentechnik behaupten gerne, sie leisten einen Beitrag zur Hungerbekämpfung in der Welt. Bauern und Pflanzenzüchter haben seit Menschengedenken versucht, ein breites Spektrum an Pflanzensorten zu erhalten, um ihre Produktion zu diversifizieren, um gesündere

Pflanzenstämme zu entwickeln, sich den wechselnden Bedingungen der Ökosysteme anzupassen und um sich eine größtmögliche wirtschaftliche Unabhängigkeit zu sichern. Ein großer Teil dieser Zielsetzungen und der Artenvielfalt bei Nutzpflanzen geht heute verloren, da die Konzentration der Saatgutproduktion auf wenige Konzerne, eine Pflanzenforschung fördert, die auf wenige ausgewählte genetische Charakteristika ausgerichtet ist.

Um wirtschaftlich rentabel zu produzieren, verlangen gentechnisch veränderte Pflanzen ebenso wie Hybridensaat die Monokultur. Durch dieses System wird der Bauer gezwungen, eine diversifizierte Landwirtschaft aufzugeben. Der Bauer / die Bäuerin nimmt Abschied vom Mischanbau mit seiner großen Artenvielfalt, seinem stark auf interne Betriebsmittel orientierten kapitalextensiven System und gibt die wirtschaftliche Unabhängigkeit und wichtige Aspekte der Nahrungsmittelsicherung auf. Stattdessen wird ein kapitalintensives System etabliert, das auf Monokultur und dem starken Einsatz externer Betriebsmittel begründet ist. Dieses System kennt nur wenige Anbieter, die die wichtigsten Betriebsmittelsparten wie Saatgut, Dünger und Pestizide unter einem Firmendach vereinen, die den Markt immer stärker monopolisieren und globalisieren und zu einer regionalen Wirtschaftsentwicklung kaum einen Beitrag leisten. Die kleinbäuerliche Landwirtschaft begibt sich und ihre Region in eine globale Marktabhängigkeit. Ähnliches gilt für die tierische Produktion. Hier findet eine Verdrängung durch wenige Hochleistungsrasen auf Kosten der angepassten Landrassen statt.

Die Projekte zur Förderung von gentechnisch veränderten Pflanzen, die teils mit internationalen Stiftungsgeldern und von einzelnen Unternehmen finanziert, haben bisher keine Erfolge aufzuweisen. Dies zeigt sich am Beispiel der Süßkartoffel (Ipomoea batatas), die zentral für die Nahrungsmittelsicherung, insbesondere in vielen ostafrikanischen Staaten ist. Die Weltbank, das kenianische Agrarforschungsinstitut KARI, USAID und Monsanto finanzierten, mit großem Aufwand von rund 6 Mio. US\$ ein Vorzeigeprojekt zur gentechnischen Veränderung der Süßkartoffeln, um sie gegen den Süßkartoffelvirus (feathery mottle virus) resistent zu machen. Nach 10 Jahren Arbeit hieß es 2004 im New Scientist, das Projekt sei nicht erfolgreich. Denn nach drei Jahren Feldversuchen mit der gentechnisch veränderten Süßkartoffel wurde festgestellt, dass sie ähnlich anfällig gegen den Virus war wie viele andere lokalen Sorten. Der Ertrag lag bei manchen Versuchsreihen unter der Zielmarke von 10 Tonnen je Hektar was laut FAO der durchschnittliche Ertrag ist.

Die konventionelle Züchtung von virusresistenten Süßkartoffeln, die von lokalen Bauern schon genutzt wird, war im Vergleich zur Gentechnik-Sorte erfolgreicher und kostengünstiger. Ähnliches wird auch aus Uganda berichtet, wo Bauern Süßkartoffel selektierten. In Regionen, die stärker mit dem Vektor des Virus, der Weißen Fliege, in Berührung kommen und resistenter gegen das Virus sind, stellen Bauern ihr „persönliches Saatgut“ zusammen. Gleichzeitig spielen andere Merkmale

wie Geschmack, Farbe, Vermarktbarkeit, Lagerung etc. eine große Rolle für die Auswahl durch die Bauern. Hier zeigt sich deutlich, wie unter Missachtung des lokalen Wissens und Bedürfnisse etwas kreiert wird, das teuer und oft nicht besser ist wie schon vorhandene lokale Varietäten.

Auch das Beispiel des gentechnisch veränderten „Golden Rice“ wirft mehr Fragen auf, als dass er Lösungen schafft. Auf den Philippinen wird seit Anfang April 2008 der mit Provitamin A angereicherte „Golden Rice“ im Freiland getestet. Angestrebt wird eine Kommerzialisierung ab 2011. Der „Golden Rice“ soll helfen, Vitamin-A /  $\beta$ -Karotin-Defizite in der Ernährung auszugleichen. Allerdings sind die ernährungsphysiologischen Vorteile des „Golden Rice“ nicht nachgewiesen. Weder die benötigte Menge an  $\beta$ -Karotin-haltigem Reis noch die Bioverfügbarkeit von  $\beta$ -Karotin aus Reis sind bekannt. Angaben zu Mengen, die pro Tag an „Golden Rice“ verzehrt werden müssen, um  $\beta$ -Karotin-Mangel zu vermeiden, reichen von 2 bis 54 Reisschüsseln. Entsprechend kontrovers ist, ob mit dem täglichen Verzehr von ca. 200 g „Golden Rice“ der Tagesbedarf von Kindern (400 $\mu$ g  $\beta$ -Karotin) gedeckt werden kann. Während die Erfinder und Befürworter von einer ausreichenden  $\beta$ -Karotin-Versorgung durch den täglichen Verzehr von „Golden Rice“ ausgehen, gibt es wichtige Kritikpunkte, die aus unserer Sicht zu einer Ablehnung der Nutzung von Golden Rice führen:

- Um  $\beta$ -Karotin aufnehmen zu können, braucht der Körper Fettreserven. Unterernährte Menschen, für die dieser Reis entwickelt wurde, haben keinen Nutzen von der Eigenschaft.
- Durch die Ausdehnung des Reisanbaus kann es auch zu einem Rückgang des Gemüsebaus und dem Wissen über natürliche Vitaminquellen kommen. Traditionelle indische Gemüsearten besitzen u.a. ein vielfaches der angestrebten  $\beta$ -Karotiningehalte des „Golden Rice“. Ein Löffel Korianderblätter z.B. enthält den Tagesbedarf an  $\beta$ -Karotin.
- Unbekannt sind mögliche Gesundheitsrisiken durch Allergene sowie die Lagerstabilität des  $\beta$ -Karotins im Golden Rice.
- Es ist ein Rückgang der Sortenvielfalt insbesondere der regional entwickelten Sorten zu befürchten.
- Diese Art von Technologie erfordert einen hohen Finanzbedarf. Dies geht auf Kosten der einer breitenwirksameren Agrarforschung
- In den Herkunftsregionen einer Nutzpflanze sollten die gleichen Pflanzen nicht in einer gentechnischen Variante angebaut werden.
- Die Christoffel-Blindenmission weist darauf hin, dass in akuten Fällen  $\beta$ -Karotin Tabletten nach wie vor notwendig sind. Die Kosten für deren Verteilung und Produktion sind gering.

## **Alternativen zur Gentechnik**

Es gibt aus unserer Sicht gute und tragfähige Alternativen zum Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen, wie das Beispiel „Le Systeme de Riziculture Intensive SRI“ aus Madagaskar zeigt. Dieses schon von vielen tausend Kleinbauern weltweit praktizierte Anbausystem SRI hat zu einer Verdopplung der Erntemenge durch verbesserte Kulturtechnik und Anbaumaßnahmen geführt. Die Erträge verbesserten sich von durchschnittlichen zwei auf vier bis 10 Tonnen je ha, ohne dass Düngemittel und anderen externe Betriebsmittel eingesetzt werden. Das System wurde von dem Agronomen und Jesuitenpater Henri de Laulanie entwickelt und ist für alle lokalen Sorten anwendbar.

Deshalb fordern wir, dass es auf keinen Fall eine einseitige Konzentration auf die grüne Gentechnik auf Kosten der Weiterentwicklung alternativer Ansätze im Sinne einer nachhaltigen und standortgerechten Landwirtschaft geben darf. Hier liegen beachtliche Potenziale zur Ertragssteigerung und zur Entwicklung der ländlichen Räume. Sie bieten auch einen Weg aus der Entwicklungs-Sackgasse einer ungebremsten Verstädterung. Für solche Alternativen liegen erprobte und erfolgreiche Erfahrungen vor. Für sie spricht auch, dass sie vergleichsweise schnell umgesetzt werden könnten und im Gegensatz zur Gentechnologie kostengünstiger sind und eine breite Wirkung erzielen.